

## Heute in der WELT

### Die großen Straßen

In einer sommerlichen Serie stellt die WELT die großen Prachtstraßen, Boulevards und Korso der Metropolen vor. Heute: der Paseo de la Reforma in Mexiko City. Die Reforma ist noch immer die faszinierendste Straße Lateinamerikas. Ein so vielseitiges Gesicht wie die Reforma zeigt kein anderer Boulevard dieses Subkontinentes. Seite 15

### Kampf gegen den Terrorismus



Der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber und US-Außenminister Alexander Haig warnt vor Gleichgültigkeit gegenüber dem Terrorismus. In einem Beitrag für die WELT schreibt er: „Das Versäumnis, dem Terrorismus in einem frühen Stadium entgegenzutreten, verdoppelt die Gefahren und läßt die Spannungen unter den Alliierten anwachsen.“ Seite 5

### POLITIK

**Explosion:** Vier mutmaßliche Rechtsextremisten sind in der französischen Hafenstadt Toulon getötet worden, als eine mitgeführte fünf-Kilo-Bombe vorzeitig in ihrem Auto explodierte. Die vier Bombenleger sollen ein Attentat auf ein vornehmlich von Nordafrikanern bewohntes Stadtviertel vorbereitet haben, ermittelt die Polizei.

**Südafrika:** Zum ersten Mal seit Verhängung des Ausnahmezustandes über Südafrika am 12. Juli hat die Regierung Informationen über die unter Ausnahmezustand festgenommenen Personen gegeben. Polizeiminister Louis le Grange legte in Kapstadt eine Namensliste von 8501 Personen vor, die sich in Polizeigewahrsam befinden.

**Brandanschlag:** Auf zwei Baufahrzeuge in Wuppertal ist ein Brandanschlag verübt worden. Die Polizei vermutet, daß die Täter aus dem Umfeld der Rote Armee Fraktion (RAF) stammen. Bereits vergangenen Donnerstag war vermutlich aus dem RAF-Umfeld ein Bombenanschlag auf eine Wuppertaler Elektrofirma verübt worden.

**Lohnanspruch:** Arbeitnehmer im Baugewerbe, die Schlechtwettergeld beziehen, haben an Feiertagen während der Schlechtwetterperiode Anspruch auf vollen Lohn. Das entschied das Bundesarbeitsgericht in Kassel in einem Urteil zum Lohnanspruchprinzip. (Az.: 4 AZR 77/85 vom 14. 8. 86.)

### WIRTSCHAFT

**Reisezeit:** Die Deutschen sind in diesem Jahr wieder reiselustiger als im Vorjahr, fand das Institut der Deutschen Wirtschaft heraus. Rund 39,5 Milliarden Mark lassen sich sich ihr Fernweh kosten. Dies sind zwei Milliarden Mark mehr als im Vorjahr. Etwa 70 Prozent aller Touristen geben ihre Mark im Ausland aus. Als besonders unternehmungslustig gehen die Rentner. (S. 9)

**Börse:** Die Woche startete am Aktienmarkt mit einer Aufwärtsbewegung. Der Rentenmarkt schloß behauptet. WELT-Aktienindex 279,62 (275,46). BRF-Rentenindex 107,481 (107,473). BRF-Performance-Index 106,745 (106,707). Dol-



### KULTUR

**Friedrichs Rex:** In mehr als 800 Ausstellungsteilen wird im Berliner Schloss Charlottenburg das Leben Friedrichs des Großen nachgezeichnet. So begegnet der Besucher dem Judenfeind und Soldatenfreund ebenso wie dem Philosophen und siegreichen Schlachtenlenker. (S. 15)

**Bilanz:** Mit 141 Veranstaltungen auf dem Festspielkalender hat Salzburg die Funktion eines Bollwerks der europäischen Kultur übernommen. Die Darstellungen gehören zu den glanzvollsten, aber auch teuersten. Eine Spielbilanz zeigt, daß die Rechnung der Veranstalter aufgeht. (S. 15)

### SPORT

**Schach:** Anatoli Karpow hat bei der WM in London gegen Weltmeister Garri Kasparow (beide UdSSR) seine erste Auszeit genommen. Die neunte Partie beginnt morgen. Karpow hatte die achte Partie verloren und liegt mit 3,5:4,5 Punkten zurück.

**Leichtathletik:** Uwe Becker (Wolfsburg), deutscher Meister über 1500 m, hat wegen Formschwäche auf einen Start bei der Stuttgarter EM verzichtet. Der Deutsche Leichtathletik-Verband nominierte insgesamt 86 Sportler, sein bislang größtes Team. (S. 7)

### AUS ALLER WELT



**Unwetter:** Schwere Gewitter und Hagelschlag haben in Südbaden Schäden in Millionenhöhe angerichtet. Im Kloster St. Trudpert im Müstertal drang durch das zerstörte Dach Wasser ein und beschädigte die wertvollen Stuckdecken schwer. (S. 16)

**Geburtstag:** Die Synchronität und Perfektion waren und sind ihr Markenzeichen. Noch heute erfreuen die Kessler-Zwillinge (Foto) damit ihr Publikum. Morgen wird das Duo nun zusammen 100 Jahre alt. (S. 16)

Leserbriefe und Personalien Seite 6  
Umwelt - Forschung - Technik Seite 6  
Fernsehen Seite 14  
Wetter: Unbeständig, kühl Seite 16

## Bahn will attraktiver werden. Autofahrer sollen umsteigen

Tarifstruktur wird jetzt übersichtlicher / Weniger Sonderangebote

MK/AP, Frankfurt  
Das Fahren mit der Bundesbahn auf längeren Strecken soll attraktiver werden. Mit der „Neuen Tarifstruktur 1986“ für den Schienenpersonenverkehr, die jetzt vom Bahnvorstand beschlossen wurde und vom 1. Dezember an gelten soll, sagt die Bahn dem Auto den Kampf an. Vorteile gibt es vor allem für Einzelreisende, die mehr als 450 Kilometer fahren, und für Gruppen von zwei Personen an ab 200 Kilometer.  
Mit diesem Konzept, das noch am 10. September vom Verwaltungsrat der Bahn gebilligt und nach einer parlamentarischen Beratung vom Bundesverkehrsminister genehmigt werden muß, zieht die Bahn die Konsequenzen aus den Erfahrungen mit den zahlreichen Sonderangeboten der vergangenen Jahre. Ein entscheidender Wettbewerbsnachteil der Bahn gegenüber dem Auto soll beseitigt werden: Ob im Auto eine oder fünf Personen sitzen, die Kosten sind gleich, anders als bei der Bahn.  
Außerdem sollen die Züge gleichmäÙiger ausgelastet werden. Dies führte zu einer Kostensenkung bei der Bahn, da bei Verkehrsunternehmen die Kapazitäten für die Spitzenzeiten bemessen, in der übrigen Zeit aber nur teilweise genutzt werden.  
Überdies sollen die Tarife durch diesen ersten Schritt der dreistufigen Reform - die nächsten sind bis 1991 geplant - überschaubarer werden. Die gegenwärtig 26 Sonderangebote entfallen.  
Im Kern wird der Fahrpreis weiter nach dem gefahrenen Kilometer berechnet, hier in der zweiten Klasse künftig 19 statt bisher 20 Pfennig pro Kilometer (der Aufschlag für die erste Klasse beträgt weiter 50 Prozent). Darauf aufbauend:  
- Die „Begleiter-Ermäßigung“. Wenn mehrere fahren, zahlt bei Hin- und Rückfahrtkarten die zweite Person ab einer Entfernung von 200 Kilometer den halben Preis. Der oder die dritte, vierte und fünfte Mitreisende zahlen bereits ab 51 Kilometer nur noch 50 Prozent des vollen Fahrpreises. Kinder zahlen jeweils die Hälfte.  
- Der „Spar-Tarif“. Ab 450 Kilometer Entfernung gilt ein Festpreis von 180 Mark für den ersten und jeweils 90 Mark für den zweiten bis fünften Reisenden.  
- Der „Super-Spar-Tarif“. Ab 300 Kilometer wird der Grundpreis auf 16 Pfennig ermäßigt. Für Vielfahrer im Privatverkehr will die Bahn ein „Bahn-km-Sparbuch“ einführen, das zwei Jahre gilt. Wer eine vorgegebene Zahl von Fahrten absolviert, bekommt einen Bonus.  
Eine der wichtigsten flankierenden Maßnahmen ist die Schaffung eines neuen „Entfernungswerkes“. Es legt die Preisgestaltung auf einzelnen Strecken fest. Zur Zeit entspricht der Tarifkilometer nicht unbedingt einer geographischen Entfernung von 1000 Metern entlang der Schiene, sondern oft wesentlich mehr. Das irritiert viele Pendler, bringt aber der Bundesbahn so viel Mehreinnahmen, daß nach der geplanten Vereinfachung des Entfernungswerkes „nächstes Jahr eine Minderleistung in Höhe von 2,8 Millionen Mark“ eingeplant wird.

## Sowjets an Heroin-Schmuggel beteiligt

250 Kilo in Rotterdam entdeckt / Als Rosinen getarnt / Ursprungsland Afghanistan

HELMUT HETZEL, Rotterdam  
Das von der Polizei beschlagnahmte Heroin im Rotterdammer Hafen - 250 Kilogramm mit einem Marktwert von rund 80 Millionen Mark - stammt aus dem von den sowjetischen Truppen besetzten Afghanistan. Das Rauschgift, so bestätigte gestern ein Sprecher der Rotterdammer Polizei gegenüber der WELT, sei auf dem sowjetischen Frachtschiff „Kapitan Tomson“ von dem lettisch-russischen Hafen Riga nach Rotterdam transportiert worden. Der kürzlich von den Fahndern aufgespürte „Stoff“ war als eine Ladung Rosinen getarnt und wurde bereits Anfang Juli beschlagnahmt. Dieser „Coup“ der Polizei gilt als der bisher größte Rauschgiftfang in Westeuropa überhaupt.  
Nach Angaben des Rotterdammer Polizeisprechers gibt es auch Anhaltspunkte dafür, daß das Rauschgift über den Landweg von Afghanistan in die Sowjetunion gelangte, bevor es dann in Riga verschifft wurde. „Unsere Ermittlungen in dieser Sache sind allerdings noch nicht ganz abgeschlossen“, erklärte der Sprecher einschränkend. Normalerweise werden sämtliche Fahrzeuge, die aus Afghanistan kommen und die Grenze zur UdSSR passieren wollen, von den sowjetischen Grenzbeamten scharf kontrolliert.  
Die Tatsache, daß diese ungeheure Menge Heroin über die Sowjetunion nach Rotterdam kam, hat bei den niederländischen Christdemokraten (CDA) kritische Fragen ausgelöst und könnte auch politische Turbulenzen zwischen Den Haag und Moskau nach sich ziehen. Der CDA-Abgeordnete Hans Quakier kündigte in einem Interview mit der niederländischen Tageszeitung „de Telegraaf“ an, diese Angelegenheit in Kürze im hiesigen Parlament zur Sprache zu bringen. In der niederländischen Öffentlichkeit wird außerdem gefragt: „Welche Rolle spielt Moskau im internationalen Rauschgiftmarkt?“  
Hilft die Heroinhandels neuerdings mit den im gesamten Ostblock, vor allem aber in der Sowjetunion durch die niedrigen Ölpreise chronisch knappen westlichen Devisen ein?  
Einer der Gründe, warum man auf den aus Afghanistan stammenden „Rosinencontainer“ aufmerksam geworden ist, bestand nach Angaben der Rotterdammer Polizei darin, daß „wir in Rotterdam kaum Rosinen aus Afghanistan angeliefert bekommen. Sicher nicht zu dieser Jahreszeit.“ Außerdem seien die Frachtkosten von Afghanistan nach Rotterdam für einen solchen „Rosinencontainer“ weit höher gewesen als der gesamte, aus den Begleitpapieren hervorgehende Warenwert.  
Nicht ausgeschlossen aber wird auch, daß die niederländische „Narkotika-Brigade“ den entscheidenden Tip, der auf die Spur der verdächtigen Heroin-Fracht führte, aus der Amsterdamer Drogenzene erhalten hat (die WELT v. 8. Juli). Das Heroin wurde inzwischen unter starken Sicherheitsvorkehrungen und der Polizei in einem Rotterdammer Verbrennungs-Ofen restlos vernichtet.

## Bonn bewegt sich auf Sanktionen zu

Entscheidung fällt Anfang Oktober / FDP-Spitze lehnt Maßnahmen gegen Pretoria ab

rmc/DW, Bonn  
Der wachsende Druck durch den US-Kongress auf Präsident Reagan, Südafrika mit Sanktionen zu belegen, leitet offensichtlich auch in der Bundesregierung ein Umdenken ein.  
Aus der Bonner Koalition war gestern zu hören, die EG habe sich zur Meinungsbildung eine Frist gesetzt, die Ende September auslaufe. Trotzdem scheint schon jetzt klar, daß die Bundesregierung Sanktionsmaßnahmen der zwölf EG-Staaten ihre Zustimmung nicht mehr verweigern dürfte.  
An hochrangiger Stelle der Bundesregierung wurde gegenüber der WELT darauf verwiesen, daß die EG-Staaten schon beim jüngsten Europäischen Rat Ende Juni in Den Haag beschlossen hätten, in der Sanktionsfrage möglichst geschlossen zu handeln. Deshalb setzten die jüngsten Beschlüsse des US-Senats Tatsachen, an denen der amerikanische Präsident nicht vorbeikomme - und letztlich auch nicht die EG. Bonn werde die Entwicklung in Washington nicht übersehen können und daran mitwirken müssen, damit ein Anfang Oktober zu erwartender EG-Beschluß für eine europäische Sanktionspolitik gegenüber Südafrika die deutschen Ziele nicht außer acht lasse.  
Die Bundesregierung sei wenig erfreut darüber gewesen, wie der britische Außenminister Howe, der als Repräsentant der EG nach Südafrika gereist war, dort behandelt worden sei. Darüber hinaus sei nach der Rede von Präsident Botha zum mit einer Veränderung der südafrikanischen Menschenrechtspolitik zu rechnen.  
Auch CDU-Generalsekretär Geißler deutete ein Umdenken in der Union an. „Ich hoffe nicht, daß die Frage der Sanktionen zum schwierigen Kompromiß in der Koalition wird.“ Demgegenüber sprach sich das FDP-Präsidium gegen Sanktionen aus. Die Meinungsbildung innerhalb der FDP ist in diesem Punkt allerdings offensichtlich noch nicht abgeschlossen. Der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Schäfer, sprach sogar von „wechselnden Mehrheiten“ für eine Resolution, falls weiterhin Sanktionen blockiert werden sollten.  
Die SPD will die Koalitionsparteien zwingen, schon Anfang September Farbe zu bekennen. SPD-Fraktionschef Vogel kündigte an, die Sozialdemokraten würden gleich nach der Sommerpause im Bundestag eine Abstimmung über Maßnahmen gegen Pretoria herbeiführen.  
Großbritannien, das sich bisher strikt gegen Sanktionen ausgesprochen hatte, will auch angesichts des jüngsten Senatsbeschlusses bei seiner Haltung bleiben. „Die Nachricht aus Washington ist für unsere Haltung ohne Bedeutung“, erklärte das Foreign Office der WELT.  
Während die neuseeländische Regierung eine Reihe von Maßnahmen gegen Südafrika beschloß, hat Israel mit dem Apartheidstaat neue Wirtschaftsbeziehungen getroffen, die nach Mitteilung des Finanzministeriums in Jerusalem ein Volumen von hundert Millionen Dollar erreichen könnten.

## Vom Wachturm ins „Mauerblümchen“

DIETER DOSE, Berlin  
Zwei „DDR“-Grenzsoldaten sind am Sonntagabend über die Berliner Mauer geflohen. Die beiden Männer, die auf einem Beobachtungsturm Dienst taten, überwandern unbemerkt und unverletzt die Sperranlagen zwischen dem westlichen Bezirk Neukölln und Groß-Ziethen im Osten.  
Der 24-jährige Gefreite und ein 21-jähriger Soldat gingen zunächst, es war kurz nach 19 Uhr, ins Lokal „Mauerblümchen“. „Wir haben es geschafft“, waren ihre ersten Worte. Dann schnallten sie ihre Koppel ab und verschenkten sie an die Gäste. Die spendierten dafür große Biere.  
Wenige Minuten zuvor hatten beide noch knapp 200 Meter entfernt auf dem Wachturm Dienst geschoben. Zwischen ihrem Turm und dem nächsten (etwa 400 Meter entfernt) gebe es einen toten Winkel, den die Posten auf dem anderen Turm nicht einsehen können. Den hätten sie ausgenutzt, um unbemerkt zu fliehen.  
Sie liefen runter vom Turm, der sich zwischen elektrischem Zaun und Mauer befindet. Der eine hob den anderen auf die Mauerkrone, eine Röhre, der zog den Kameraden dann hinterher. Ihre Maschinenpistolen hatten sie noch umhängen. Nach dem Sprung von der Mauer in das hohe westliche Gebüsch warfen sie die MP's zurück über die Mauer. Vom „Mauerblümchen“ tief der Ältere erst einmal seine Freundin in Ost-Berlin an. „Ich bin jetzt im Westen.“ Er sei zwar verheiratet, „aber mit meiner Frau lief das nicht mehr“. Den Lokal-gästen erzählten sie, daß sie sich erst seit zwei Wochen kennen und zum ersten Mal zum gemeinsamen Dienst auf dem Turm vis-à-vis der Westberliner Ringelbahnstraße eingeteilt worden seien. Schon während der ersten Wache hätten sie beschlossen, eine günstige Gelegenheit zur Flucht zu nutzen.  
Die meisten Anwohner bemerkten die Flucht erst, als die Polizei mit mehreren Fahrzeugen erschien, um die „Grenpos“ abzuholen. Die „Mauerblümchen“-Wirtin hatte sie alarmiert. Von der Polizei wurden die Flüchtlinge übergeben. Fast genau an derselben Stelle war am 8. September 1983 zwei „DDR“-Grenzern die Flucht gelungen. Auch ihr erster Weg führte ins „Mauerblümchen“.  
Nach der geflüchten „Puppenflucht“ sind die Behörden offensichtlich vorsichtiger geworden. So wurde von der Westberliner Polizei lediglich bestätigt, daß „zwei Männer in Uniform der Nationalen Volksarmee“ sich im Lokal „Mauerblümchen“ gemeldet haben und den Amerikanern übergeben worden sind.  
Unterdessen wurde bekannt, daß ein Triebfahrzeugführer der „DDR“-Reichsbahn am Wochenende zu Fuß nach Niedersachsen geflüchtet ist. Er überwand die Grenzsperrn und erreichte unverletzt den Landkreis Helmstedt. Als Fluchtgrund gab er Unzufriedenheit mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in der „DDR“ an.

### DER KOMMENTAR

## Russenkoks

PETER GILLIES

Den „Klassenfeind“ zu täuschen und einzulullen, gilt als hohe Kunst des Kommunismus. Manchmal indes ist jener hellwach, beispielsweise in Rotterdam, wo der Drogenfahndung ihr bisher größter Coup gelang: Heroin im Marktwert von fünfzig Millionen Mark, Herkunft Afghanistan, verschifft in Riga (UdSSR), geschmuggelt auf einem sowjetischen Frachter, sinnigerweise als „Rosinen“ deklariert.  
Freiheitliche Staaten sind von den Ostblockexporten einiges gewohnt. Man „exportiert“ Spione, Desinformation, Terror, Friedensbewegungen, Waffen (Entwicklungshelfer-Klage „Blaue Bohnen statt Bohnen“) - kurzum alles, was Demokratien viel kostet. Ärger bringt, sie verwirrt und destabilisiert. Rauschgiftlieferungen sind aus dieser zynischen Sicht optimal, weil sie hohe Erlöse mit schwersten Schäden für die Empfänger verbinden (nachdem der Ölpreis so vertieft).  
Sollen im Klassenkampf tatsächlich alle Methoden erlaubt sein? In Südamerika arbeiten kommunistische Terroristen be-

rechts mit Rauschgifthändlern zusammen. Der „Rosinenbomber“ aus der UdSSR - sie wird kaum behaupten. Privatunternehmer hätten das Heroin quer durch ihr Land geschmuggelt und auf ihren Dampfern verbracht - macht die Frage noch dringlicher. Gleichzeitig bemühen sich um Westen Entspannungspolitiker sorgsam, nur nicht den Eindruck etwaiger Destabilisierung sozialistischer Diktaturen aufkommen zu lassen. Es wurde ihnen schlecht gelohnt, und jetzt sollen sie noch an die Nadel gehängt werden.  
Handel und Schmuggel mit Drogen gilt zu Recht als niederste und schmutzigste Form der Kriminalität. Man darf gespannt sein, wie sowjetische Behörden ihre geschmuggelte Riesensladung Heroin zu rechtfertigen gedenken. In aller Welt wird lieberhaft versucht, diesem menschenverachtenden Geschäft beizukommen und diesen Sumpf trockenzulegen. Man weigert sich es zu glauben: Sollte der „Staatsterrorismus“, der schon so viele Blutspuren zog, eine neue Dimension gewinnen?

## FDP verbittet sich Diskussion von außen über Parteivorsitz

Liberaler unterstreichen Eigenständigkeit in Wahlplattform

DIETHART GOOS, Bonn  
Die FDP-Führung will sich eine Diskussion um ihren Vorsitzenden Martin Bangemann von außerhalb der Partei nicht aufzwingen lassen. Mit sichtlich Verärgerung wurden gestern in einer Sitzung der Spitzen-gremien Zeitungsberichte analysiert, in denen von einem Machtkampf zwischen Bangemann und seinem Vorgänger als Wirtschaftsminister, Otto Graf Lambsdorff, die Rede war. Prä-sident und Bundesvorsitzend verärgert zu diesen Mutmaßungen auf öffentliche Erklärungen. Damit würde die Angelegenheit unnötig hochgespielt, hieß es.  
Optimistisch wurde im FDP-Präsidium die Lage der Partei vor der bayerischen Landtagswahl und der Hamburger Bürgerschaftswahl bewertet. In beiden Bundesländern habe sich die Lage der Liberalen stabilisiert, so daß mit der Rückkehr der FDP in den Münchner Landtag und die Hamburger Bürgerschaft zu rechnen sei. Bundesweit ergibt sich für die FDP, wie im Präsidium mitgeteilt wurde, gegenwärtig ein Stimmenanteil von sieben Prozent.  
Ganztägig diskutierte die FDP-

Spitze das Programm für die Bundestagswahl. Es wird am 12. September vom Bundesausschuss in Augsburg endgültig beschlossen. In ihrer Wahlplattform bekennen sich die Freien Demokraten zur Koalition mit CDU und CSU. Zugleich wird die Eigenständigkeit der FDP im Bonner Regierungsbündnis unterstrichen.  
Einen besonderen Stellenwert im Wahlprogramm erhält die von Hans-Dietrich Genscher repräsentierte Außen- und Sicherheitspolitik der FDP. Damit trägt die Parteiführung Erkenntnisse Rechnung, daß der lang-jährige FDP-Vorsitzende noch immer die beste Wahllokomotive für die Freien Demokraten ist.  
Parteichef Bangemann repräsentiert in der Wahlplattform den breiten Komplex der Sicherung der sozialen Marktwirtschaft. Dabei spricht sich die FDP unter anderem für eine stärkere Förderung des Mittelstands, ein flexibles Prinzip der Wochen- und Lebensarbeitszeit und für eine gerechtere Steuerpolitik, die Leistung nicht bestraft, aus ihr ja zur Nutzung der Kernenergie stützt die FDP-Wahlplattform auf Beschlüsse des Bundesparteitages von Ende Mai.

## Genscher: Gesetz nicht ändern

DW, Bonn

Bundesaussenminister Genscher hält im Gegensatz zu Kanzler Kohl eine Grundgesetzänderung mit dem Ziel, den Asylanten-Strom einzudämmen, nicht für notwendig. Es komme darauf an, den Mißbrauch des Asylrechts auszuschließen, schreibt er in der „Bild“-Zeitung. Das Problem seien Asylbewerber ohne „wirklichen“ Grund. Kohl will am 25. September mit den Regierungschefs der Länder darüber beraten, wie die Zahl der Asylbewerber begrenzt werden kann. Seiten 2 und 4: Weitere Beiträge

## USA bedrängen General Pinochet

DW, Washington

Die USA erwägen laut „New York Times“ wirtschaftliche Sanktionen gegen Chile, nachdem Präsident Pinochet Forderungen nach Demokratisierung Chiles abgelehnt hat. Der Oberbefehlshaber des US-Komandos Süd, General Galvin, hatte Pinochet die Botschaft überreicht, in der die USA auf die „Notwendigkeit“ eines Übergangs zur Demokratie vor Ende des Jahrzehnts verwies. In seiner Antwort sagte Pinochet, er werde die Zukunft Chiles bestimmen, ohne „Ratschläge, von wem auch immer“.

## Rebellen im Südsudan planen neue militärische Offensive

Rotkreuz-Luftbrücke abgebrochen / Flugverkehr eingestellt

HUGH POPE, Wau  
Fast jedem Menschen in der abgelegenen südsudanesischen Stadt Wau ist anzusehen, daß Hunger und Angst sein Leben bestimmen. Aber die Aus-sichten auf eine Verbesserung der Lage für die rund 170 000 Menschen, die mehr als 1000 Kilometer von der Hauptstadt Khartoum entfernt an den Ufern des Weißen Nils leben, haben sich während der vergangenen Tage verschlechtert. Der Flugbetrieb von und nach Wau wurde eingestellt, nachdem die Rebellen der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee (SPLA) am Freitag drohten hatten, jedes Flugzeug über dem Südsudan abzuschießen. Am Samstag war es dann tatsächlich zu einer Katastrophe gekommen: Eine Verkehrs-Maschine vom Typ Fokker wurde in der Nähe von Malakal (nordöstlich von Wau) abgeschossen. Wahrscheinlich kamen alle 60 Insassen dabei ums Leben.  
Für Wau ist die Unterbrechung des Flugverkehrs verhängnisvoll: Es bedeutet, daß die erst vor wenigen Tagen eingerichtete Nahrungsmittel-

Luftbrücke des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (ICRC) auf unbestimmte Zeit abgebrochen ist.  
Rund 300 vom Hunger tod bedrohte Mitglieder verschiedener Stämme mit weinenden Babies versammeln sich täglich in der katholischen Missionssstation des Bischofs. Sie hoffen darauf, daß die Priester sich erweichen lassen, einen ihrer letzten Säcke mit Nahrungsmitteln zu öffnen. Während die beschränkten Nahrungsmittelvorräte schwinden, verstärken Militär und Rebellen den Druck gegeneinander. Am Sonntag war wieder Gewehrfeuer in und um Wau zu hören.  
Die SPLA hatte vor wenigen Tagen erstmals seit Beginn des Buschkrieges vor drei Jahren ein Randgebiet Waus angegriffen. Dabei wurden zehn Menschen getötet, mehr als 30 Hütten geplündert und verbrannt. Die SPLA, die für die Unabhängigkeit des Südens kämpft, hatte kürzlich eine Offensive gegen die Garnisonen in diesem Landesteil angekündigt. Jetzt werden neue militärische Aktionen erwartet. (rtr)



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Schäfers Spekulation

Von Diethart Goos

Die Erklärung ist eindeutig und läßt keinen Raum für Interpretationen. Geschlossen hat sich das FDP-Präsidium gestern gegen Wirtschaftssanktionen gegenüber der Republik Südafrika ausgesprochen. Damit wird der außenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Helmut Schäfer, gründlich desavuiert.

Der Mainzer Liberale hatte am Wochenende just solche wirtschaftspolitischen Daumenschrauben gefordert, um die Regierung Botha in Fragen der Rassenintegration zum Einlenken zu zwingen. Solche Forderungen sind nicht neu und werden auch im Koalitionslager immer wieder mehr oder weniger deutlich vorgebracht. So wie gestern von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, der meinte, Staaten wie Südafrika, Chile oder Süd-Korea, wo die Menschenrechte mit Füßen getreten würden, dürften von westlichen Demokratien keine Unterstützung und Sympathie erfahren.

Was Schäfers Vorstoß allerdings brisant werden läßt, ist sein Hinweis, bei einer Abstimmung über Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika könnte es andere Mehrheiten im Bundestag geben. Gemeint sind wechselnde Mehrheiten, die das Koalitionsgebäude in letzter Konsequenz zum Einsturz bringen müßten. Möglicherweise hat Schäfer just dieses im Sinn – es gibt etliche FDP-Abgeordnete, die sich in der heutigen Konstellation nicht wohl zu fühlen scheinen. Möglicherweise haben ihn einige Kollegen inspiriert.

Das FDP-Präsidium allerdings – dem Helmut Schäfer nicht angehört – hat sich aus wohlwollenden Gründen gegen Sanktionen ausgesprochen. Die Parteiführung weiß, in welchen Zugzwang man käme, würde man mit Südafrika beginnen. Was wäre dann mit der Sowjetunion, mit Polen, mit der „DDR“ gar, wo es zwar nicht um Apartheid, aber doch tagtäglich auch um eklatante Menschenrechtsveränderungen geht? Und wo prompt der Einwand kommt: Damit bewirkt man politisch nichts und schadet nur den Menschen – ? Der Einwand mag so stimmen oder nicht; die FDP jedenfalls versteht sich traditionell als eine Partei der freien Wirtschaft und nicht der Handelsbeschränkungen.

## Gut im Rennen

Von Hans-Jürgen Mahnke

Japan vor den USA, die Bundesrepublik auf Platz vier hinter der Schweiz – auf den ersten Blick mutet das, was das Genfer Weltwirtschaftsforum jetzt als Rangfolge für die Konkurrenz der westlichen Industriestaaten ermittelt hat, wie die Bundesliga-Tabelle am zweiten Spieltag an. Uerdingen liegt vor Bayern München. Gefragt nach dem Meisterschaftsfavoriten, gibt es fast nur eine Antwort: Bayern. Stimmungsmäßig rangieren die USA bei dem Genfer Institut weit vor den Japanern, die sogar noch hinter der Bundesrepublik liegen.

Solche Versuche, auch Volkswirtschaften in eine Rangfolge zu bringen, sind zwar alt. Trotzdem haben sie alle einen Haken, ist ihre Aussagefähigkeit begrenzt, muß genau darauf geachtet werden, wofür sie taugen. Das gebräuchlichste Konzept, um die wirtschaftliche Leistungskraft zu messen, ist der Vergleich der Sozialprodukte der einzelnen Länder. Es werden die Käufe von Waren und Dienstleistungen am Markt bewertet und davon die Kosten abgezogen. Beim Faktor Staat oder bei der Selbstversorgung der Bauern geht dieses schon so nicht, hier hat man sich auf Modifikationen verständigt.

Allein dieses erschwert schon den Vergleich, relativiert die Position beispielsweise der östlichen Staatshandelsländer. Ganz zu schweigen von dem Problem, mit welchem Wechselkurs umgerechnet wird. Ein Indikator für den Wohlstand ist dieser auch nicht. Dazu muß zumindest auf das Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung abgestellt werden. Dann liegen immer noch einige kleinere Ölländer ganz vorn. Nur: Welchen Deutschen zieht es schon nach Kuwait?

Das Genfer Institut berücksichtigt gleich 234 statistische Kriterien und 106 Einschätzungen aufgrund von Umfragen. Nicht nur die Bewertung, auch die Gewichtung der einzelnen Faktoren muß subjektiv bleiben. Und kann sich rasch ändern. Vor wenigen Jahren war die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ein beherrschendes Thema, heute spielt es kaum eine Rolle.

Sicher, die japanische Wirtschaft wird hoch eingeschätzt. Vor den USA? Am nächsten Samstag kann die Bundesliga-Tabelle schon wieder ganz anders aussehen. Trotzdem ist der Vergleich nicht ohne Reiz.

## Zia vorerst ungefährdet

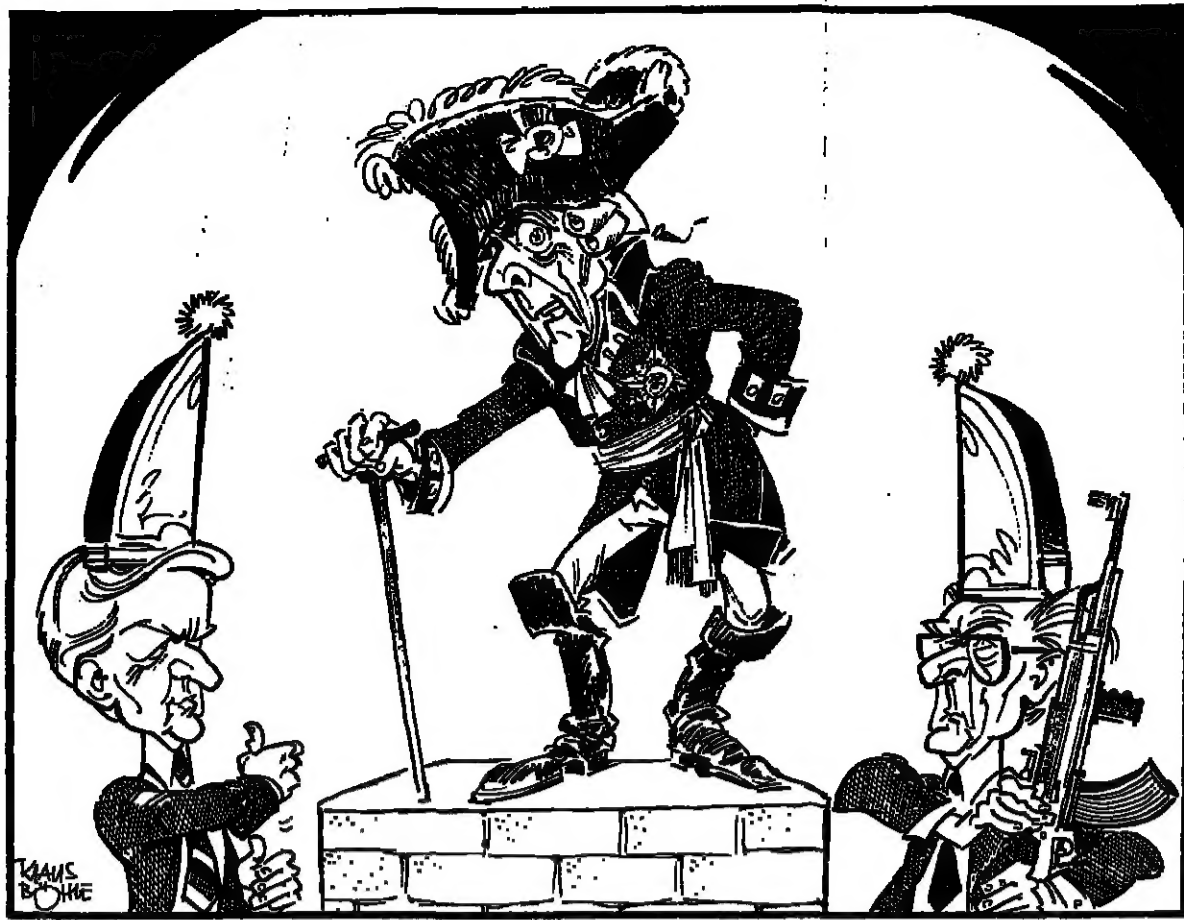
Von Peter Dienemann

Schüsse der Polizei auf regierungsfeindliche Demonstranten in Pakistans Hafenstadt Karachi, Unruhen in mehr als vierzig Städten der Provinz Sind, Tote unter dem Kugelhael der Polizei und Hunderte von Verletzten. Seit der Verhaftung der Oppositionsführer Benazir Bhutto am vergangenen Donnerstag turbulente Szenen in Pakistan, die den Beginn eines landesweiten Aufstandes gegen das Regime Ziaul Haq zu signalisieren scheinen.

Doch was einen Bürgerkrieg befürchten lassen könnte, ist eher ein Teil der politischen Kultur eines noch jungen islamischen Landes, das erst seit 1947 über sich selbst bestimmen darf – wenn nicht des gesamten ehemals britisch besetzten Subkontinents. Auch unter der Regierung jener Partei, der Pakistanischen Volkspartei, die jetzt für die Unruhen verantwortlich zeichnet, kam es zu Unruhen, die die jetzigen bei weitem an Ausmaß und Gewalttätigkeit übertrafen.

Die seit fünf Tagen andauernden Straßenschlachten beschränken sich vornehmlich auf jene Gebiete Pakistans, in denen die Volkspartei Benazir Bhuttos und die „Bewegung zur Wiederherstellung der Demokratie“ traditionell ihre Anhänger hat. Freilich – Ziaul Haq hätte auf die Verhaftung der Oppositionsführer verzichtet und so die Konfrontation vermeiden können. Doch die gegenwärtige Situation und die scheinbar aus ihr erwachsende Bedrohung des Landes hat die Armee des General-Präsidenten, aus deren Reihen Offiziere mit der Politik Benazir Bhuttos liebäugelten, neu geeizt. Sie steht geschlossen hinter ihrem Befehlshaber, der auf ihren Einsatz bisher verzichtet hat. Denn die Polizei hat die Situation bislang unter Kontrolle und bezeichnet sie als einen „Test“.

Präsident Ziaul Haq scheint um sein Amt nicht zu fürchten. Muß er wohl auch nicht: Denn immer noch steht jene unpolitische Bevölkerungsmehrheit hinter ihm, der er neben einem islamischen Staat auch – bescheidenen – Wohlstand gebracht hat. Eine Regierungschefin Bhutto ist für das islamisch-fundamentalistische Pakistan und dessen Verbündete vorerst noch undenkbar.



„Rührt euch!“

KLAUS BOHLE

## Fischer in der Grube

Von Dankwart Guratzsch

Eine fast frivole Szene vergangene Freitag in der Dieburger Mark: Mitten im Wald wurde Richtfest gefeiert. Freilich für die Arbeiter an einem Bauwerk, das sich 80 Meter in die Tiefe bohrt. Wissenschaftler aus der ganzen Welt haben seit Jahren dagegen protestiert – zuletzt wurde es zum Politikum. Heute weiß niemand, ob der 40 Millionen Mark teure Bau niemals in Betrieb gehen kann: die Müllgrube Messel bei Darmstadt.

Das Projekt war und ist von allem Anfang an ein politischer Skandal. Die Planung fällt in jene „Betonphase“ sozialliberaler Politik in Hessen, in der ohne Rücksicht auf Landschaft, kulturelle und emotionale Werte klotziger Verkehrs- und Wirtschaftsbau kreuz und quer wie ein neues, freiliegendes Knochengerüst durch die Wälder und Fluren Hessens vorgetrieben wurde. So nimmt es kaum noch wunder, daß den Planern als Standort für eine Mülldeponie für das Ballungszentrum Rhein-Main kein besserer Platz einfiel als ausgerechnet eine in der ganzen Welt berühmte, einmalige und nur zum kleinsten Teil bisher erforschte Fossilienfundstätte.

Heute ist der hessischen Landesregierung die Entscheidung über dieses Bauwerk praktisch von den Gerichten aus der Hand genommen. Es steht nicht nur als Symbol für das Fiasco sozialliberaler „Landeserschließung“ (die mit dem Umsturz in die rot-grüne Ära endete), sondern ist inzwischen auch zum Prüfstein für die Realisierbarkeit der im linken Lager mit vielen Vorschulberatern bedachten rot-grünen „Neuroorientierung“ der Politik geworden.

Die Grünen hatten sich des Themas Müllgrube Messel, gestützt auf zahlreiche Bürgerinitiativen, frühzeitig bemächtigt. Sie brachten als ein „Essential“ in die Koalition mit den Sozialdemokraten die Forderung ein, die Grube müsse als Naturdenkmal erhalten werden. Inzwischen sind viele große Worte über die Rettung der Grube gefallen, Gelder wurden gesperrt, Gerichtsentscheidungen für und gegen Sofortvollzüge sowie Gutachten eingeholt – aber der Planfeststellungsbescheid ist noch immer nicht aufgehoben. Denn der Bauherr der Deponie, der Zweckverband Abfallverwertung Südhessen, besitzt einen Rechtszettel auf die

Nutzung der Grube, und die Landesregierung muß fürchten, in Gerichtsprozessen zu unterliegen. Mit ihrem Umweltminister Fischer schafft sie es nicht, die Schriftsätze fertigzustellen, mit denen sie die Richter beeindrucken will.

Für die grüne „Basis“ in Hessen, vor der Minister Fischer immer wieder Rechenschaft ablegen muß, würde ein Scheitern der Blockade von Messel jedoch den ganzen Glauben an ein immer wieder proklamiertes „Umsteuern“ der Politik ins Wanken bringen. Die Abfallpolitik war eine der tragenden Säulen dieses Glaubens. Fischer hatte noch vor Erlangung der Ministerwürden in Hessen versprochen, sie könne ein viel wichtiger Hebel als die Kernenergie werden, um die Industrie „in den Griff“ zu bekommen. Inzwischen zeichnet sich eher das Gegenteil ab: Der Müll bekommt die Grünen in den Griff und begräbt ihre Wunschträume.

So, wie die Grünen und ihnen nahestehende Bürgerinitiativen den Müllstau in Hessen durch gerichtliche und politische Blockade aller geplanten neuen Großdeponien selbst mitverschuldet haben, so hat der drohende Müllnotstand den mittlerweile pragmatischer denkenden Fischer auf vielen Gebieten zu offenen Verstößen gegen den grünen Katechismus bewogen.

● Ausgerechnet der einzige grüne Minister der Bundesrepublik beteiligt sich an dem von den Grünen bundesweit inkriminierten Müll-

export nach der „DDR“-Deponie Schönberg (seinen Müllexport nach Frankreich stoppten dortige Gerichte);

● ausgerechnet Fischer sucht in Hessen nach Standorten für (von den Grünen bundesweit bekämpfte) neue Verbrennungsanlagen für Sondernüll;

● ausgerechnet er wird nach Einholung neuer Gutachten vermutlich die dringend benötigte, von den Grünen jahrelang blockierte Sondermülldeponie Mainhausen an der hessisch-bayerischen Grenze in Betrieb nehmen (und dabei mit CDU-Bürgermeistern, bayerischen Anliegern und hessischen Bürgerinitiativen in Konflikt geraten).

Eine Weiche dafür hat er in aller Unauffälligkeit schon gestellt: Hessen, das seinen Filterstäuben in der Zeit der SPD-Minderheitsregierung Bömer einen besonders giftigen Status zuerkannt und sich damit selbst an den Rand eines Müllnotstands manövriert hatte, wird sich laut Fischers Unterschrift bald einseitig für diese Verbrennungsrichtlinie nicht mehr verweigern. Der Weg der Stäube nach Mainhausen scheint geebnet.

„Unsere eigene Politik holt uns ein, und das im ungünstigsten Augenblick“, orakelt der grüne Landtagsabgeordnete und Abfallexperte Chris Boppel trübe. Im Jahr vor den Wahlen in Bund und Land bangt er um die Ausstrahlung seiner Partei, die nicht halten kann, was sie versprochen hat. Vorläufig letztes Beispiel dafür: Fischers Rio-Tonne, die das Müllaufkommen auf einen Schlag um 26 Prozent vermindern sollte, wurde vom Regierungsabgeordneten der Naturwissenschaften zurückgezogen, weil sie nicht nur gegen Bundesgesetze, sondern auch gegen Grundüberzeugungen manches SPD-Provinzfürsten verstieß.

Nicht auszudenken, wenn Fischer auch noch in Messel unterliegen würde, dem einzigen Renommierfeld grüner Politik von unbestritten internationalem Rang. Ein grüner Minister, der das Begräbnis einer Weltattraktion der Naturwissenschaften unter Bauschutt und Schlacken der Wohlstandsgesellschaft einsegnen müßte – eine (vorerst) noch unvollziehbare Vorstellung.



Begrüßt ein grüner Minister eine Weltattraktion der Naturwissenschaften? Fischer

FOTO: DPA

## Die 154 Tamilen passen in kein Asyl-Schema

Wirtschaftsflüchtlinge? Verfolgte? Oder einfach auf der Suche nach ihrer Chance? / Von Joachim Neander

Die deutsche Öffentlichkeit betrachtet den Fall der 154 auf offener See ausgesetzten Tamilen, so scheint es, viel zu sehr als eine Kriminalstory. Man erregt sich über einen offenbar skrupellosen Schiffskapitän und eine interkontinentale Schlepperbande. Man rätselt, woher die armen Asylanter denn das Wuchergeld für ihre Überfahrt hergenommen haben könnten. Man fragt zu wenig danach, ob sich diese spektakuläre Geschichte denn überhaupt einfügt in unsere seit Monaten so heftig geführte Asylanter-Diskussion.

Das tut sie nämlich nicht. So richtig passende Wahlkampfmunition gibt es weder für das eine noch für das andere Lager her. Vielleicht wird sich an diesem Fall zeigen, daß wir die ganze Diskussion anders führen müssen.

Sind die 154 Getriebenen politisch Verfolgte? Ohne Zweifel wird die Minderheit der Tamilen (die sich vor hundert Jahren noch Tamulien nannten und über eine jahrtausendealte eigene kulturelle Tradition verfügen) in ihrer Heimat Sri Lan-

ka unterdrückt. Es herrscht so etwas wie Bürgerkrieg. Aber gerade dieser Spezialfall des Bürgerkrieges ist durch den Artikel 16 des Grundgesetzes, der ausdrücklich eine individuelle Verfolgung meint, nicht unbedingt gedeckt. Sind es also Wirtschaftsflüchtlinge? Darunter versteht man in der hiesigen Diskussion doch Menschen, die sich ein bequemes Leben auf deutschen Sozialhilfsstützen suchen.

Die tamilischen Boat people aber haben erstens ziemlich viel Geld für ihre Reise (nicht nur die nach Kanada, sondern schon für die in die Bundesrepublik) bezahlen müssen und offenbar auch können. Zwar kennt niemand die Entbehrungen oder die eventuell lebenslange Verschuldung der zurückgebliebenen Verwandten, die damit verbunden war. Aber Hunger hat wohl keiner der Flüchtlinge zu Hause leiden müssen.

Zweitens aber waren diese Menschen entgegen einer weitverbreiteten Ansicht hierzulande mit dem so „bequemen“ Asylanterleben auf

Kosten des deutschen Steuerzahlers keineswegs zufrieden. Im Gegenteil, sie nahmen beinahe Unvorstellbares auf sich, um in ein Land zu gelangen, in dem sie – wie sie glaubten – keine Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit mehr fürchten müßten, in dem sie sich vor allem aber durch ihre eigene Arbeit eine neue Existenz schaffen könnten.

Das ist bester Auswanderergeist. So ist Amerika zur Weltmacht gewachsen, und um ausgewogen zu sein: so hat in früheren Jahrhunderten auch das russische Zarenreich einen Teil jener wirtschaftlichen Basis gelegt, von der die kommunistischen Herren des Landes bis heute zehren. Und niemand wird bestreiten, daß auch die Bundesrepublik – wohlgerne in ganz bestimmten Teilbereichen – diesen Mut und diesen Unternehmungsgeist eigentlich ganz gut gebrauchen könnte. In dreißig oder vierzig Jahren wird man, wenn die Geburtenentwicklung so weitergeht, vielleicht ganz anders über Einwanderer denken als heute.

## IM GESPRÄCH Wassilij Sacharow

### Kultur-Technologe

Von Rose-Marie Borngässer

Das aufregendste an dieser Wahl des neuen sowjetischen Kulturministers war – die lange Wartezeit. Zwei Monate dauerte es immerhin, bis das Präsidium des Obersten Sowjets den neuen Minister ausrief: Wassilij Sacharow. Inzwischen kursierten immer heftiger die Gerüchte, daß Reissa Gorbatschowa selber Ambitionen auf dieses Amt habe. Vielleicht erschien ihr die Vision der Jekaterina Furtsewa, die es auf vierzehn Jahre (1959-1974) Amtszeit als Kulturministerin brachte. Ihr Ende allerdings war unruhlich, sie starb in Schande wegen Korruption. Frau Gorbatschowa begnügte sich jedenfalls mit der Berufung in das Organisationskomitee einer Kulturkonferenz, die den Grundstein zu einer „sowjetischen Kulturstiftung“ legen soll.

Das zweitspannendste an dieser Ernennung ist, daß der neue Kulturminister ein spröder Wissenschaftler zu sein scheint. Der 1934 geborene Sacharow hat nach seinem Studium an der Leningrader Universität den akademischen Titel eines Doktors der Wissenschaften erworben und ist heute Professor. Nach dem Abschluß seiner Ausbildung arbeitete er im Polytechnischen Institut in Tomsk, später am Leningrader Institut für Technologie. Er ist außerdem Autor einiger wissenschaftlicher Werke.

Seine Parteikarriere hat Sacharow 1973 in Leningrad begonnen, wo er Chef der Abteilung für Propaganda und Agitation war. 1983 wurde er dann nach Moskau als erster stellvertretender Vorsitzender der Propaganda-Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU berufen. Im Januar 1988 wechselte er dann in das Amt des zweiten Sekretärs des Moskauer Stadtparteikomitees. Seit März ist Sacharow Mitglied des ZK der KPdSU. Immerhin entstammt der neue Inhaber dieses Amtes der gleichen Generation wie Gorbatschowa; die Vermutung liegt nahe, daß er dessen Hausmacht stärkt. Allerdings wußte



Jedenfalls aus der richtigen Generation: Kulturminister Sacharow

FOTO: DPA

die Öffentlichkeit auch vom Vorgänger von Sacharow – von Pjotr Demitschew, der im Juni abgesetzt wurde – wenig. Er, der zwölf Jahre Kulturminister war, agierte stets im Hintergrund. Dabei entfachte er in den sechziger/siebziger Jahren die Kampagnen gegen die oppositionellen Schriftsteller. Unter Demitschew wurde Soltschenizyn ausgebürgert.

Vertreter der sowjetischen Intelligenz, die gleich nach Gorbatschows Amtsantritt ein Tauwetter erwarteten, schweigen beim Schriftstellerverband oder in der Filmszene bringen keine Kulturwende. An der sowjetischen Kulturstrategie, die derzeit weder Fisch noch Fleisch, in jedem Fall nicht sehr frisch ist, wird sich sicher nichts ändern. Allerdings wäre es doch von Bedeutung gewesen, wenn man einen Kulturminister erwählt hätte, der auch aus dem kulturellen Bereich entstammt und der mit Kultur umzugehen vermag – statt eines Mannes wie Wassilij Sacharow, der weniger Ahnung hat, aber mit dem Gorbatschowa umspringen kann.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### Frankfurter Allgemeine

Sie schreibt zur „Arianen“: Bei der Frage, warum sich jemand freiwillig auf eine solche Fahrt begibt, fangen die Rätsel an. Unter den Asylbewerbern, die in großer Zahl in die Bundesrepublik kommen, gibt es nicht nur politische Verfolgte und Wirtschaftsflüchtlinge; es gibt auch Kriminelle. Man weiß, daß viele Asylanter nicht nur auf dubiosen Wegen hierher gelangen, man weiß auch, daß ihnen von Schlepper-Organisationen rosarote Bilder ihrer Möglichkeiten in Deutschland vorgegaukelt werden. Der Fall „Arianen“ zeigt, daß sich inzwischen auch Organisationen gebildet haben, welche die Asylanter in der Bundesrepublik auf ihre kriminelle Weise „betreuen“.

### KRONENZEITUNG

Die Wiener Zeitung schreibt ein „Geheimnis mit der Ware Mensch“: Zwischen Mexiko und den USA haben die Amerikaner einen Drahtzaun gespannt. Die Deutschen überlegen sich, wie sie das Schlupfloch Westberlin für Asylsucher weniger durchlässig machen können. Doch skrupellos nutzen DDR und UdSSR den Flüchtlingsboom aus. Ihre Luftlinien werben in der Dritten Welt für billige Berlinflüge ... Menschenhändler und -schmuggler nehmen in aller Welt elenden Jobsuchern die letzten Ersparnisse ab, um sie in die gelobten Länder zu bringen.

### WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Die Kölner Zeitung meint zum CDU-Wahlkampf: Die Wirtschaftsdaten sind prächtig, die Urlaubswelle rollt. Begünstigt von einem Benzinpreis, der so niedrig ist wie seit vielen Jahren nicht mehr.

Sogar das Schuldenmachen macht Spaß. Die Hypothekenzinsen sinken und sinken. Daß dies nur zu geringem Teil der Regierung als Verdienst anzurechnen ist, macht wenig aus. Wahlrends entstehen aus der Gesamtstimmung: Die Erfahrung lehrt, daß der Wähler wenig danach fragt, wie sie zustandekommen.

### The New York Times

Sie beschreibt auch aus dem Unruhen in Pakistan: Der pakistanische Präsident Zia hat den Unabhängigkeitstag des Landes mit dem Einsatz der Polizei gefeiert, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen. Das wie die Festnahme der Oppositionsführer Benazir Bhutto waren sicher ein Schlag für all die, die auf eine Liberalisierung innerhalb der pakistanischen Regierung und auf eine Aufhebung des Kriegsrechts gehofft hatten. Washington hat diese Entwicklung zwar korrekt, aber sarkastisch beklagt.

### THE NEW YORK TIMES

Die Londoner Zeitung kommentiert den japanischen Raketenstart: Mit dem Bilderbuch-Start seiner neuen H-1-Rakete hat Japan in den vergangenen Tagen einen weiteren Schritt zur Unabhängigkeit in der Raumtechnologie unternommen und sich von der Abhängigkeit von den USA befreit ... Japans Aufstehen als Raumfahrtmacht weist den Weg zu neuer diplomatischer und militärischer Aktivität Japans und die selbstbewußte (zweite) Ankunft unter den Weltmächten. Der japanische Erfolg wäre zu jeder Zeit aufsehenerregend gewesen. Daß er sich zu der Zeit ereignete, wo das NASA-Programm darniederliegt, und die Ariane am Boden bleibt, verleiht dem japanischen Erfolg zusätzliche Bedeutung.



# Erst den Computer besiegen, dann den Manöver-Feind

Wenn 50 000 Soldaten - deutsche, Franzosen und Amerikaner - am 18. September ins Manöver ziehen, so absolvieren sie ein Programm, das die Planer in mühseliger Kleinarbeit ausgetüftelt haben.

Von CLEMENS RANGE

In den karglich eingerichteten Zimmern des gelben, renovierungsbedürftigen Gebäudes der Julius-Wegeler-Straße 11 in Koblenz herrscht eine rege Betriebsamkeit. Zwischen einer blubbernden Kaffeemaschine und einem dudelnden Radiosender hantieren an einem an der Wand hängenden Netzplan Oberstleutnant Henry Schäfer und Gefreiter Jürgen Lindner. Die letzten Details der diesjährigen Heeres-Großübung werden in dem Stab des III. Korps durchgecheckt.

Die Franzosen kommen mit einem Groß-Verband

Wenn in vier Wochen die etwa 42 000 Bundeswehrsoldaten gemeinsam mit rund 8000 französischen und amerikanischen Kameraden ins Manöver ziehen, werden die Früchte der 30monatigen Vorbereitungsarbeit für jedermann sichtbar. In dem sechs-köpfigen Sonderstab des Generalstabschefen Schäfer liegen seit März 1984 alle Fäden zusammen. „Häufig völlig unbürokratisch“, merkt der 43jährige Offizier mit dem Bürstenhaarschnitt an. „So stellte uns beispielsweise die Hardthöhe außerplanmäßig sofort ein Ausstattungspaket mit einem Textverarbeitungsprogramm, einem Personal-Computer zur Verfügung“, erzählt er.

Mit der Bedienung der Computer und dem Lesen der Diagramme hatte dann allerdings mancher Berufs-soldat seine Mühe, und so wurden flugs drei handverlesene Wehrpflichtige mit Abitur und Computer-Kenntnissen in den Sonderstab beordert. Mit Hilfe einer von der Firma Dornier erstellten, 40 000 Mark teuren Daten-gestützten Planungshilfe konnten dann die minutiös zu berechnenden Übungsvorbereitungen beginnen.

Die zahlreichen Rücksichtnahmen auf den zivilen Bereich, die komplizierten Aufmarschbewegungen und die vielfältigen militärischen Neuerungen, die erprobt werden sollen, spiegeln nur einen Bruchteil der Komplexität der Gesamtplanung wider, meint Hauptmann Erhard Drews. So sollen vom 18. bis 28. September in dem 150 mal 50 Kilometer großen Übungsraum des Weinanbaubereiches Main-Franken die 5. und 12. Panzerdivision mit 3500 Panzern und 14 000 Radfahrzeugen die Verteidigung der Bundesrepublik trainieren. Teile der 250 eingesetzten Hubschrauber werden ein neues Verwundeten-Transportkonzept erproben. Ein Novum stellt der Einsatz einer französischen Brigade dar. Generalleutnant Erich Dieckrich, unter dessen Befehl die Übung stattfinden wird, dazu: „Erstmals seit Bestehen der Bundeswehr nimmt ein Groß-Verband Frankreichs an einer nationalen deutschen Gefechtsübung teil.“ Die Beteiligung der Franzosen, die sich seit einiger Zeit wieder stärker dem westlichen Verteidigungsbündnis zuwenden, führt der frankophile deutsche General nicht zuletzt auf die „in den vergangenen beiden Jahren intensivierte Zusammenarbeit des III. Korps mit dem I. und II. französischen Korps“ zurück.

Abprachen mit den französischen und amerikanischen Truppen gehören zum militärischen Alltag“, berichtet der Presseoffizier des Koblenzer Korps, Oberstleutnant Peter

Bolte. „Die Besprechungen und Informationsveranstaltungen bei den Innenministerien Bayerns und Baden-Württembergs sowie die Kontaktaufnahmen mit den zivilen Behörden, Forstverwaltungen und der Landbevölkerung waren für manche Soldaten etwas Neues“, sagt Bolte. Bei zahlreichen „Bauern-Bieren“ wurde vor allem die Landbevölkerung über den Sinn des Manövers „Fränkischer Schild“ informiert.

Der Schutz der Umwelt wird beim „Fränkischen Schild“ ganz groß geschrieben, versichern die Verantwortlichen. Spezialkarten, auf denen Feuchtgebiete und Sperrzonen markiert sind, werden zusammen mit den 750 000 zusätzlich gedruckten Kartenblättern an die Truppe verteilt. Und manch ein Taktiker befürchtet schon, daß das militärisch richtige Verhalten, das geübt werden soll, des Umweltschutzes wegen (für den übrigens die Bundeswehr im vergangenen Jahr mehr als 600 Millionen Mark ausgegeben hat) eingeschränkt oder sogar nicht mehr realisierbar wird. „Wo allerdings Schäden auftreten, sind die Kompaniechefs verpflichtet, ihre Visitenkarte abzugeben“, erläutert Oberstleutnant Bolte. In der Übungsschaden-Zentrale von Oberst Hans-Georg Seitz stehen 300 Personen zur Schadenregulierung parat. Von der Zentrale des Pionieroberst aus werden auch die Einsätze der Kehrmaschinen, die die verschmutzten Straßen reinigen müssen, koordiniert.

Um die Behinderungen für den zivilen Fahrzeugverkehr möglichst gering zu halten, hat der Verkehrsstabs-offizier Reiner Hartmann frühzeitig mit Polizei und ADAC die An- und Abmarschstraßen festgelegt und einen generalstabsmäßigen Fahrplan erstellt. Bei der Bundesbahndirektion Frankfurt mußte Hartmann 63 Eisenbahnzüge - meist Tieflader für die Kettenfahrzeuge - ordern, die vom 19. September an in den bestehenden Bundesbahn-Fahrplan eingeschoben werden müssen.

Für den Bürger Tips zur Unfall-Verhütung

In einer breit angelegten Informationskampagne in den landwirtschaftlichen Fachzeitschriften und Lokalausgaben gibt die Bundeswehr den Bürgern Tips für Verhaltensregeln, um Unfälle zu vermeiden. Mit der „Flüsterlüte“ werden Teile des Andernacher PSV-Bataillons „vor den Spitzern der kämpfenden Truppe die Bevölkerung aufklären und warnen“, sagt Oberstleutnant Bolte. Der Presseoffizier, dessen Stab die in- und ausländischen Journalisten zu betreuen hat, wird auch zugleich die sogenannte Bevölkerungs-Informations-Zentrale (BIZ) leiten. In ihr werden nicht nur das „Sorgetelefon“ stehen, sondern auch Diskussionsveranstaltungen stattfinden und die Betreuung der etwa 1000 geladenen Gäste gelenkt. Und diese „Gefechtsfeld-Touristen“ sind es, die den Koblenzer Planern noch etwas Kopfschmerzen machen. Denn für das „Lodenmantel-Geschwader“, wie die ehemaligen Kommandeure und Generale im Truppenjargon heißen, müssen zahlreiche Begleitoffiziere abgestellt werden und bequeme Übernachtungsmöglichkeiten gefunden werden, was in der ländlichen Übungsregion schier unmöglich ist.

Wichtigste Aufgabe des in diesem Jahr größten Heeresmanövers in der Bundesrepublik ist es allerdings neben der militärischen Schulung der Soldaten, die Bevölkerung wieder „Truppe hautnah erleben zu lassen“, formuliert Oberstleutnant Schäfer das Übungsziel.



FOTO SVENSSON

## Indien einmal ohne Romantik - Wehe Du wirst als Frau geboren

Indiens Gesellschaft tut sich schwer, die Diskriminierung der Frau abzubauen. Noch immer gelten Mädchen als ein Ballast, den die Familie möglichst früh loswerden will.

Von PETER DIENEMANN

Malini Parthasarathy ist Korrespondentin der südindischen Tageszeitung „Hinduf“ in Neu-Delhi. Allein stehend, jetzt in den Endzwanzigern, hat sie eine steile berufliche Karriere hinter und noch ein gutes Stück vor sich. Sie ist eine selbstbewußte Frau mit Universitätsausbildung aus einer traditionellen Hindu-Familie - und sie ist noch immer eine Ausnahme in der männlich dominierten Gesellschaft Indiens. „Es ist eine Schande, wie wir unsere Frauen behandeln“, sagte vor zwei Tagen Premierminister Rajiv Gandhi bei einer Frauenkonferenz. Denn von Gleichberechtigung, von gleichen Chancen in der Arbeitswelt oder auch nur von gleichem Recht für Frauen in der Familie kann in dem 750-Millionen-Menschen-Land trotz Grundgesetzgarantie keine Rede sein.

Auch heute noch erfüllt die indische Frau in erster Linie jene Rolle, die ihr die Tausende von Jahren alte hinduistische Tradition auferlegt hat: das Haus versorgen, Kinder gebären und aufziehen und vor allem dem Manne untertan sein. Töchter in indischen Familien werden eher als notwendiges Übel denn als Freude betrachtet, die Söhne haben den Vorzug - ihr Leben lang.

Und schon am ungeborenen Leben beginnt in Indien die Diskriminierung der Frau. Schickiert notierte die indische Öffentlichkeit vor zwei Monaten, daß private Abtreibungskliniken in Neu-Delhi und vor allem in Bombay am ungeborenen Leben auf Wunsch der Eltern - und gegen klärende Mütter - Geschlechtsbestimmungstests durchführen. Mit Hilfe dieser Tests, ursprünglich entwickelt, um schon am Fötus genetische Schäden feststellen zu können, kann der Arzt erkennen, ob der Nachwuchs weiblich oder männlich werden wird. Wird's ein Mädchen, treiben die Eltern ab, ein Bub darf weiterleben. Insgesamt 6000 Abtreibungen nach einem Sex-Bestimmungstest wurden in einer einzigen Klinik in Bombay durchgeführt. Und jedesmal war es

ein weiblicher Fötus, der abgetrieben wurde.

Denn Mädchen bedeuten der Familie Ballast, den es möglichst früh loszuwerden gilt. Immer noch - allerdings hauptsächlich im unteren urbanen Mittelstand oder der Unterschicht - wird die Ausbildung eines Mädchens von der Grundschule bis hin zur Universität als Geldverschwendung betrachtet. Ohnehin, so argumentieren die Eltern, werde die Tochter eines Tages heiraten. Ins Haus ihres Ehemannes umsiedeln und dort eben jene Aufgaben erfüllen, die ihr vorbestimmt sind: dem Manne Sklave sein und seine Kinder aufziehen. „Muß sie dazu lesen und schreiben oder gar noch mehr können?“

Und diese Heirat, mit der die Eltern endgültig die Verantwortung für ihre Tochter an den Bräutigam und dessen Familie weiterreichen, kostet Geld, meist zuviel Geld für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Brauteltern. „Dowry“ wird die Mitgift genannt, die die Tochter mitgeben werden muß. Waren es in der traditionellen nordindischen Familie noch einige Schmuckstücke, Haushaltsgegenstände oder auch ein Stückchen

Land, so stehen heute Mitgift-Forderungen der Schwiegereltern nach einem teuren Farbfernseher, einem Motorrad oder gar einem Auto an der Spitze. Je vielversprechender der junge Mann, je besser seine Verdienstaussichten oder sein gesellschaftlicher Status, desto höher die Mitgift.

Und die Tragik der frisch Verheirateten beginnt dann, wenn die „Dowry“ ausbleibt, weil sich die Brauteltern schlicht übernommen haben. „Es war die Hölle auf Erden“, berichtet eine jener unglücklichen jungen Frauen, die mit schweren Verbrennungen in einem Krankenhaus in Delhi liegt. Ihr eigener Mann und die Schwiegermutter hatten sie in der Küche beim Kochen mit Kerosin-Öl übergossen und dann angezündet. Schon monatelang zuvor hatten sie die Frau unter massiven Druck gesetzt, weil die zugesagte Mitgift ausbleibt. Nachbarn retteten sie, jedoch jeden Tag geschieht irgendwo in einem nordindischen Haushalt ein solcher brutaler Mordanschlag. „Meist“, so ein Sprecher der Polizei, „werden die Dowry-Morde als Unfälle geschildert, doch wir finden bald heraus, was dahintersteckt.“

Frauenrechtsorganisationen haben

## Beirut: Wehklagen um Selims Tod im Saal des Grauens

Bürgerkrieg und Terror haben das Leben im Libanon zur Hölle gemacht. Der Tod lauert überall, in jedem geparkten Auto kann eine Bombe stecken.

Von HORST ROLLER

In einem abgedunkelten Krankensaal der alten türkischen Klinik von Mussaitbe: ein Stahlbett neben dem anderen, Matratzen am Boden. Es ist 30 Grad, und die Luft stinkt nach Karbol, Urin und Hammelfleisch. Fliegenschwärme summen in dem großen Raum. In dieser Hölle liegen 30 Opfer der letzten Autobombe in West-Beirut. An den Betten und Matratzen kramieren die engen Verwandten, wie das im Orient Brauch ist. Das Wehklagen wird nur vom Stöhnen frisch Operierter überhört.

Für Selim, einst Faktotum der österreichischen Botschaft und im

„Sadat-Hochhaus“ Mädchen für alles, als die Diplomaten sich lange schon nach Damaskus abgesetzt hatten, hat die letzte Stunde geschlagen. Seine Tochter haben ihm „wenigstens zum Sterben“ einen ruhigen Eckplatz in diesem Saal des Grauens erkämpft. Selim trägt einen Gesichtverband. Nase und beide Arme hat er verloren.

Als er ausgehüllt hat, sind die Mädchen vor Schmerz und Verzweiflung nicht mehr zu halten. Wärter müssen sie herauszerren. Dann erst wird der Tote abgeholt. Warda, die Älteste, darf noch einmal zurück, packt ein paar Rababesigkeiten. Ihre dunklen Augen sind tränennass. „Guter Baba, Dich werde ich rächen!“ sagt sie, und dann, zu mir gewandt: „An allen Christen, die das getan haben, werde ich Rache nehmen!“

In der einst überquirlenden Geschäftsstraße Rue Pasteur gibt es nur noch eine funktionierende Bank. Filialeiter Robert Ackad trägt seit ver-

gangener Woche den Arm in der Schlinge. Er war auf dem Weg zu Freunden, als in seiner Nähe eine Autobombe explodierte. So konnte er, dem Splitterregen halbwegs entgehen, indem er sich in einen Abfallhaufen warf. Jetzt hofft er, nach London versetzt zu werden. „Wenn das nicht klappt, gehe ich zurück nach Ägypten, und wenn ich dort nur Fuß-Böden zu beißen kriegen.“

Ein mir so vertrautes Haus in der Altstadt ist seit meinem letzten Besuch ebenso zur Ruine geworden wie alles im Umkreis des einst eleganten Hotels St. Georges und der Rue Farreddine in Ufernähe des Mittelmeeres. Nur Madame Catherine sitzt wie eh und je mit ihrer Wasserpfeife auf dem Sofa. Sie ist noch immer schön, aber in ihrer Pluderhose, die sie neuerdings trägt, versucht sie, den frischen Beinstumpf zu verbergen. Sie verlor ihr Bein im Frühsommer durch eine Autobombe, als sie an einem

Straßenstand ein Fladenbrot kaufte. Nach ihrem Mann brauche ich nicht erst zu fragen: Er schaut mich aus einem schwarzen Bilderrahmen an, der zugleich einen Riß in der Zimmerwand verdeckt. „Einmal muß dieser Haß an sich selbst zu Grunde gehen. Aber ob ich das erleben werde? Ob Libanon das alles überlebt?“ sagt Madame Catherine.

Einer, der dazu beitragen versucht, ist Vizeleutnant Bitar, Spezialist der Libanesischen Armee zur Entschärfung von Autobomben. Er ist in dieser Stadt einer der ganz wenigen, die die sonst so heimtückische „Grüne Linie“ zwischen christlichem Osten und islamischem Westen ungehindert passieren können. Wird ein verdächtiges Fahrzeug gemeldet, so muß Bitar es untersuchen und im gegebenen Fall die Bombe entschärfen. Einmal kam er zu spät, die Bombe detonierte zehn Meter vor ihm. Seitdem fehlen Bitar drei Finger.

Müßig oder Mord, das ist die Frage: Tag für Tag werden in Indien junge Frauen von der Familie des Mannes zu Tode gebracht, weil sie nicht genügend Mitgift bekamen.

sich inzwischen jener jungen Frauen angenommen, die im Haus der Schwiegereltern leiden müssen, harte Strafen stehen auf Dowry-Morde und -Mordversuch, und das Mitgift-Wesen ist ohnehin verboten. Doch die Betroffenen selbst suchen nur in den seltensten Fällen Hilfe von Außenstehenden, da sie deren Einnischung als Schande für die ganze Familie empfinden.

Die seit Jahrtausenden gefestigte Geschlossenheit und Abgeschlossenheit der indischen Familie ist heute vor allem noch auf dem Land zu spüren, wo allerdings die Mehrheit der indischen Bevölkerung lebt. Dort haben Make-up und Lippenstift dem Gesichtsschleier noch nicht den Rang abgelaufen. Die indische Landfrau trägt dreifache Bürde: Zu Haushalt und Familie kommt die tägliche harte Feldarbeit - dafür genießt sie im Haus aber auch mehr Mitspracherecht als die Stadtfrau.

Und ihr Leben steht im krassen Gegensatz zu jener wohlbeleibten „Mem-Sahib“, der Frau der indischen neureichen Oberschicht, die ihre Zeit mit Damen-Zirkeln, häuslichem Kaffeeklatsch und häufigem Griff in die „Naschdose“ totschlägt, weil sie kaum einen Finger rühren muß. Ihr perfekter Haushalt wird von emsigen, unterbezahlten Dienern in Schwung gehalten, um die Kinder kümmert sich das Kindermädchen.

Zweifelloso hat der soziale Stellenwert der Frau in Indien seit dessen Unabhängigkeit 1947 einen Wandel erfahren. Rund 20 Prozent aller städtischen Studenten sind Mädchen, sie finden nach Abschluß der Universitätsausbildung Eingang in gehobene Berufe, werden Ärzte, Regierungsangestellte und Bürokräfte. Seit Jahren gibt es einen Verein weiblicher Unternehmer, der jedes Jahr einmal zusammentritt. Die Damen, die ihre Industrien gegen eine männlich chauvinistische Konkurrenz erfolgreich aufgebaut haben, sind „hart im Nehmen“ und von erstaunlichem Durchsetzungsvermögen. Rajiv Gandhi hat ein halbes Dutzend Damen zu Ministern gemacht, und seine Mutter Indira hatte der ganzen Welt gezeigt, daß auch eine Frau sehr wohl einen ganzen Subkontinent führen kann. Doch Forderungen nach mehr Gleichberechtigung werden in Indien trotz eines derzeitigen Gründungsbooms von Frauenrechtsorganisationen weitaus weniger lautstark vorgetragen als in westlichen Ländern. Ein Soziologe von der Mhru-Universität dazu: „Die Unterwürfigkeit unserer Frauen hat schon fast masochistische Züge. Aber Tradition kann man nicht per Gesetz ausradieren.“

„Gut, daß ich so oft in Finnland zu tun habe. Da kann ich mit FINNAIR fliegen, da finde ich den Komfort, den ich gewohnt bin.“

Die FINNAIR Executive Class ist die Klasse für Geschäftsreisende. Mit bequemen Sitzen und mehr Beinfreiheit in einem separaten Abteil. Mit 30 kg Freigepäck pro Person. Mit vorzüglicher Küche, Champagner und erlesenen Weinen. Mit Europe-City-Club-Lounge am Flughafen Frankfurt. Mit Executive-Schalter und Lounge am Flughafen Helsinki. Und als besonderer Service: Check-In-Möglichkeit im Hotel Intercontinental Helsinki. Soviel mehr Komfort zum Normaltarif sollten Sie sich leisten.



Jyrki Rinne, Geschäftsführer, Lapponia Jewelry GmbH, Frankfurt

NEU! Ab Helsinki jede Woche:  
1x BANGKOK-SINGAPUR  
2x TOKYO

TÄGLICH AB FRANKFURT UND HAMBURG. NONSTOP  
nach HELSINKI | ab HELSINKI  
FRA 09.40 - 13.10 | FRA 07.00 - 08.30  
HAM 14.30 - 17.20 | HAM 08.00 - 08.55  
FRA 21.10 - 00.40 | FRA 18.05 - 19.40

Flüge nach und von Finnland im Pool mit Luthansa

Buchungen und weitere Informationen in Ihrem Reisebüro.

**FINNAIR**  
Komfort  
den Sie brauchen



## Polizei vereitelt Anschlag auf Generalkonsulat

**H.L. HEILMANN, Hamburg**  
Der Staatsschutz der Hamburger Polizei ist es gelungen, einen Anschlag der „Kurdischen Arbeiter- und Bauernpartei“ auf das türkische Generalkonsulat zu vereiteln. Vermutlich sollte der Anschlag am 15. August erfolgen, da auf den Tag genau zwei Jahre zuvor der vom türkischen Militär niedergeschlagene Kampf der Kurden gegen „die türkische Staatsmacht“ eröffnet wurde. Die Polizei war durch Beschlagnahme eines Briefes an den „Arbeiterverein aus Kurdistan e.V.“ dem geplanten Anschlag auf die Spur gekommen. In dem Brief befand sich der Schlüssel zu einem Schließfach im Hamburger Hauptbahnhof sowie ein kurzer Text. Bei Öffnung des Schließfaches stieß die Polizei auf eine Taube, in der sich unter anderem mehr als ein Kilogramm hochbrisantes Sprengstoff, eine Pistole, ein Schallprüfer und eine Handsäge der Residenz des türkischen Generalkonsulats in Hamburg befanden. Der Anschlag, so Polizeidirektor Dieter Heering, hätte „möglicherweise mehrere Menschenleben“ gefordert.

## NRW investiert in Nahverkehr

**DW, Düsseldorf**  
Der nordrhein-westfälische Verkehrsminister Christoph Zippel ist davon überzeugt, dass die Verkehrsprobleme unserer Städte gelöst sind, wenn nur fünf bis zehn Prozent der

Anzeige

## Jeden Samstag bietet die WELT Karriere-Chancen.

Gehen Sie auf „Nummer Sicher“ bei Ihrer Berufsplanung. Nutzen Sie den großen Stellenteil für Fach- und Führungskräfte.

## Jeden Samstag in der WELT

Verkehrsteilnehmer vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr umstellen. Bei der Vorstellung des Fünf-Jahres-Programms für den öffentlichen Nahverkehr kündigte er an, daß bis 1990 in den Bau von S-Bahnen und Straßenbahnen 4,3 Milliarden Mark investiert werden. Die 237 Kilometer S-Bahn-Strecken sollen damit um 90 Kilometer erweitert werden.

## DGB: Arbeitslosen geht es schlechter

**dpa, Düsseldorf**  
Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sieht bundesweit eine „dramatische Verschlechterung“ für Dauerarbeitslose. Nach seinen Berechnungen waren rund 750 000 Erwerbslose länger als ein Jahr auf einen neuen Arbeitsplatz. Die Zahl der Arbeitslosen, die länger als zwei Jahre ohne Arbeit sind, habe sich seit 1982 nahezu verdreifacht, sagte der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Müller. Rund 43 Prozent der Dauerarbeitslosen erhielten inzwischen weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe.

## Bundesregierung steht zu SDI

**Go, Bonn**  
Die Bundesregierung hat sich erneut zur Einhaltung des deutsch-amerikanischen SDI-Abkommens bekannt. Es sollte nicht „durch einseitige Schritte des amerikanischen Kongresses in Frage gestellt werden“, sagte Regierungssprecher Schäfer. Er erinnerte an den „stets verlässlichen Partner Präsident Reagan“. Die Bundesregierung habe „keinen Anlaß“, an der Vertragserfüllung durch die US-Regierung zu zweifeln. Allerdings stünden die Bestimmungen des Senats dazu im Widerspruch. Die Vorlage würde noch im Vermittlungsausschuß behandelt.

## Theologe kritisiert SPD-Entwurf

**KNA, Bonn**  
Der Professor für Christliche Gesellschaftslehre in Trier, Wolfgang Ockenfels, kritisierte den „Irre-Entwurf“ eines neuen SPD-Programms. Die SPD könne sich kaum auf die katholische Soziallehre berufen oder die kirchliche Autorität in Anspruch nehmen. Lediglich in den Abschnitten zur Sozialpolitik tauche unter dem Schlagwort „Hilfe zur Selbsthilfe“ das Subsidiaritätsprinzip der katholischen Soziallehre auf.

DIE WELT (ISSN 0005-5707) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 245.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

## Börners „rechte“ Genossen sehen die Partei am Scheideweg

Von DANKWART GURATZSCH

Mitten im politischen Hochsommer bläst den Allgenossen und „Rechten“ in Holger Börners hessische SPD eine kühle Brise ins Gesicht. Noch ein halbes Jahr ist es bis zur Bundestagswahl, ein Jahr bis zur nächsten Landtagswahl in dem rot-grün regierten Bundesland. Aber die „Rechten“, einst „Bündeglieder“ zur FDP, haben mehr als je in der hessischen Nachkriegsgeschichte das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden.

„Nicht wir haben uns geändert, die Partei ist eine andere geworden“, sagt der weißhaarige Fritz Glenz, Darmstädter Unterbezirksvorsitzender und ehrenamtlicher Stadtrat. Der heute 64-jährige ist schon 1930 in die sozialdemokratischen „Falken“ eingetreten und gehört dem Darmstädter Unterbezirksvorstand seit 28 Jahren an. Aber er empfindet Bitterkeit gegenüber den übergeordneten Parteigremien. Trotz „guter Arbeits- und Wahlergebnisse“ stehe die innerparteiliche als „rechts“ verschleierte Darmstädter SPD unter wachsendem Druck des „linken“ Bezirksvorstandes Hessen-Süd.

Mit seinem Groll weiß sich Glenz eines starken Rückhalts im eigenen Unterbezirk sicher. „Wir haben hier die eindeutige Mehrheit“, meint er und verwirft auf sein Wahlergebnis als Vorsitzender, das ihm einen Vorsprung von 84 zu 32 Stimmen brachte. Wahlergebnisse solcher Art, die Darmstädter zu einer Insel der „rechten“ Sozialdemokraten im linken Hessen machen, haben den Darmstädtern freilich in jüngerer Zeit eine wahre Flut von Anschuldigungen, Unterstellungen und sogar Feindseligkeiten aus der eigenen Partei eingetragen – schon für sich ein Indiz, daß sich die hessische SPD mit ihren beiden Bezirksverbänden Nord und Süd auf einer Linksdrift befindet.

Belege dafür liefern gerade vor allem als „rechts“ eingeschätzte Parteipolitiker, die von dem dringenden Ehrgeiz besetzt zu sein scheinen, nur ja keinen Sand ins Getriebe der rot-grünen Koalition geraten zu lassen und die Grünen auf ihren eigenen Politikfeldern mit noch viel „grünere“ Bekundungen auszustechen.

So arbeitet das Sozialministerium von Armin Claus und das Landwirtschaftsministerium von Willi Görlach mit Hochdruck an der Serienherstellung von Umwelt-Broschüren, die den Eindruck erwecken, als seien die beiden Minister trotz der Bestallung des Grünen Joschka Fischer mit dem Umweltministerium noch immer für Natur- und Umweltpolitik zuständig.

Selbst Wirtschaftsminister Ulrich Steger ist um grüne Profilierung bemüht, läßt effektiv Alleen pflanzen und setzt eine Untersuchungskommission ein, die den Kernreaktor Biblis A überprüfen soll – zusätzlich zu der vom Bundesumweltministerium ohnehin veranlaßten Überprüfung durch die Internationale Atomenergiebehörde in Wien.



Es grünt so grün in Holger Börners SPD – und immer mehr Allgenossen fühlen sich der Partei entfremdet. FOTO: DPA

In der Ausländerpolitik sind von Minister Claus bis zu den Landtagsabgeordneten Gert Lütger und Fred Gebhardt gerade „rechte“ hessische Sozialdemokraten emsig bemüht, die mit den Grünen vereinbarte „Liberalisierung“ so weit wie möglich zu treiben und ihr „bis zur Klärung aller mit der Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer in Hessen verbundenen Fragen“ bereits „gesetzlich mit der Einrichtung von Ausländerbeiräten auf Stadt-, Kreis- und Landesebene“ (Deutsche Pres-

## Landesbericht Hessen

se-Agentur) auch institutionell Ausdruck zu verleihen.

Was wundert es da, daß der ebenfalls dem „rechten“ Flügel zugeordnete SPD-Fraktionschef im hessischen Landtag, Ernst Welteke, mit einem wahren Hymnus auf das sozialistische Nicaragua an die Öffentlichkeit tritt und damit (als ein nicht einmal in der Bundesrepublik allzu weit über Hessens Grenzen hinaus bekannter Politiker) rühmende Erwähnung auf Seite 1 der (ost-) „Berliner Zeitung“ findet.

Nur allzu folgerichtig, daß bei dieser rasanten „Ergrünung“ der hessischen SPD ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister wie der Darmstädter Günter Metzger, ein scharfer Gegner des rot-grünen Bündnisses, bei den Parteiobersten zum Stein des Anstoßes wird. So war es denn auch alles andere als ein Versprechen, als SPD-Landesgeschäftsführer Wolfgang Kiehne ausgerechnet Metzgers Auslandsurlaub nutzte, um im Hessischen Rundfunk öffentlich „Verständnis“ für die Forderung aus „Partei-Kreisen“ nach einem Rücktritt Metzgers zu äußern.

Nicht weniger als 30 Parteischiedsverfahren mußte der Unterbezirk seit 1984 über sich ergehen lassen, weil

die linke Minderheit beinahe jedes Wahlergebnis anfechtet. Jetzt hat der Bezirksvorstand Hessen-Süd zum bisher spektakulärsten Schlag gegen den mißliebigen Unterbezirk entschlossen: Eine Untersuchungskommission soll prüfen, ob es bei allen Wahlen mit rechten Dingen zugegangen ist, und notfalls ein Ordnungungsverfahren einleiten.

Glenz und der Unterbezirk, die bisher immer obsegierten, wissen es nur aus Presse und Fernsehen. Glenz: „Man will den Druck verstärken, uns einschüchtern, Kette reinreiben.“ Ja, man schreie nicht einmal davor zurück, den Darmstädter „Rechten“ regelrechte Mafiamethoden zu unterstellen, wie im Fall der Landtagsabgeordneten Christel Trautmann. In der Millionen der „linken“ Genossen waren vertrauliche Landtagsakten gefunden worden. Dazu offerierte der Freundeskreis das Gerücht, die hätten ihr „rechte“ Spezies untergejubelt.

Viel Hoffnung von der eigenen Partei schon bald „rehabilitiert“ zu werden, haben Glenz und seine Freunde nicht. Mitmütig blickten sie auf den Nürnberger Parteitag, in dem sie mit den Worten ihres Landtagsabgeordneten Karl Hermann Ritter den Versuch sahen, „die SPD hinter Godesberg zurückzunehmen“.

Ritter, der die Darmstädter SPD eine „ausgesprochene Helmut-Schmidt-Partei, keine Brandt-Partei“, nennt und in dessen Arbeitszimmer das Porträt Herbert Wehners hängt, kritisiert den Satz im neuen Programm, das alle Godesberger Programme habe, die geschichtliche Bedeutung von Marx aus taktischen Gründen unterschlagen, und wirft dem Programmtextwurf auf den Tisch: „Das laß ich mir nicht vorwerfen!“ 18 Jahre hat er an der Spitze des Ortsvereins Eberstadt gestanden, jetzt sieht er seine Partei am Scheideweg: „Mit einem solchen Programm machen wir die Volkspartei kaputt.“

## Asylrecht in Europa / Die Irrfahrt der Tamilen

# Keiner öffnet Türen so weit wie die Deutschen

BERKHARD NITSCHKE, Bonn

Der Standard im Asylrecht der Bundesrepublik Deutschland geht weit über das allgemeine Völkerrecht und das aller anderen Staaten hinaus. Zu dieser Feststellung sind Regierungskreise aufgrund eines Ländervergleichs gekommen. Die Verfahren für die Feststellung der Flüchtlingseigenschaft variieren zumindest in Europa von Land zu Land und sind nach Ansicht von Bonner Regierungskreisen „eine Frucht von Zufälligkeiten“, so daß eine Harmonisierung der einzelnen gesetzlichen Bestimmungen europaweit erforderlich sei.

Kontingente weitverbreiteter Meinung gibt es weder in der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950 noch in der Amerikanischen Menschenrechtskonvention von 1969 oder im geltenden Völkerrecht einen Anspruch des einzelnen gegen den Staat auf Gewährung territorialen Asyls. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat zwar den Satz auf der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, nämlich „Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen“, zur Resolution gemacht; sie hat jedoch nur den Charakter einer „Empfehlung“.

Eine vertragliche Verpflichtung zur Gewährung von Asyl ergibt sich auch nicht aus dem „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“ von 1951, kurz „Genfer Flüchtlingskonvention“ genannt. Hier heißt es für alle westeuropäischen Länder verbindlich, daß kein Flüchtling in Gebiete zurückgeschickt werden darf, wenn dort sein Leben oder seine Freiheit unter anderem wegen seiner Rasse, Religion oder Staatsangehörigkeit bedroht wäre. Die Staaten entscheiden danach aber „nach politischem Ermessen“, ob sie Asyl gewähren oder nicht.

Frankreich hat Ende Juli sein Ausländerrecht drastisch verschärft. Aus Tradition hatte es bisher eine sehr liberale Aufnahmepraxis mit vielen Beschränkungen. Nun werden die negativen Fälle „sofort oder innerhalb weniger Tage entschieden“. Während in der Bundesrepublik Deutschland Asylsuchende an den Grenzen nur dann zurückgewiesen werden können, wenn sie offensichtlich schon in einem anderen Land Schutz vor Verfolgung gefunden haben, kann an den französischen Grenzen jedermann, der die

Grenze noch nicht überschritten hat, zurückgewiesen werden, ohne daß dagegen ein Rechtsmittel eingelegt werden kann.

In Großbritannien bleibt der Asylsuchende bis zu einer vorläufigen Entscheidung des Home Office in Obhut der Grenzstelle. Über das Gesuch entscheidet der Innenminister in zwei Instanzen, dann ein vom Lord Chancellor eingesetztes „Tribunal“.

Die Schweiz handhabt diesen Vorgang höchst individuell. Das Bundesamt für Polizeiwesen ordnet nach Auftauchen eines Asylbewerbers an der Grenze eine Befragung an, nach deren Verlauf sich die Entscheidung richtet: Zurückweisung oder Einreise. Die Bearbeitungsfrist bei der Entscheidung über Asylanträge können „derzeit etwa zwei Jahre“ dauern. In der Schweiz besteht auch für einen anerkannten Flüchtling kein Rechtsanspruch auf Asyl.

In den Niederlanden kann jedermann an der Grenze politisches Asyl beantragen. Über den Antrag wird, während er „an der Grenze“ festgehalten wird, innerhalb einer Woche entschieden.

In Belgien erfolgt die Prüfung der Flüchtlingseigenschaft durch den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) und ist uneingeschränkt. Endgültig entscheidet dann aber noch der Justizminister.

In Dänemark ist die Ausländerbehörde die erste Adresse für den Flüchtling. Gegen ihren Spruch hat der Asylsuchende Beschwerderecht bei einer Flüchtlings-Berufungsinstanz. Offensichtlich unbegründete Anträge werden im Schnellverfahren an der Grenze abgewieken, wobei Ausländerbehörde und Flüchtlingshilfe getrennt den Fall prüfen und ihre Einstimmigkeit maßgebend ist.

In Griechenland und in der Türkei, im Falle von Nichteuropäern auch in Italien, werden solche Flüchtlinge zwar nicht in den Verfolgerstaat zurückgeschickt, aber es wird auch kein ständiger Aufenthalt gewährt. In Griechenland treffen eine Kommission beim Ministerium für Öffentliche Ordnung und ein Komitee unter Mitwirkung des UNHCR und des Außenministeriums entsprechende Entscheidungen.

Überall dort, wo die Asylantenzahlen ungewöhnlich stark angestiegen sind, ist die Debatte über die Ausgestaltung der einschlägigen Gesetze im Gange.

## Höllenfahrt nach Kanada

DW, Ottawa

Tamilen aus der Gruppe der 154 Flüchtlinge, die vor der kanadischen Küste angesperrt worden waren, haben ihre Überfahrt als wahre Hölle auf Erden beschrieben. Der Kapitän habe sie in dunklen Frachträumen eingesperrt und sie hätten nur zweimal täglich an Deck gedurft. Als sie sich über Dürst beschwerten, hätten sie über Bord springen. Er habe wegen des Diebstahls einer Coca-Cola mit Erschießung gedroht.

Als Toiletten hätten drei Eimer gedient. Der Gestank sei so schlimm gewesen, daß einige nicht mehr gegessen hätten, um nicht zur Toilette zu müssen. Einer sagte, er sei 15 Tage lang nicht zur Toilette gegangen.

Vor ihrer Aussetzung habe der Kapitän ihnen einen Kompaß gegeben, der jedoch über Bord gefallen sei. Der

einzige Außenbordmotor habe nicht funktioniert. In der Nacht hätten sie das Geräusch bliesender Wale gehört und Angst gehabt, von den Tieren gerammt zu werden. Ein Ektoparasit hätte sich geschwemmt, mit ihrem Baby über Bord zu springen, sobald das Trinkwasser aufgebraucht wäre.

An vieles konnten sich die Tamilen allerdings nicht erinnern. Sie wußten die Namen der Personen, denen sie Geld für die Überfahrt gegeben hatten, nicht mehr. Auch an den Namen des Hafens bei Bremerhaven erinnerten sie sich nicht. Den Namen des Kapitäns konnten sie nicht nennen. Er sei „klein und fett“ gewesen. Wegen des Nebels konnten sie das Schiff nicht richtig erkennen. Ein Tamiel erinnerte sich lediglich an die Farben weiß und silbergrau. Einer beschrieb das Schiff als „drittklassiges Cargoschiff“.

## Das „Juristenparlament“ kehrt zur Sacharbeit zurück

Abnehmende Mitgliederzahl kündigt Entpolitisierung an

HENNING FRANK, Bonn

Wenn Prof. Markus Lutter am 9. September im Berliner ICC den 56. Deutschen Juristentag eröffnet, kann er sich statt der insgeheim erhofften knapp 9000 nur auf reichlich 8000 Mitglieder stützen. Nach dem soeben veröffentlichten Bericht der Ständigen Deputation der größten fachübergreifenden Juristenorganisation in der Bundesrepublik für die letzten beiden Jahre, hat sich die Mitgliederzahl „trotz zahlreicher Beiträge per 7. Juli 1986 auf 8215 ermäßigt“.

Auch wenn es keine verlässlichen Angaben über die Gründe des Austritts von über 850 Mitgliedern und die Weigerung von weiteren 100, ihren Beitrag zu zahlen, gibt, so dürften doch die meisten von ihnen dem „Verein Deutscher Juristen e.V.“ den Rücken gekehrt haben, weil das jede zwei Jahre tagende Juristenparlament wieder zu einer bekant sachlichen Arbeit zurückgekehrt ist. Viele junge Juristen und Angehörige der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) haben Anfang der siebziger Jahre nur die Mitgliedschaft erworben, um die rechtspolitischen Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Antwort der mehr konservativ eingestellten Juristen ließ nicht lange auf sich warten. Sie folgten dem schlechten Beispiel ihrer fortschrittlichen Kollegen und traten Ende der siebziger Jahre ebenfalls in Scharen dem Deutschen Juristentag bei.

Verständlich, daß das Ergebnis von Abstimmungen über rechtspolitische Sachfragen fortan nicht mehr von den besseren Argumenten, sondern von der Stärke der Bataillone abhing, die die eine oder andere Seite in der jeweiligen Abteilung des Juristentages mobilisieren konnte.

Schon unter der Präsidentschaft von Lutters Vorgänger, des Stuttgarter Oberlandesgerichtspräsidenten Günther Weinmann, lieferten sich die Traditionalisten und Progressisten auf den Sitzungen des Juristenparlamentes nur noch Nebutgefechte, nachdem der Aufbruch zu neuen Ufern der Rechtspolitik gescheitert war. Trotzdem ist der 56. Deutsche Juristentag keiner der üblichen Fachkongresse.

Es werden nicht nur so heiße Eisen, wie die Zulässigkeit der künstlichen Befruchtung beim Menschen, das „Recht auf den eigenen Tod“, der Ausbau des Individualschutzes gegen Umweltbelastungen und die Neuordnung der Rundfunklandschaft angepackt. Auch die Politik kommt in Berlin nicht zu kurz. So werden sich die Bonner Verfassungsrechtler Josef Isensee, der Justiziar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Prof. Paul Mikat, Hamburgs FDP-Vorsitzender Prof. Ingo von Münch, der SPD-Politiker Peter von Oerzen und der Ex-Bundestagsabgeordnete der Grünen Otto Schily mit dem „Parteienstat des Grundgesetzes und der Bewältigung der Zukunftsaufgaben“ beschäftigen.

## Der Vater der Postleitzahl wird 70

GEORG SCHRÖDER, Bonn

Richard Stücklen sieht gar nicht so aus, als mache er Jagd auf Rekorde. Aber ungewollt hat er einen Rekord nach dem anderen in der Nachkriegs-Politik erobert. 1949 zog er als jüngster Abgeordneter in den Bundestag ein, jetzt ist er auf bestem Wege, demnächst Alterspräsident des Bundestages zu werden. Soviel ist schon heute, da sein siebziger Geburtstag am Mittwoch erst zu feiern ist, sicher, daß er nämlich, wenn nicht noch Zeichen und Wunder geschehen, in der nächsten Legislaturperiode der einzige Abgeordnete sein wird, der dem Bundestag von Anfang an angehört.

Richard Stücklen, Mann der bayerischen CSU, hat keine Feinde. Das sagt sich so leicht hin, aber ist doch ungewöhnlich und beweist, daß in diesem Politiker ein starker Zug zum Ausgleich bei parlamentarischen Arbeit vorherrscht. Stücklen ist im Parlament die Verkörperung des Mittelstandes, des städtischen Bürgertums. Der Wahlkreis Weidenburg, konfessionell gemischt, hat ihm allein als Vertreter der CSU nach Bonn geschickt.

Richard Stücklen gehört zu den Gründern der CSU in Franken. Ihm, dem seine Tätigkeit als Elektroingenieur in Sachsen eine Schöne des Landes als Ehefrau mit in das heimliche Franken gebracht hatte, erschien eine überkonfessionelle Partei wie eine Selbstverständlichkeit.

Aber daß er diese Wahl genau wie sein Vater traf, während der Bruder seines Vaters mehr als dreißig Jahre lang Mitglied des Reichstages war, war gar nicht so selbstverständlich.



Richard Stücklen, der leidenschaftliche Schachspieler, ist auch in der Politik nicht dem Typus des „Solidaritätsverleugers“ verfallen. FOTO: DPA

Dieser Onkel war SPD-Mitglied, Stücklens Vater war von 1919 bis 1933 Bürgermeister der Stadt Heideck, war von den Nazis abgesetzt, von den Amerikanern wieder eingesetzt und dann Mitbegründer der bayerischen CSU. Den ersten gewählten Landtag des Freistaates Bayern nach dem Krieg eröffnete er als Alterspräsident.

Stücklen war und ist ein Mann ohne Großmannsucht. Aber er hatte und hat Sechseck. Das und seine gleichgültige Art dürften die Gründe dafür sein, daß er schon in parlamentarischen jungen Jahren geschäftsführender Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag und dann 1957 bis 1966 Postminister wurde.

Fragt man Stücklen, was von ihm nach diesen langen politischen Jahren, sei es als Minister, sei es als Präsident oder stellvertretender Präsident des Bundestages, als Ernte in die

Scheuer gefahren werden konnte, dann hört man von ihm den Hinweis, daß er einer der Väter, vielleicht sogar der wichtigste Vater der während der ersten Legislaturperiode verabschiedeten Deutschen Handwerksordnung ist. Dann macht er darauf aufmerksam, daß er die Postleitzahlen als Bundespostminister eingeführt hat.

Aber etwas, was dem Wirken Stücklens Schwerkrieg gab, läßt sich nicht in einen Satz zusammenfassen. Gemeint ist sein Bemühen, als Klammer zwischen CDU und CSU in jenen Oppositionsjahren zu wirken, in denen Strauß seinen eigenen Weg zur Kanzlerschaft suchte.

Was bleibt dem Siebzigerjährigen zu wünschen? Daß er weiterhin frohlich Stat spielt, sich am Fußball begeistert und dem gesunden Menschenverstand im Bundestag dient.

## Lafontaine läßt Wünsche Leinens unberücksichtigt

UR, Bonn

Der saarländische Ministerpräsident Lafontaine (SPD) hat seinem Umweltminister mehr Kompetenzen eingeräumt, ohne dabei die Hauptwünsche Leinens zu berücksichtigen. Wirtschaftsminister Hoffmann wies darauf hin, daß die Entscheidung Lafontaines im Juni gefallen sei, also noch vor dem Skandal um das Fischsterben in der Saar.

In den Zuständigkeitsbereich von Leinen fallen nach Mitteilung des Wirtschaftsministeriums künftig die emissionsrechtlichen Genehmigungen. Hiervon seien allerdings die Kraftwerke, von denen ein Großteil im Besitz der staatlichen Saarbergwerke sind, ausgeschlossen. Mit der Oberaufsicht über die Saarbergwerke hatte der Umweltminister geplant, so das Wirtschaftsministerium. Einfluß auf die Kraftwerkspolitik zu nehmen. Leinen hatte nach dem Fischsterben mit der Forderung nach mehr Kompetenzen dem Vernehmen nach auch den Unmut des Ministerpräsidenten erregt. Er konnte sich auch mit der Forderung, die Bereiche Land- und Forstwirtschaft aus dem Wirtschafts- und Umweltministerium zu verlagern, nicht durchsetzen. Stat dessen ist er jedoch zusätzlich zuständig für den Strahlenschutz und damit auch für die Festsetzung von Grenzwerten für die Strahlenbelastung.

## Hamburger Anschlag: Karlsruhe ermittelt

AP, Karlsruhe/Hamburg

Generalbundesanwalt Rebmann hat das Verfahren gegen die Brandstifter übernommen, die am Sonntag eine mit Ausländerrecht befaßte Dienststelle der Hamburger Polizei verurüstet hatten. Bei den Tätern handelt es sich möglicherweise um die Revolutionären Zellen.

## Urteil zur Rentenkürzung

rt, Kassel

Die wirtschaftliche Notlage eines Unternehmens kann eine Kürzung von Betriebsrenten nur dann rechtfertigen, wenn ein Sanierungsplan eine dauerhafte Überwindung der Krise verspricht. Darauf hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) in einem jetzt in Kassel veröffentlichten Urteil hingewiesen. In der Entscheidung heißt es, die bloße Hoffnung, ein anderer Gläubiger werde möglicherweise ebenfalls auf rückständige Forderungen verzichten und neue Belastungen würden nicht entstehen, könne beispielsweise nicht als tragfähige Grundlage für einen Sanierungsplan gelten (Az: 3 AZUR 105/84).

## Eigentum verpflichtet

dpa, Düsseldorf

Der Besitzer einer Eigentumswohnung, der monatlich mit seinen Zahlungen an die Eigentümerversammlung in Verzug ist, muß damit rechnen, daß er zum Verkauf seiner eigenen „vier Wände“ gezwungen wird. Diese Erzählung machte jetzt ein Wohnungseigentümer in Wilhelm an der Ruhr. Er hatte seinen Umlageanteil von monatlich 230 Mark an die Eigentümerversammlung nur unregelmäßig oder nicht bezahlt. Als er bei den übrigen Wohnungseigentümern mit 2300 Mark „in der Kreide“ stand, zog die Gemeinschaft vor Gericht. Das Mühlheimer Amtsgericht verurteilte den säumigen Zahler dazu, seine Eigentumswohnung zu verkaufen, um die aufgelaufenen Kosten bezahlen zu können. (Az: 23 C 4/85)

## Polizei sucht Bonner Ehepaar

dpa, Straßlach

Im Zusammenhang mit der Ermordung des Siemens-Vorstandsmitglieds Karl Heinz Beckurts und seines Fahrers Eckhard Groppler sucht die Sonderkommission der Polizei ein Bonner Ehepaar. Nach den Ermittlungen zur Aufklärung des Bombenattentats hat das ältere Paar am 9. Juli in einer „Wienerwald“-Gaststätte in Gröbenzell (Landkreis Fürstentum) unter Umständen die mutmaßliche RAF-Terroristin Eva Hauke-Primpong zufällig mitfotografiert.

## Späth will Rabatt absichern

rt/gü, Stuttgart

Zuwendungen der Arbeitgeber an ihre Beschäftigten wie der Freimachung auf sogenannte Jahreswagen sollen nach dem Willen der baden-württembergischen Landesregierung steuerfrei bleiben. Ministerpräsident Späth (CDU) werde sich im Bundesrat dafür einsetzen, daß die bisherige, vom Bundesfinanzhof in Frage gestellte Praxis beibehalten und gesetzlich abgesichert werde, teilte Regierungssprecher Kleinert in Stuttgart mit. Betroffen von der Regelung sind auch der Hausruck der Bierbrauer und die Freifahrten der Bundesbahn-Beschäftigten.

الأمل



Von ALEXANDER M. HAIG

Als 1979 eine gegen mein Auto gerichtete Bombe um Bruchteile einer Sekunde zu spät explodierte, konnte ich mir als NATO-Oberkommandierender denken, daß ich ein militärisches Ziel darstellte. Aber vor mir und nach mir wurden zahllose Zivilisten Opfer terroristischer Aktionen. Es ist klar: Der Terrorismus ist für eine Menge antidemokratischer und antizivilisatorischer Gruppen zur Schlagwaffe geworden. Weder die Atlantische Allianz noch ihre Mitglieder haben diese Gefahr bis jetzt gemeistert.

1981 versuchte ich als US-Außenminister vergebens, den Kampf gegen den Terrorismus zu einer Priorität der gerade ins Amt gekommenen Regierung Reagan zu machen. Als der Terrorismus 1985/86 schließlich an die erste Stelle der Tagesordnung rückte, waren weder die USA noch ihre Alliierten gerüstet, gemeinsam zu handeln. Die Entführung der „Achille Lauro“, die Angriffe auf die Flughäfen von Rom und Athen, der Bombenanschlag auf die Berliner Diskothek und der US-Angriff auf Libyen stehen im schonungslosen Licht westlicher Uneinigkeit. Irgend etwas ist da schiefgelaufen.

Nationen bekommen selten die Gelegenheit, ihre Handlungsweisen zu überdenken. Geschichte ist selten dadurch gekennzeichnet, daß prophetische Warnungen beherzigt werden. Statt dessen kommt es nur allzuoft vor, daß die langsame Häufung von Fehlern in eine unaufhaltsame Flut des Übels umschlägt. Die Notwendigkeit gemeinsamen Kampfes gegen den internationalen Terrorismus kann heute nicht mehr länger ignoriert werden.

### Die militärische Kraft ist nicht alleiniger Maßstab

Paradoxiereise sind wir deshalb das Ziel des Terrorismus, weil wir stark sind. Wenn es uns aber nicht gelingt, die Hydra zu besiegen, werden wir zu Recht für schwach gehalten – nicht unbedingt hinsichtlich unserer militärischen Kraft, sondern auf einem vielleicht wichtigeren Gebiet: Man wird uns mangelnden Willen unterstellen, unsere eigenen Werte zu verteidigen.

Die westliche Allianz folgte stets höheren Zielen als lediglich der Abschreckung der Sowjetunion. Wir wünschen eine internationale Ordnung, in der sich notwendige historische Veränderungen friedlich und nach den Regeln des Rechts vollzie-

Alexander Haig: Im Kampf gegen den Terrorismus alle Möglichkeiten ausschöpfen / Es geht um vitale Interessen der Alliierten

## Europa muß mehr tun – aber auch Amerika

ben können. Unser Streben nach einer solchen Ordnung war von manchen Enttäuschungen begleitet. Aber immerhin: Die kombinierten atomaren und konventionellen Streitkräfte Amerikas und Europas haben die Feinde der friedvollen Veränderung nahezu 40 Jahre in Schach gehalten.

Aber eben weil wir stark sind, haben diejenigen, die uns besiegen wollen, zu Mitteln der Gewalt unterhalb unserer konventionellen Abschreckungskraft gegriffen. Die Terroristen wählen sich unschuldige Menschen zum Ziel, und sie versuchen mit dieser Methode unsere Achtung vor dem Leben des einzelnen gegen unseren Instinkt der Selbsterhaltung auszuspielen, wohl in der Hoffnung, daß die Folgen dieses Widerspruchs ihrem Ziel des politischen Umsturzes zugute kommen.

Gelegentlich ist Terrorismus nichts anderes als eine Grille von Mordstüchtern. Oft aber erkennen wir in den Taten Hingabe einer fanatischen Ideologie. Solche Gruppen werden womöglich geschützt und ermutigt von feindlichen Regierungen, die den Terrorismus für eine subtilere Angriffswaffe halten, für eine Methode, Druck auf uns auszuüben, ohne einen Preis zahlen zu müssen.

Viele Amerikaner, die sich von der Unlust der Europäer, gegen Staatsterroristen wie Khadafi vorzugehen, getroffen fühlen, würden überrascht sein zu hören, daß Europa in Wirklichkeit bei der Beherrschung des eigenen Terrorismus hervorragende Ergebnisse erzielt hat. Die Bundesrepublik, Italien, Großbritannien und Frankreich haben sich mit ihren terroristischen „Eigengewächsen“ erfolgreich auseinandergesetzt, ohne wertvolle und maßgebliche Zivilrechte in ihren Ländern einzuschränken. Sie haben dabei den Einsatz militärischer Mittel nicht ausgeschlossen. Die deutsche Befreiung der Flugzeug-Geiseln in Mogadischu ist genauso wie die israelische Befreiungsaktion von Entebbe in die Annalen des heroischen Antiterrorismus eingegangen.

Es bleibt jedoch festzuhalten, daß die Europäer sich im Falle des Staatsterrorismus, vor allem des nahöstlichen, widerwilliger und weniger erfolgreich zeigten. Einige traten für sogenannte politische Lösungen ein und meinten, daß Konzessionen gegenüber der PLO und radikalen arabischen Staaten im Mittleren Osten den Regierungen dazu verhelfen würden, ihre eigenen Territorien vor Überfällen zu bewahren oder den in ihren Ländern operierenden terroristischen Gruppen die internationale Unterstützung zu entziehen. Andere zeigten eine verständliche Scheu, den Weg militärischer Aktionen einzuschlagen, vor allem im Fall von Geiselnahmen. Sie fürchteten aber auch, daß ein Anwachsen der Gewalttätigkeiten die Folge sein könnte. Außer-

dem gibt es wirtschaftliche, diplomatische und strategische Faktoren, die mit Interventionen in das gefährliche Geflecht der nahöstlichen Verhältnisse verbunden sind.

Die Amerikaner selbst sind nicht frei von solchen Bedenken. So wie wir den Kampf gegen den Terrorismus, besonders gegen das Phänomen des Staatsterrorismus, nur zögerlich, sozusagen tastend aufgenommen haben, war auch das Vorgehen der Europäer von widersprüchlichen Taktiken gekennzeichnet, die auf einer tieferreichenden strategischen Konfusion beruhen. Die europäische Haltung gegenüber Staatsterrorismus und internationalem Terrorismus ist von drei großen Irrtümern gekennzeichnet, die bis in die jüngste Zeit einer wirkungsvollen Lösung des Problems entgegenstanden:

Der erste Irrtum lautet: Der Zweck heiligt die Mittel. Die Vertreter dieses Irrtums verurteilen den Terrorismus, dem gibt es wirtschaftliche, diplomatische und strategische Faktoren, die mit Interventionen in das gefährliche Geflecht der nahöstlichen Verhältnisse verbunden sind.

Der zweite Irrtum lautet: Wir müssen mit dem Terrorismus leben, weil wichtigere Dinge auf dem Spiel stehen. Dieses Denken, das auch in Amerika Anhänger findet, nimmt das „Zusammenleben“ mit dem Staatsterrorismus im Namen höherer staatlicher Interessen in Kauf. So werden

aber sie bringen ein gewisses Verständnis auf für die Umstände, die dieses Phänomen hervorgerufen haben. Genaue gesagt: Die palästinensischen Terroristen sind nach dieser Lesart in gewissem Sinne gerechtfertigt, weil sie durch die israelische und amerikanische Politik „zur Verzweiflung“ getrieben wurden. Diese Politik wird so in das Licht der Mittäterschaft gerückt.

Diese Betrachtungsweise widerspricht der grundlegenden Überzeu-

zum Beispiel kommerzielle Interessen in Libyen zu einem großen Hindernis für Sanktionen. Die Angst vor einem bewaffneten Zusammenstoß mit Syrien oder die Hoffnungen, die man auf den laufenden Friedensprozeß setzt, haben manchen zum Schweigen gebracht, der andere Staatsterroristen mit erhobener Stimme anklagte.

Als Amerikaner muß ich leider eingestehen, daß die Europäer viel deutlicher als wir auf die Rolle von Da-

der Allianz empfindlich tangieren. Im Sinne dieser Doktrin kann der Terrorismus nicht zum Gegenstand der üblichen politischen oder militärischen Planungen des Westens werden, die darauf ausgerichtet sind, beispielsweise der sowjetischen Aggression zu begegnen.

Im Gegensatz dazu erklärt die britische Premierministerin Thatcher zu treffend, es liege „im vitalen Interesse aller Nationen, aller Länder, aller Staaten, die auf Frieden und Recht gegründet sind“, den Terrorismus zu besiegen. Der Staatsterrorismus sollte, wie andere Krisen außerhalb des NATO-Bereichs, zum Gegenstand der laufenden NATO-Praxis gemacht werden.

Ich bin zuversichtlich, daß die Vereinigten Staaten und Europa zusammen im Krieg gegen den Terrorismus Fortschritte machen werden. Bei der westlichen Gipfelkonferenz in Tokio entschlossen sich die Alliierten zu der Erklärung, daß es keine Gründe gebe, die den Terrorismus rechtfertigen könnten. Sie stimmten auch darin überein, mehr gemeinsame Aktionen zu unternehmen. Beeindruckt von der Einschätzung, daß ein widerstandslos hingenommener Staatsterrorismus unvermeidlich zu einer Spirale der Gewalttätigkeit führen werde, fühlten sich die Europäer veranlaßt, ökonomische und diplomatische Maßnahmen gegen Libyen zu ergreifen, bevor es zu spät war.

Die Illusion, daß der internationale Terrorismus unabhängig von staats-terroristischen Hintermännern existiere, ist unter dem Eindruck gerichtlicher Untersuchungen und Erkenntnisse wie ein Schleier zerrissen. Aber es muß mehr getan werden. Die Anwendung von Gewalt mit dem Ziel, Terrorismus zu verhindern und nicht erst nach der nächsten Tragödie zu handeln, kann nicht ausgeschlossen werden, obwohl ich glaube, daß sich nur wenige Staaten, die sich durch ihre Verwicklung in den Terrorismus mitschuldig gemacht haben, bereit sein werden, dies einzugestehen. Im Grunde müssen alle Möglichkeiten – gerichtliche, diplomatische, wirtschaftliche und militärische – zusammengefaßt werden, um den Erfolg sicherzustellen.

Wir sollten erkennen, daß für die Fehler der Vergangenheit bereits ein hoher Preis bezahlt werden mußte. Der Terrorismus nimmt zu. Die Weigerung, den Gewaltmethoden unter-



Der frühere NATO-Oberbefehlshaber Alexander Haig plädierte schon als US-Außenminister (1980-82) dafür, der Bekämpfung des Terrors Vorrang einzuräumen.

FOTO: SVEN SIMON

halb der Ebene herkömmlicher Abschreckung entgegenzutreten, schränkt die Wahrnehmung der Abschreckung selbst ein. Das Versäumnis, dem Terrorismus in einem frühen Stadium entgegenzutreten, führt zu einer Fehlalkulation, verdoppelt die Gefahren späterer Reaktionen und läßt die Spannungen unter den Alliierten unvermeidlich anwachsen. Gibt es für das Risiko, das die Unfähigkeit herausbeschwört, eine deutlichere Warnung als das Wiederauflieben der Forderungen nach dem Rückzug amerikanischer Truppen aus Europa in der Folge der jüngsten Meinungsverschiedenheiten?

### Uneinigkeit darf die Allianz nicht aufsplintern

Wenn wir nicht darin übereinstimmen, daß der Terrorismus unsere gemeinsamen Interessen bedroht, wenn wir die Fortschritte nicht weiterverfolgen, sondern wieder vergessen, dann werden diejenigen Auftrieb erhalten, die jetzt sagen, daß die Vereinigten Staaten ihre eigenen vitalen Interessen sogar in der Form einer Isolation von ihren Alliierten verfolgen müssen. Angesichts der Interdependenzen in der Welt von heute würden wir uns damit selbst eine Niederlage zufügen, und es könnte gewaltigen Schaden eintreten, bevor wir unsere Lektionen wieder lernen.

Den Terroristen – und der Sowjetunion – könnte nichts besseres geschehen, als wenn die Atlantische Allianz über dem Versäumnis, gemeinsame Maßnahmen gegen eine gemeinsame Gefahr zu treffen, aufgesplittet würde.

Vor zwei Jahrhunderten schrieb Edmund Burke: „Wenn sich schlechte Leute zusammenfinden, müssen die guten Leute ihre Reihen schließen – sonst werden sie, einer nach dem anderen, in einem verachtungswürdigen Kampf fallen, von niemandem als Opfer beklagt.“ Der Kampf für eine internationale Ordnung des Friedens unter dem Gesetz des Rechts ist eine zu wichtige Sache, um zum Opfer von Fehlern und Versäumnissen zu werden, die unseren Kampf gegen den Terrorismus behindern.

Die Allianz zwischen Amerika und Europa ist viel mehr als ein Vermächtnis, um das man feilschen dürfte, viel mehr als eine überkommene Last oder ein Erbe, das man teilen kann. Der Westen muß eine kohärente Politik entwickeln, wenn er das Vermächtnis des Friedens ernst nehmen will. Europa muß im Krieg gegen den Terrorismus mehr tun. Und Amerika auch.

## Ein sauberes Angebot: Katalysator-Nachrüstung.

Bei der Verbrennung von Kraftstoffen in Ottomotoren werden unter anderem Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoff und Stickoxide frei. Abgase, die bekanntlich die Umwelt belasten.

Katalysator-Nachrüstung für Mercedes-Benziner ab Baujahr 1980.\*

Mercedes-Fahrer können ab sofort diese Schadstoff-Emissionen deutlich reduzieren.

Entlasten Sie die Umwelt durch den Einbau eines Katalysators. Fast alle Mercedes-Benziner ab Baujahr 1980\* können problemlos mit einem Drei-Weg-Katalysator nachgerüstet werden. Mit erstaunlich geringem Aufwand und erfreulich großem Erfolg.

Für Mercedes-Fahrer ist es somit ganz einfach, erheblich zum Umweltschutz beizutragen. Sie lassen nur die Zündung bei uns auf bleifreies Superkraftstoff umstellen und fahren ca. 2 bis 3 Tankfüllun-

gen -bleifrei-. Damit praktisch kein Blei mehr im Kraftstoffsystem ist, wenn wir Ihnen den Katalysator einbauen.

Mindestens 50% weniger Schadstoffe und bis zu 40% weniger Steuern.

Nach dem Einbau wird Ihr Mercedes als -bedingt schadstoffarm- eingestuft. Das ist eigentlich schon alles. Ab dann zahlen Sie weniger Kfz-Steuer, solange Ihr Fahrzeug zugelassen ist. Leistungseinbußen oder Mehrverbrauch sind beim Mercedes-Katalysator so gering, daß sie sich im Fahrbetrieb kaum auswirken. Und – ein weiterer Vorteil – der Mercedes-Benz Katalysator braucht keine zusätzliche Wartung und hält normalerweise ein Motorleben lang. Wenn Sie einen für den nachträglichen

Kat-Einbau bereits vorbereiteten Mercedes mit der sogenannten RUF-Ausrüstung fahren, sollten Sie Ihr Fahrzeug jetzt mit dem geregelten Drei-Weg-Katalysator (mit Sauerstoffsonde) komplettieren lassen.

Etwa 90% weniger Schadstoffe und befristete Steuerbefreiung.

Das reduziert die Schadstoff-Emission um etwa 90% und die Steuern für die nächsten Jahre um 100%. Wenn Sie den vollen Steuervorteil nutzen wollen, müssen Sie sich allerdings noch in diesem Jahr für die Komplettierung entscheiden. Die Einbaukosten amortisieren sich dann praktisch von ganz allein.

Angesichts der inzwischen erreichten Dichte von Tankstellen für bleifreies Benzin im In- und Aus-

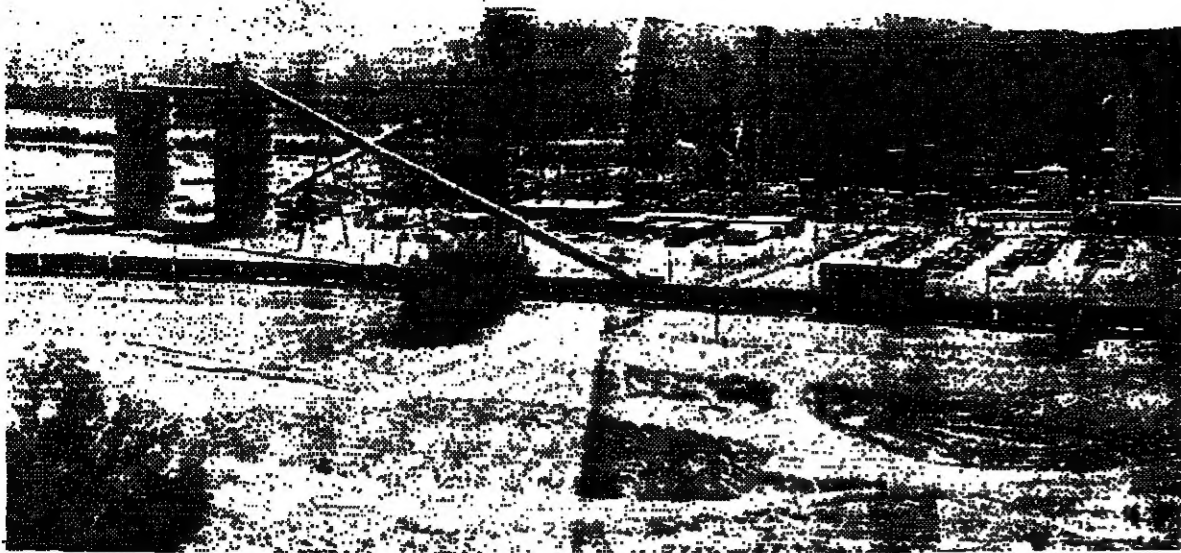
land ist die Kraftstoffversorgung für Kat-Fahrzeuge weitestgehend gesichert. Wenn Sie noch Fragen haben, setzen Sie sich am besten mal mit Ihrem Mercedes-Kundendienst in Verbindung. Wir helfen Ihnen gerne weiter.

\*Die genauen Typen sowie weitere Hinweise erhalten Sie bei Ihrem Mercedes-Kundendienst.



MERCEDES-BENZ  
Ihr guter Stern auf allen Straßen.





Mitten in der südkalifornischen Wüste arbeitet das „sauberste Kohlekraftwerk der Welt“ FOTO: DIE WELT

## Technik gegen den sauren Regen

Ein neues Vergasungsverfahren minimiert den Schwefelstoß von Kohlekraftwerken

Von HELMUT VOSS

Wenn die 84 Waggonen langen Kohlenzüge und die beiden riesigen tonnenförmigen Kohlesilos (6000 Tonnen Fassungsvermögen) nicht wären, würden viele die Anlage mitten in der kalifornischen Mojave-Wüste für eine Raffinerie halten: kein Lärm, keine qualmenden Schloten, kein Ruß – nur ein silberglänzendes, 25 Stockwerke hohes Gewirr aus Rohren, Turbinengehäusen und Laufgängen.

Bei der acht Hektar großen „Raffinerie“ handelt es sich um eine erfolgreiche Waffe gegen sauren Regen. Es ist ein von einem internationalen Konsortium mit 263 Millionen Dollar finanziertes, revolutionäres Kohlekraftwerk, das keine teuren Absorptionsanlagen hat und das dennoch nur knapp drei Prozent der Schwefelmenge herkömmlicher Kraftwerke in die Atmosphäre entläßt. Sein programmatischer Spitzname: „Das sauberste Kohlekraftwerk der Welt“.

Die „Cool Water Plant“ genannte, experimentelle Anlage generiert mit einem von amerikanischen Mineralölkonzern Texaco entwickelten Vergasungsverfahren 120 Megawatt

Elektrizität pro Tag – ausreichend für 100 000 Haushalte. Die aus den Silos kommende Kohle wird in einem Mahlwerk pulverisiert, mit Wasser vermischt, unter Zusatz von Sauerstoff vergast und schließlich gesäubert und in einer Gasturbine verbrannt. Überschüssige Hitze wird an eine Dampfturbine geleitet und liefert mit ihrer Hilfe zusätzlichen Strom.

Man merkt es kaum, wenn das Kraftwerk in Betrieb ist, verriet einer der Direktoren, Thomas O'Shea, „am Anfang habe ich bei Betreten des Werks gelächelt, weil mir selbst gewarnt, daß die Turbinen wohl liefen oder nicht. Wann immer ich überzeugt war, daß die Maschinen ruhten, hatte ich mich ungewollt geirrt: so leise arbeitet die Anlage und so sauber sind die Abgase“.

Das Cool Water-Projekt nahm seinen Anfang in den 70er Jahren, als die durch die Ölkrise aufgeschreckten amerikanischen Elektrizitätsgesellschaften die Suche nach einem neuartigen Kraftwerkstyp aufnahmen, der sich die reichhaltigen Kohlevorkommen in den Vereinigten Staaten zu nutze macht und dennoch nicht wesentlich zur Luftverschmutzung bei-

trägt. Die von Konzernen wie Bechtel, General Electric und mehreren japanischen Firmen mitfinanzierte Anlage wurde im Sommer 1984 nach nur 28monatiger Bauzeit in Betrieb genommen.

Nach einem jetzt vorgelegten Zwischenbericht, der zweijährige Erfahrungen bei der Verwendung von Kohle mit hohem Schwefelgehalt auswertet, hat das Kraftwerk die gesetzten Erwartungen mehr als erfüllt. „Die Anlage hat erfolgreich alle getesteten Kohlearten in Elektrizität umgewandelt“, heißt es darin. „dabei blieb der Anteil von Schwefeldioxid und Stickstoffdioxid weit unter den von der Regierung festgelegten Richtlinien für Kohlekraftwerke“.

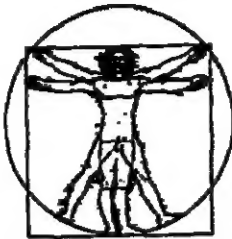
Die Test- und Demonstrationsperiode des Cool-Water-Kraftwerkes soll noch bis Juni 1988 andauern. Bereits jetzt aber glaubt der Vizepräsident des von der amerikanischen Elektrizitätsindustrie finanzierten Forschungsinstitutes EPRI, Dr. Dwain Spencer, voraussagen zu können: „Es ist gut möglich, daß diese Saubere-Kohle-Technologie zu einer langfristigen Lösung des Problems saurer Regen beitragen wird“.

(SAD)

## NOTIZEN

### Luftschadstoffe

Neuberg/München (dpa) – Wissenschaftler der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF/Neuberg) sind in einem neugegründeten Institut der Wirkung von Luftschadstoffen in Pflanzen auf der Spur. Dabei soll weniger das äußere Erscheinungsbild kranker Pflanzen untersucht werden, sondern vor allem das Stoffwechselgeschehen in der Pflanze, das der krankhaften Veränderung vorausgeht. Die Kenntnisse der Pflanzenphysiologie und der pflanzlichen Biochemie wissen heute nach Ansicht der Wissenschaftler noch große Lücken auf. Ziel sei es, molekularbiologische und biochemische Methoden zu



entwickeln, um Schäden in der Land- und Forstwirtschaft oder im Gartenbau frühzeitig zu erkennen.

### Supercomputer

Brüssel (CVB) – Die Vereinigten Staaten wollen in einem dreijährigen Forschungsprogramm die Mikroelektronik für einen neuen Computer entwickeln, der mit einer Taktfrequenz von 200 Megahertz auf der Basis eines Gallium-Arsenid-Prozessors arbeitet. Der Computer soll eine Milliarde Operationen pro Sekunde ausführen und über einen Speicher von vier Gigabytes verfügen. Das Vorhaben wird von Sicherheitsauflagen begleitet, die verhindern sollen, daß ein Technologietransfer über Westeuropa in den Ostblock stattfindet.

### Wetterwarnung

Hamburg (DW) – Ein Seewetterbericht für Segler und Surfer kann neuerdings unter der Telefonnummer 11509 zum Ortstarif abgerufen werden. Der Bericht, der von Deutschen Wetterdienst erstellt wird, gibt eine Voraussage über die Wetterlage in der Nord- und Ostsee für 24 Stunden und wird dreimal täglich aktualisiert.

## Bessere Zeiten für magere Wiesen

In Bayern soll ein Schutzprogramm bei der Erhaltung artenreicher Trockenbiotop helfen

Von D. GURATZSCH

Als erstes Land der Bundesrepublik hat Bayern jetzt neben den Feuchtgebieten auch den sogenannten Mager- und Trockenstandorten besonderen Schutz eingeräumt. Eine Neuregelung im Bayerischen Naturschutzgesetz, die am 1. August in Kraft getreten ist, sieht Ausgleichszahlungen an Landwirte vor, die sich zu einem „Heimfahren“ der Nutzung und zu freiwilligen Pflegemaßnahmen in geräumten Gebieten verpflichten.

Mager- und Trockenstandorte umfassen Magerrasen, „Buckelwiesen“, Heideflächen, Steinfluren und Trockenbiotop wie Kiefern- und Eichenmischwälder. Als typische Landschaftsform der Mittelgebirge, werden sie neben den Feuchtflächen zu den schutzwürdigsten und zugleich gefährdeten Biotopen gezählt.

Seit Jahrhunderten von den Bauern als Hutungen und Triden nur extensiv genutzt, entwickelten sich diese Gebiete zu einem wahren Artenparadies. So sind auf denartigen Standorten ein Fünftel aller Pflanzenarten der Bundesrepublik anzutreffen, darunter die Hälfte der heimischen Orchideenarten und insgesamt 187 Pflanzen der „Roten Liste“ – das sind 38 Prozent der in Bayern verschwunden oder gefährdeten Arten.

Mit ihrem großen Blüten- und Pflanzenspektrum sind diese „Mager“-Standorte nach den Worten des Landschaftspflegereferenten im bayerischen Umweltministerium, Dieter Mayerl, ein buchstäblich „springender Lebensraum“, der unter anderem auch eine große Zahl gefährdeter Schmetterlings- und Heuschreckenarten beherbergt. Durch Düngung und Umbruch, aber auch durch Aufforstung, Bebauung sowie Sand- und Kiesabbau zur Erhöhung der Erträge sind diese artenreichen Lebensräume in den vergangenen Jahren jedoch zunehmend eingeeignet worden. Der bayerische Umweltminister Alfred Dietl sieht daher in der neuen Gesetzesregelung einen „wichtigen Pfeiler im Kampf gegen den Artenchwund“.

Durch die Neuregelung sind die bayerischen Naturschutzgebiete um 18 000 Hektar (rund 15 Prozent) ausgedehnt worden. Künftig bedürfen alle Maßnahmen, die zu einer nachhaltigen Beschädigung oder Veränderung der Mager- und Trockenstandorte führen, in Bayern einer besonderen Genehmigung.

Landschaftspflegereferent Mayerl sieht den Erfolg der Neuregelung allein schon deshalb garantiert, weil der Naturschutz zunehmend Bedeutung für die Erhaltung klein- und mit-

telbäuerlicher Betriebe auf problematischen Standorten erhält. Mayerl: „Auch die Bauernverbände honorieren ausdrücklich, daß der Landwirt Ausgleichszahlungen in bar ausbezahlt bekommt.“

So habe sich beim Erschwerungsausgleich in Feuchtgebieten gezeigt, daß das Interesse der Landwirte an Ausgleichszahlungen in den letzten drei Jahren geradezu „exponentiell“ zugenommen habe. Gegenüber 900 Landwirten im ersten Jahr hätten 1985 bereits 3200 Ausgleichszahlungen im Umfang von 1,17 Millionen Mark beantragt. Dadurch seien rund ein Fünftel der sogenannten Streuwiesen für den Biotop- und Artenschutz gerettet worden. Da die Anträge weiter zunehmen, hoffe das Ministerium, „daß der Landtag mehr Geld gibt, sonst sind wir bald am Ende“.

Auf den Mager- und Trockenstandorten sollen insbesondere solche Landwirte Ausgleichszahlungen erhalten, die die intensive Nutzung zurücknehmen und landespflegerische Leistungen erbringen. Dazu werden auch die traditionellen Wälderschäfer und das Mähen im Herbst („Krautapotheke für das Vieh“) gezählt. Die neue Regelung ergänzt die Konzeption einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Landwirtschaft.

## Ärzteschwemme nun auch in Amerika

Der Medizinerverband in den USA strebt die Einführung eines Numerus clausus an

Von ROLF HEISTER

In den Jahren von 1970 bis 1981 hat sich die Zahl der in den Vereinigten Staaten praktizierenden Ärzte von 328 000 auf 467 000 erhöht. Dies erklärte jetzt Dr. Sidney Goldstein, Chefarzt am Henry Ford Hospital in Detroit, anlässlich einer Ärzetagung in Washington. Für 1990 schätzte man die Zahl auf fast 600 000. Während 1970 noch 199 Ärzte auf 100 000 Einwohner kamen, rechnet man trotz steigender Bevölkerungszahl für die Jahrtausendwende mit 280 Medizinern.

Wegen des zunehmenden Bedarfs an Spezialisten habe sich auch deren Anteil erhöht. So habe sich von 1978 bis 1983 beispielsweise die Zahl der Internisten auf fast 128 000 verdoppelt. Gleichzeitig sei die Zahl derjenigen, die sich auf ein internistisches Teilgebiet wie Kardiologie (Herz), Ga-

stroenterologie (Magen/Darm), Nephrologie (Niere) oder Pulmologie (Lunge) spezialisierten, von 21 000 auf 55 000 gestiegen.

Auch im amerikanischen Ärzteverband (AMA) macht sich Unruhe breit. Wie ein Sprecher erklärte, wurden 1989 in den USA nur etwa 7000 neue Ärzte approbiert. Wegen des damals spürbaren Ärztemangels kamen zahlreiche Mediziner aus dem Ausland. 26 Prozent der Ärzte, die heute in Amerika praktizieren, wurden in anderen Ländern ausgebildet. 1983 verließen 16 000 frischgebackene Mediziner die US-Universitäten; wenn dieser Trend anhält, müsse man für 1990 einen Ärzteeinsatz von 63 000 und für das Jahr 2000 von weit über 100 000 erwarten. Der Anteil von Frauen im Arztberuf, heute noch relativ gering, werde dann über 30 Prozent liegen.

Man befürchte, daß gegen Ende dieses Jahrhunderts Abertausende

von Ärzten in den USA „ihre Leben mit Taxifahren fristen müssen“. Es seien daher Bestrebungen im Gange, eine Art „Numerus clausus“ einzuführen und die Ausbildungszeit insgesamt zu verlängern.

Aus Berichten des Öffentlichen Gesundheitsdienstes der USA geht weiterhin hervor, daß 1980 für das Gesundheitswesen 5,3 Prozent des Bruttosozialprodukts aufgebracht wurden, 1983 dagegen doppelt so viel. Die Staatsausgaben für Gesundheitspflege machten 1980 nur die Hälfte der Aufwendungen für Erziehung und Bildung aus; 1984 waren beide Budgets gleich. Die Pro-Kopf-Ausgaben für das Gesundheitswesen in den USA lägen zur Zeit bei etwa 1500 Dollar pro Jahr und damit vier bis fünfmal höher als in Großbritannien oder Singapur; alle drei Länder hätten aber ungefähr dieselben Erkrankung- und Sterblichkeitsraten.

## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

### Keine Angst vor Sanktionen

Dear Sir,  
Ich glaube, daß nur sehr wenige Südafrikaner den Schlaf auch nur einer Nacht drängen, wenn sie an den „Krieg mit Worten“ denken, der uns gegenwärtig überschwebt.  
Zusammenhängende Wirtschafts-sanktionen sind völlig unrealistisch und können keinen Erfolg haben. Deshalb glaube ich, daß es sie nie geben wird. Denn Südafrikas Wirtschaft kann sich weit mehr als andere Länder selber versorgen.  
Unter dem Banner der moralischen Empörung oder dem Einfluß unverantwortlicher Agitatoren wie Bischof Tutu oder Pfarrer Boesak sind bei einigen Regierungen begrenzte Sanktionen nicht auszuschließen. Südafrika hat damit jedoch schon Erfahrungen: Als die Organisation Afrika-

nischer Einheit (OAU) den South African Airways die Landeurlaubnis entzog, hatte das Unternehmen bereits Flugzeuge, die um Afrika herum fliegen können.

Als die Vereinten Nationen über Südafrika ein Waffenembargo verhängten, entwickelte sich hier rasch eine inzwischen weltweit konkurrenzfähige Waffenindustrie. Lange hieß es, Öl sei unser Schwachpunkt. Nun haben Öl aus Kohle und Erdgas die Lücke geschlossen. Deshalb bin ich der Meinung, daß Sanktionen uns nur unabhängiger machen können.

Wilhelm J. Verwoerd,  
Professor der Geologie  
und Sohn des verstorbenen  
Premiers H. F. Verwoerd  
Universität Stellenbosch  
Südafrika

### „Überparteiliche Juso-Aktion“

„Man ward vor Volksbegehren“, WELT vom 9. August  
Sehr geehrter Herr Philipps,  
die Jungsozialisten setzen sich seit mehr als zehn Jahren im Rahmen ihrer Doppelstrategie gegen die militärische und die friedliche Nutzung der Kernkraft ein. Die Doppelstrategie beinhaltet die Aktivität für dieses politische Ziel in und außerhalb der Partei. Deshalb haben sich Jungsozialisten in der Vergangenheit an der Friedensbewegung beteiligt und tun es heute beim Volksbegehren.  
Darum trete ich Ihrer Darstellung, die Grünen seien die Initiatoren des Volksbegehrens, entgegen. In der Aktion Volksbegehren sehen die Jungsozialisten die Chance, den Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung nach Ausstieg aus der Atomenergie zum Ausdruck zu bringen. Das überparteiliche Volksbegehren verliert seine Wirksamkeit, wenn es aus wahl-

taktischen Gründen mißbraucht wird. Im übrigen teile ich Ihre Einschätzung über die Aktivitäten der Jungsozialisten im Bundesgebiet. Denn es waren gerade die Jusos in den Ortsvereinen und Unterbezirken, die die entscheidenden Anträge in diesen Fragen auf SPD-Unterbezirksparteitag eingebracht und durchgesetzt haben.

Die von Ihnen genannten „Stände aufbauenden und Bier verkaufenden Hilfsgruppen“, die nur ganz nebenbei mehr Aktive zählen, als es Grüne Parteimitglieder gibt, haben in Zusammenarbeit mit einer in der Vergangenheit qualifizierten Minderheit in der Partei diese wichtige politische Kurskorrektur in der SPD bewirkt.

Mit freundlichen Grüßen  
Florian Dohmen,  
Juso-Kreisvorsitzender Viersen  
M.d. Juso-Landesausschusses NRW

### Für den privaten Post-Service

„Post braucht Qualität“, WELT vom 28. Juli  
Wegen der Diskretion unseres Geschäfts sind wir auf den Briefdienst angewiesen. Ein Service, der noch nie so schlecht funktioniert hat wie zur Zeit. Die Nachmittagslieferung (bis 18 Uhr) erfolgt nur an einigen Briefkästen und wird sarkastischerweise Spätleverung genannt. Nach unseren genauen Zählungen kann man nur bei 30 Prozent der Post mit einer Beförderung zum folgenden Tag rechnen. In Frankfurt benötigt innerorts ein Brief bis zu sieben Tage. Eilboten-sendun-

gen werden zu 95 Prozent in der Zeit zwischen 7.00 und 9.00 Uhr ausgetragen. Das läßt vermuten, daß nur in dieser Zeit Eilboten zur Verfügung gestellt werden. Denn es müßte doch auch einmal eine Sendung nachmittags ankommen. Wenn die Post nicht in der Lage ist, entsprechenden Service zu bieten, ist das Parlament gefordert, private Unternehmen zuzulassen. Wettbewerb hat immer die Qualität gefördert.

Uwe Fenner,  
Frankfurt/Main

### Letzte „Instanz“

„Ein wenig Angst, eine Menge Mensch“, WELT vom 12. August

Bedauerlich ist Ihre Darstellung, das Unheil des schwedischen Ombudsmannes habe keinen weiteren Niederschlag in der Bundesrepublik gefunden. Damit lassen Sie Ihre Leser im unklaren darüber, daß schon mit dem Amtsantritt des ersten Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages im April 1989 das schwedische Beispiel in unser politisches System eingeführt wurde.

Es war seinerzeit der sozialdemokratische Abgeordnete Paul, der angesichts seiner Beobachtungen und Erfahrungen im schwedischen Exil während der Nazizeit die Übernahme der dortigen Ombudsmann-Institution in das Grundgesetz angeregt hatte. Der aus diesem Vorschlag entstandene deutsche Wehrbeauftragte blickt nun auf eine erfolgreiche, fast dreißigjährige Geschichte zurück.

Mit Willi Weiskirch ist der sechste Wehrbeauftragte im Amt. Herr Weiskirch ist sich mit seinem rheinland-pfälzischen Ombudsmannkollegen darin einig, daß Wehr- und Bürgerbeauftragte häufig die letzte „Instanz“ sind, um den Glauben von uns an unsere mitunter perfektionistisch-bürokratischen Rechtswegestadt zweifeln den Bürgern auch im Interesse des Gemeinwohls aufrechtzuerhalten. Dies gilt gleichermaßen für unsere zivilen wie die Bürger in Uniform.

Dr. Hans-Joachim Berg,  
Persönlicher Referent  
des Wehrbeauftragten, Bonn

### Absurd

„Verknüpfung“, WELT vom 12. August

Die Vorstellung, das überparteiliche Volksbegehren sei ebenso wie die „Bürgeraktion Schule“ – so der heutige Name des Zusammenschlusses von Eltern- und Lehrerverbänden – von der CDU initiiert worden, ist absurd. Sie läßt sich nicht durch Presseveröffentlichungen und Plenarprotokolle beweisen. Die damals beteiligten Verbände und die, die darin Funktionen hatten, wissen, wie recht in diesem Punkt Enno v. Loewenstern hat.

Helmut Kreitz,  
Düsseldorf

### Wort des Tages

„Eine Schablone schaffen, das ist Genie.“

Charles Baudelaire, französischer Dichter (1821–1867)

## Amerikas „Muskelschwund“

WELT-Serie: „Verfall von Amerika“

Der größere Teil wirtschaftspolitischer Indikatoren deutet darauf hin, daß für 1986 und 1987 die USA nur ein sehr schwaches Wachstum, vielleicht sogar eine Rezession erleben werden. Am Ende der 1980s begonnene, neo-keynesianisch induzierten Scheinblüte sind die USA in einer „Wachstumsfalle“ gefangen. Die Finanzierung des Zwillings-Defizits im Staatshaushalt und der Zahlungsbilanz erfordert einen hohen Zins, um ausländisches Kapital zu importieren; dieser hohe Realzins ist zugleich Gift für die weitere Konjunktur.



Dr. Ulrich Steger

Und alle anderen Instrumente einer Stabilisierung sind verbraucht: Die Geldmenge wächst ohnehin schon oberhalb des Zielkorridors, die Konsumenten sind überschuldet. Spielraum für Steuererhöhungen und Ausgabenreduzierungen gibt es nicht. Im Gegenteil: Jeder Prozentpunkt weniger Wachstum – gemessen an den optimistischen Vier-Prozent-Prognosen – erhöht das Budgetdefizit um etwa 50 Milliarden Dollar.

Bleibt die Hoffnung auf den Export. Zunächst führt eine massive Abwertung der Dollar zu einem größeren Defizit. Der Export wird gleichmäßig kleiner, der Import

größer. Aber wo liegen denn Amerikas Chancen, verlorengegangene Weltmarktanteile wiederzuerlangen?

Der Exportdiversifizierungsprozeß der vergangenen Jahre hat tiefe Spuren hinterlassen. So wird die Maschinenbauindustrie der USA – auch bei einem Kurs von 1,50 DM – nicht wieder wettbewerbsfähig, weil sie technologisch völlig überholt ist. Das Zusammenwachsen von Büro- und Nachrichtentechnik mit der Elektronik wird durch die Netzwerksplittung als Ergebnis der Deregulierung massiv behindert, während die Europäer sich mit ISDN einen echten Wettbewerbsvorsprung erarbeitet haben; und der 70-Prozent-Anteil des Militärs am Forschungsaufwand wird die technologische Position der USA weiter schwächen.

So ist denn eher Ausgleich der Zahlungsbilanz durch „Protektionismus als durch Exportoffensive angesagt. Zumal zwei langfristige Strukturprobleme der USA sich als Ergebnis der Reagan-Politik noch verschärft haben: Das Ausbildungssystem ist völlig ungeeignet, eine schnelle, breite und produktive Umsetzung neuer Technologien zu gewährleisten – am deutlichsten sichtbar in dem extrem niedrigen Wachstum der Arbeitsproduktivität, und das wachsende Defizit an Infrastrukturinvestitionen – vom Verkehrswesen bis hin zur Wissenschaft – wird sich als weitere Wachstumsbarriere erweisen.

Die Europäer können sich über den ökonomischen Muskelschwund der USA nicht freuen. Der damit einhergehende Machtverlust und die wirtschaftlichen Konflikte in der Allianz werden auch von uns ihren Preis fordern. Denn dies haben wir gelernt, seitdem die USA Ende der sechziger Jahre vom weltwirtschaftlichen „trouble-shooter“ zum „trouble-maker“ wurden: Eine Weltmacht kann immer einen Teil der eigenen Probleme auf andere abwälzen.

Dr. Ulrich Steger, (SPD)  
Minister für Wirtschaft  
und Technik, Wiesbaden

### Auch Beamte?

Für 1987 wird eine große Rentenerhöhung angekündigt. Von der FDP hört man, die Bürger müssen zu einer stärkeren Eigenvorsorge als Ergänzung zu ihrer gesetzlichen Rente kommen. Die Frage stellt sich nun, ob diese Belastungen nur für die Beitragszahler gelten sollen, oder ob auch für die Beamten eine Beitragszahlung vorgesehen ist. Wenn schon Belastungen in der Rentenversicherung, dann bitte auch Leistungen der Beamten für ihre Alterssicherung.

Josef Walter,  
Castrop-Rauxel

### Dr. Herbert Hupka

Am 16. August 1985 war in der WELT zu lesen: „Engagement von Hupka gewürdigt“. Die erste Würdigung kam vom Bundespräsidenten, die zweite vom Bundeskanzler. Beide Male ging es um das „prägende“ politische Wirken und das „große Engagement“ des damals 70jährigen. Niemand – und am wenigsten wohl Hupka selbst – konnte ahnen, daß dies im Grunde ein Begräbnis erster Klasse war.

Mit freundlichen Grüßen  
Siegfried Haubold,  
Bielefeld 1

## Personen

### GEBURTSTAG

Er zählt zweifellos zu den bedeutendsten gesellschaftspolitischen Mahnern der evangelischen Kirche nach dem Kriege: Dr. Eberhard Müller, Vater der Evangelischen Akademie und Denkschriften der EKD, Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, vollendet am Freitag das 80. Lebensjahr. Daß er sich in sozialpolitischen Streitfragen, in sozial-ethischen Neuland hineingewagt hat und die „Beziehung der Strukturen“, nicht nur die der Herzen gepredigt hat, brachte ihm manche Gegnerschaft ein. Dr. Müller, Vater von sechs Söhnen und vier Töch-



Eberhard Müller

tern, studierte an den Universitäten Tübingen, Erlangen und Berlin evangelische Theologie. Im Rahmen der Bekennenden Kirche gründete und leitete er seit 1935 bis zum nationalsozialistischen Verbot im Jahre 1938 den Reichsausschuß der Evangelischen Woche. Nach dem Kriege gründete er den Hilfsdienst für Kriegsgefangene und Vermisste sowie die „Evangelische Akademie“ in Bad Boll. In der Gesellschaftspolitik beschäftigte sich Müller vor allem mit Fragen der Mitbestimmung.

### UNIVERSITÄT

Professor Dr. Boris Laschka (52), Ordinarius für Strömungsmechanik der Technischen Universität Braunschweig, wurde mit Wirkung vom 1. August als Nachfolger von Professor Dr. Erich Truckenbrodt auf den Lehrstuhl für Strömungslehre der Technischen Universität München berufen.

### EHRUNGEN

Der Hans Christian Andersen-Preis, die international bedeutendste Auszeichnung im Bereich der Kinder- und Jugendliteratur, geht erstmals nach Australien an die Autorin Patricia Wrightson und den Illustrator Robert Ingpen. Die Preisverleihung war gestern in To-

kio, wo gegenwärtig ein Weltkongreß mit mehr als 800 Jugendbuchexperten stattfindet. Frühere Preisträger waren neben anderen Erich Kästner, James Krüss und Christine Nöstlinger.

Professor Dr. Gerhard Pföhl, Extraordinarius für Geschichte der Medizin der Technischen Universität München, wurde von Pater Johannes Paul II. mit dem Komturkreuz des Ritterordens des Heiligen Gregorius Magnus ausgezeichnet.

### VERANSTALTUNGEN

Für die Gewerkschaften ist Hamburg in diesem Jahr so etwas wie eine Kongreß-Kapitale. Nachdem im Mai bereits der DGB-Bundeskongreß an der Elbe stattgefunden hat, rüsten sich die Gewerkschaften für den diesjährigen Gewerkschaftstages der NGG vom 7. bis 12. September werden – anders als beim DGB-Bundeskongreß – auch Politiker sprechen. So werden zur Eröffnung unter anderem Bundesarbeitsminister Norbert Blüm und der SPD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Hans-Jochen Vogel, sprechen. Zum 15. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall – die größte Einzelgewerkschaft der Welt versammelt dazu vom 19. bis 25. Oktober rund 2000 Delegierte in der Hansestadt – wurden Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel und der FDP-Bundesvorsitzende Martin Bangemann eingeladen. Diese Einladung schließt auch die Möglichkeit ein, während der Konferenzwoche zu den Metallern zu sprechen.

### GESTORBEN

Der mexikanische Schriftsteller und Journalist Renato Ledesma ist in Mexiko-Stadt im Alter von 95 Jahren gestorben. Sein erstes Buch, „El aula“ (Das Klassenzimmer), veröffentlichte Ledesma 1929. Zahlreiche weitere Werke folgten, darunter „Historia de lo inmediato“ (Geschichte des Unmittelbaren), „Banqueta“ (Der Schmelz), „Antología de Poesía“. Zum Schreiben wurde Ledesma inspiriert, als er während der mexikanischen Revolution als Fernmelder unter General Pancho Villa kämpfte. Von 1935 bis 1942 machte der Literat Studien in mehreren europäischen Ländern. Unter anderem lebte er in dieser Zeit in Paris.







## „Mit Weitsicht und Geduld zur Union Europas“

KNA, Hamburg  
Die ideologische und politische Spaltung Europas muß überwunden werden, sagte jetzt Jacques Delors, Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft. Die Bundesrepublik Deutschland habe sich mit viel Engagement für eine Überwindung dieser Spaltung eingesetzt. Nun gehe es weiter darum, diesen langfristigen, aber zwangsläufigen Prozess fortzuführen, denn das Ziel einer Einigung Europas dürfe man auch in Zeiten einer verstärkten Konfrontation zwischen den Supermächten nicht aus den Augen verlieren. Delors betonte, in der Bevölkerung vor allem in der Jugend, sei das Bewußtsein dafür gewachsen, daß nicht materieller Wohlstand letztes Ziel der Einheit Europas sein sollte. Das zeige der hohe Stellenwert, den Fragen des äußeren und inneren Friedens und des Umweltschutzes einnehmen.

Der Präsident der EG-Kommission widersprach Einschätzungen, wonach die EG auf ihrem Weg zur europäischen Union steckengeblieben sei. Diese Union sei eine Aufgabe von „historischer Dimension“ und erfordere ein hohes Maß an Weitsicht, Geduld und Beharrlichkeit. Nationale Egoismen und bürokratische Prozesse machten das Tagesgeschäft oft „äußerst mühsam“. Von der Süderweiterung der EG durch Spanien und Portugal seien jedoch neue Impulse für die Europapolitik ausgegangen. Als „alarmierend“ bezeichnete es Delors, daß das Bewußtsein für das christliche, geistige und kulturelle Erbe Europas in der Bevölkerung schwinde. Die Bedeutung der geistigen, philosophischen und politischen Freiheit müsse stärker betont werden. Es gehe um Solidarität mit den wirtschaftlich und sozial Schwächeren in den Ländern Europas ebenso wie in denen der Dritten Welt.

## Waffen aus Rostock als politischer Sprengsatz

Peru: Fracht der „Pia Vista“ war für Aufständische bestimmt

WERNER THOMAS, Miami  
Der Frachter liegt scharf bewacht in der panamaischen Hafenstadt Balboa und liefert ständig neue Schlagzeilen. Die Medien taufen das mysteriöse Drama „Affäre Pia Vista“. Es verläuft so spannend wie ein Polit-Thriller. Niemand weiß, wann es einmal enden wird und wie.

Für wen waren die Waffen aus Rostock bestimmt, die die „Pia Vista“ geladen hatte? Die Untersuchungsbehörden Panamas versuchen diese Frage seit dem 14. Juni zu klären, seit das Schiff in Balboa vor Anker ging. Die Antwort interessiert besonders die Regierung des panamaischen Präsidenten Garcia, die Alarm geschlagen hatte. Noch zwei andere Länder sind involviert, Dänemark und die DDR. Zwischen Panama und Dänemark und zwischen Peru und der DDR ist es wegen der Affäre zu Spannungen gekommen.

Sie gleicht einem Labyrinth. Widersprüchliche Nachrichten erschweren die Arbeit der Ermittlungsbeamten. Soviel steht jedoch fest: Der dänische Frachter „Pia Vista“ wurde im Mai in Rostock mit östlichen Waffen und Militärfahrzeugen geladen. Zur Ladung gehörten 1500 Schnellfeuerwaffen des Typs AK-47 (Kalaschnikow), 1440 Panzerfäuste (Typ RGP-18) und 32 Ila-Laster. Das Schiff nahm Kurs auf Peru und trieb Anfang Juni in der Nähe der panamaischen Hafenstadt Callao. Aus bisher ungeklärten Gründen machte es dann kehrt und lief Balboa an. Dort ließen die von der Garcia-Regierung alarmierten panamaischen Streitkräfte die „Pia Vista“ inspizieren. Schnell stellte sich heraus, daß die Fracht falsch deklariert war. Die „Pia Vista“ wurde beschlagnahmt. Kapitän Johannes Christianson und die sechs Besatzungsmitglieder kamen in Haft.

Über den mutmaßlichen Empfänger der Waffen kursieren die verschiedensten Gerüchte. Die Regierung von Peru behauptet, daß die Sendung für die maoistische Rebellenbewegung „Sendero Luminoso“ (Leuchtender Pfad) bestimmt war. Amerikanische Geheimdienstkreise urteilen ähnlich. Linke Gruppen in Lima verdächtigen aber auch die regierende Apra-Partei, die sich militarisieren wolle. Nur: Würde der sozialdemokratische Präsident die Affäre dann derart dramatisieren? Die „DDR“ verschanzt sich hinter einer Schweizer Handelsfirma, die das Waffengeschäft arrangiert habe. Die ungläubigen Peruaner riefen aus Protest ihren Botschafter in Ost-Berlin zur Berichterstattung zurück.

Jetzt tauchte eine neue Figur in der Affäre auf, der amerikanische Waffenhändler David Duncan. Der Mann aus Miami will die Fracht der „Pia Vista“ der panamaischen Marine vermittelt haben. Er glaubt, daß die Garcia-Regierung zunächst nichts davon wußte und daß das Geschäft deshalb platze. Kriegsminister Jorge Flores Torres dementierte entrüstet.

Nach energischen Protesten des dänischen Botschafters Ole Philipsson („eine Art Geiselnahme“) kamen Ende letzter Woche die sechs Besatzungsmitglieder der „Pia Vista“ frei. Kapitän Christianson soll so lange in Haft bleiben, bis die Ermittlungen abgeschlossen sind. Panama verlangt zudem elf Millionen Dollar, die Addition der Strafen und Steuern. „Es gibt keine Alternative“, warnte Zolldirektor Carlos Garcia die Redierer.

Waffenhändler Duncan, der sich 35 Prozent seiner Ware aus Ostblock-Quellen beschafft, hat angeblich schon einen neuen Interessenten für die heile Fracht der „Pia Vista“ gefunden. Er will aber keinen Namen nennen.

## Ausstiegskonzept von der Saar

Lafontaine will Überlegungen der Hauff-Kommission präzisieren / Rau setzt auf Konsens

ULRICH REITZ, Völklingen

Die saarländische Landesregierung hat ein detailliertes Konzept für den Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Atomkraft entwickelt, das Ministerpräsident Oskar Lafontaine, wie die WELT erfuhr, noch vor dem Nürnberger Parteitag der SPD in der kommenden Woche vorstellen will. Im Beisein des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau, der sich im Rahmen einer Wahlkampfreise gestern im Saarland aufhielt, sagte Lafontaine, seine Regierung habe ein Konzept erarbeitet, das die Überlegungen der Partei-Kommission unter der Leitung des SPD-Vorstandsmitglieds Volker Hauff ergänzen soll.

Wie Hauff ist Lafontaine der Meinung, daß ein Atom-Ausstieg in den kommenden zehn Jahren möglich sei. Die Kernenergie könnte in „zehn Jahren vergessen“ sein, wenn alle relevanten Kräfte mitzögen, sagte der Lafontaine im Modellkraftwerk Venne in Völklingen.

## Australien: Keine Manöver mit USA

AP, Canberra

Offenbar aus Verärgerung über die Subventionierungspläne der USA für Weizenlieferungen an die UdSSR für Australien die Teilnahme an einem für September geplanten Manöver mit den Amerikanern abgesagt. Die Regierung beschloß, auf die militärische Übung, die auf den Philippinen hätte stattfinden sollen, zugunsten eines Manövers im Mai 1987 zu verzichten. Australien hatte sich in jüngster Zeit wiederholt besorgt über die Subventionierungspläne Washingtons geäußert, da die Sowjetunion und China die wichtigsten Absatzmärkte für australischen Weizen sind.

Während Lafontaine sich in Völklingen auf die Ankündigung des Konzeptes beschränkte, erfuhr die WELT in Saarbrücken Einzelheiten. So soll das Ausstiegskonzept, anders als das Papier der Hauff-Kommission, konkrete Modellrechnungen für einen Ausstieg beinhalten. Die volkswirtschaftlichen Folgen eines schrittweisen Ausstiegs seien genauso berücksichtigt worden wie „Substitutionsmöglichkeiten“ und die Auswirkungen eines sukzessiven Abschaltens von Atomkraftwerken auf den Strompreis. Die Mehrkosten, die der Verbraucher zu tragen hätte: Ein Pfennig pro Kilowattstunde.

Lafontaine habe bereits vor geraumer Zeit ein entsprechendes Szenario im Wirtschaftsministerium in Auftrag gegeben, ließ es in Regierungskreisen. Auch Energieminister Hauff erklärte, daß es sich um ein Konzept handele, das zu dem Ergebnis, daß ein schrittweiser Ausstieg bis 1983 möglich sei.

Das saarländische Konzept kann im Zeitraumbereich des Jahres 1987 ein entsprechendes Szenario im Wirtschaftsministerium in Auftrag gegeben, ließ es in Regierungskreisen. Auch Energieminister Hauff erklärte, daß es sich um ein Konzept handele, das zu dem Ergebnis, daß ein schrittweiser Ausstieg bis 1983 möglich sei.

## 118 Zivilisten bei Kabul getötet

AFP, Islamabad

Bei einer Offensive sowjetisch-afghanischer Truppen gegen Freikämpfer in Afghanistan sind nach Angaben französischer Ärzte Ende Juli und Anfang August südwestlich von Kabul 118 Zivilisten getötet worden. Darunter seien zahlreiche Frauen und Kinder gewesen, erklärten die Ärzte, die sich im Auftrag der Hilfsorganisation „Medecins du Monde“ über einen Monat lang in der Region aufgehalten hatten. Die Offensive sei am 20. Juli in der Region von Maidan eingeleitet worden, nachdem die Mullahs eine Garnison der Stadt angegriffen hatten.

allerdings offenbar nicht die gleiche Bedeutung wie das Hauff-Papier für sich beanspruchen. Die Rechnungen bezögen sich auf das Saarland. Allerdings könnten „etliche“ Überlegungen und Vorschläge auch bundesweit Pate stehen, so Regierungskreise.

SPD-Kanzlerkandidat Rau kündigte in Völklingen an, er werde sich um einen breiten Konsens über Parteilinien hinweg für den Ausstieg aus der Kernenergie bemühen. Eine SPD-Regierung in Bonn werde das Atomgesetz mit dem Ziel novellieren, die dort festgeschriebene besondere Förderung der Kernenergie zu streichen.

Der sparsame Umgang mit Strom müsse gefördert und die Kohle umweltverträglich genutzt werden. In der Kohlevorrang-Politik gegen die Kernkraft ziehen das Saarland und Nordrhein-Westfalen seit dem Regierungswechsel an der Saar an einem Strang. Zu einem Zeitplan für den Atom-Ausstieg wollte sich Rau nicht äußern.

## Israel kürzt Staatshaushalt

rt, Jerusalem

Die israelische Regierung hat den Staatshaushalt für dieses Jahr um umgerechnet rund 440 Millionen Mark gekürzt. Finanzminister Nissim gab den Beschluß nach einer sechsstündigen Kabinettsitzung bekannt. Vergangene Woche hatte US-Außenminister Shultz in einem Brief an Israels Ministerpräsident Peres auf Wirtschaftsreformen gedrängt und gemahnt, die amerikanische Hilfe für Israel werde nicht ständig auf ihrem gegenwärtigen hohen Stand bleiben. Die USA unterstützen Israel dieses Jahr mit insgesamt 3,75 Milliarden Dollar (rund 7,73 Milliarden Mark).

## Gespräche von Helsinki abgebrochen

dpa, Helsinki/Jerusalem

Die ersten offiziellen Gespräche zwischen Israel und der Sowjetunion seit 19 Jahren sind gestern in Helsinki nach nur 90 Minuten wegen Differenzen über die Tagesordnung abgebrochen worden. Der israelische Delegationssprecher Ehud Gol teilte mit: „Wir werden unsere Kontakte mit der Sowjetunion über normale diplomatische Kanäle fortsetzen.“ Offenbar haben die Israelis die Behandlung des Themas der sowjetischen Juden verlangt, während die Sowjets lediglich über konsularische Fragen und die Verhältnisse der russisch-orthodoxen Kirche in Israel sprechen wollten.

## Gewalt in Pakistan wächst

AFP, Islamabad

Sieben Menschen sind bei Straßenkämpfen während der landesweiten Protestkampagne der pakistanischen Opposition gegen die Festnahme ihrer Führerin Benazir Bhutto ums Leben gekommen. Die Unruhen haben inzwischen die meisten größeren Städte des Landes erfaßt. Mehr als 1000 Oppositionelle sind verhaftet worden. Fünf Brigaden der Armee waren gegen etwa 5000 Bhutto-Anhänger in Thatta und Badin vorgedrungen, die ein Gefängnis gestürmt und 48 Gefangene befreit hatten.

## Indochina begrüßt Gorbatschow-Rede

AFP, Hanoi

Die 13. Außenministerkonferenz der drei indochinesischen Länder Vietnam, Laos und Kambodscha ist gestern in Hanoi zu Ende gegangen. Thema war eine eingehende Beratung des gemeinsamen Kampfes der letzten acht Jahre. Dabei prangerten die Außenminister die „absurde Haltung“ des Khmer-Widerstandes an. Das gemeinsame Kommuniqué enthält offenbar eine Befürwortung der Friedensinitiative des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow, die dieser in seiner Rede in Wladivostok geäußert hat. Die Außenminister hatten bereits zuvor die Solidarität mit der Sowjetunion unterstrichen.

## Erfolgreicher Test für US-Zusatzrakete

AP, Utah

In den USA ist ein erster Test zur Neukonstruktion einer Zusatzrakete erfolgreich verlaufen. Nach Angaben eines Sprechers der Herstellerfirma im US-Staat Utah verlief ein Experiment nach Plan, das die Bedingungen für das fehlerhafte Funktionieren einer Zusatzrakete der abgestürzten Raumfähre „Challenger“ simulieren sollte. Eine verbesserte Zusatzrakete ist Voraussetzung für die Fortsetzung des US-Raumfahrtprogramms.

## Reagan bemüht um Nahost-Treffen

AP, Tel Aviv

US-Präsident Reagan bemüht sich nach Angaben der israelischen Zeitung „Hadaschot“ um ein Treffen König Husseins von Jordanien mit dem israelischen Ministerpräsidenten Peres und dem ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak. Nach Angaben des Blattes soll US-Außenminister Shultz im September in den Nahen Osten reisen, um Hussein umzustimmen, der bislang ein Treffen mit Peres abgelehnt hatte.

## Israel über Aufrüstung in Nahost beunruhigt

MiG-29 in Syrien erhöhen Kriegsgefahr / Golan im Visier?

PETER M. RANKE, Tel Aviv

Mit Besorgnis verfolgt die israelische Armee die Aufrüstung der Luftstreitkräfte der arabischen Nachbarn Syrien, Jordanien, Ägypten und auch Saudi-Arabien mit modernsten Material aus Ost und West. Nach der Lieferung der ersten MiG-29 an Syrien, das insgesamt achtzig Maschinen dieses modernsten Typs aus der Sowjetunion erhalten soll, wurde bekannt, daß Ägypten weitere vierzig F-16 in den USA ordern will und daß sich Jordanien bis Jahresende entscheiden will, ob es im Westen bis zu vierzig Tornado oder französische Mirage-2000 kauft. Außerdem hat Saudi-Arabien die ersten acht von insgesamt 72 in Großbritannien bestellten Tornado übernommen.

Die neuen sowjetischen Waffensysteme könnten den syrischen Präsidenten zu der Fehleinschätzung verleiten, daß er einen Krieg gegen Israel gewinnen kann, erklären israelische Militärs. Das erhöhe die Kriegsgefahr. Die MiG-29 ähnelt der amerikanischen F-16 und soll ihr ebenbürtig sein. Die F-16 wird von den Israelis und Ägyptern geflogen.

Erst in der vorigen Woche hatte der syrische Verteidigungsminister Mustafa Tlass erklärt, der Nahost-Konflikt sei nur mit militärischen Mitteln zu lösen. Der israelische Generalstab geht davon aus, daß Syrien versuchen könnte, im Handstreich die Golan-Höhen zu besetzen und ein möglichst großes Terrain zu halten, bis die So-

wjets im UN-Sicherheitsrat einen Waffenstillstand durchsetzen.

„Wir werden Syrien aber nicht erlauben, die Dimension eines künftigen Krieges zu bestimmen“, versichert israelische Militärs. Präsident Assad müsse wissen, daß ein begrenzter Konflikt um den Golan nicht möglich sei und daß Israel einen totalen, konventionellen Krieg gegen das Regime in Damaskus führen würde. Dies sei die beste Abschreckung.

Das militärische „Szenario“ gegenüber Syrien hat sich in den vergangenen Jahren zugunsten der Israelis entwickelt. Die syrische Luftabwehr wurde verbessert, sowjetische SAM-5 können den israelischen Luftraum verunsichern. Dazu kommt die Möglichkeit, daß die Syrer mit Boden-Raketen des Typs SS-21 ganz Nordisrael bis Tel Aviv beschießen können.

Ohnehin kann Israel nach dem Libanon-Feldzug von 1982 kaum noch einen Präventivkrieg gegen Syrien beginnen, weil dafür der Rückhalt in der Bevölkerung fehlt. Jeder neue Krieg würde außerdem die Einwanderung nach Israel lähmen und dem Land eine untragbare wirtschaftliche Bürde auferlegen. „Das kalkulieren die Syrer ein“, heißt es in Militärkreisen. Nachteilig wirkt sich auch für Israel aus, daß der neue Kampfbomber Levi (Löwe) erst 1990 in jährlich fünfzehn Exemplaren zur Truppe kommt – wenn er überhaupt gebaut wird. (SAD)



## Die weltweiten Verbindungen der Sparkassen eröffnen der heimischen Wirtschaft zusätzliche Marktchancen.

Es gibt gewiß nicht viele Herkunftsbezeichnungen, die eine solche Karriere gemacht haben: „Made in Germany“, ein Begriff, der auf den Weltmärkten zur Wertmarke wurde. Nutzen Sie die Verbindungen der Sparkassen und Landesbanken für Ihr Exportgeschäft. Nicht nur bei der Abwicklung, schon bei der Planung zählt sich das aus.

Der Vorteil: Sie sprechen mit dem Spezialisten  
Sprechen Sie mit unseren Spezialisten für das Auslandsgeschäft.

der Sparkasse über Ihre Ideen. Und haben schon in dieser Phase Kontakt zu den 5000 weltweiten Verbindungen der Sparkassen und Landesbanken. Wir beschaffen Ihnen die erforderlichen Informationen, beraten Sie hinsichtlich des Geldtransfers sowie über spezielle Vorschriften und helfen Ihnen mit einer maßgeschneiderten Finanzierung. Planen Sie diese Aktivposten ein. Als Ausgangspunkt guter Exporterfolge.

Wenn's um Geld geht - Sparkasse



## „Weiter so, Solidarnosc wird siegen“

AP, Danzig

Eine große Menschenmenge feierte am Sonntag vor der Danziger Brigittenkirche die aus der Haft entlassenen polnischen Gewerkschafter Adam Michnik und Bogdan Lis. Schon vor der Messe hatte Arbeiterführer Lech Walesa, für dessen verbotene Gewerkschaft „Solidarnosc“ Michnik als Berater tätig gewesen war, diesen mit einer Umarmung begrüßt.

Pfarrer Henryk Jankowski begrüßte Michnik und Lis zu Beginn der Messe in der von 7000 Menschen besuchten Kirche und bekannte sich zur verbotenen Gewerkschaft „Solidarnosc“. Deren Führer Lech Walesa und Berater Jacek Kuron saßen unweit des Altars neben Michnik und Lis.

Nach der Messe ließen an die 1500 Menschen auf dem Platz vor der Kirche die Gewerkschaft hochleben und stimmten Lieder an. Michnik und Lis dankten für den Empfang und mahnten, die noch Inhaftierten nicht zu vergessen. „Jetzt kann ich laut sagen, was ich unserem Gewerkschaftsführer bei meinem Prozess vor einem Jahr zurief“, rief Michnik hinzu. „Mach's so weiter, Lech, Solidarnosc wird siegen.“

Walesa wandte sich ebenfalls an die Menge und bezeichnete Reformen als so notwendig wie die Luft zum Atmen. Er beschuldigte die Regierung, den richtigen Weg eingeschlagen zu haben, bemängelte aber, daß es zu langsam gehe. Im Pfarrhaus traf er

sich anschließend mit Michnik und Lis zu einer vertraulichen Unterredung. In der Nähe der Kirche patrouillierte Polizei. Es kam aber zu keinem Zwischenfall. Die Menge folgte einem Appell von Jankowski und ging friedlich nach Hause.

Michnik und Lis waren im Juni 1985 zu überraschend harten Strafen verurteilt worden. Wegen „Anstiftung zur Unruhe“ und „Leitung einer illegalen Vereinigung“ erhielt Michnik drei Jahre, Lis zweieinhalb Jahre Haft. Kurz nach seiner Verurteilung

meldete sich der Historiker Michnik aus dem Gefängnis zu Wort.

In einem aus seiner Zelle geschmuggelten Brief, der westlichen Korrespondenten zugänglich wurde, verteidigte er den Prozess gegen ihn selbst und die beiden Mitangeklagten Wladyslaw Frasyniuk und Bogdan Lis als ein Beispiel „herrschaftlicher und stalinistischer Justiz“. Michnik nannte in seinem Brief den Gerichts vorsitzenden Krzysztof Zielenka einen „Faschisten“, der in dem Verfahren Antisemitismus gedeutet und das Urteil auf Grund gefälschten Beweismaterials der Polizei gesprochen habe.

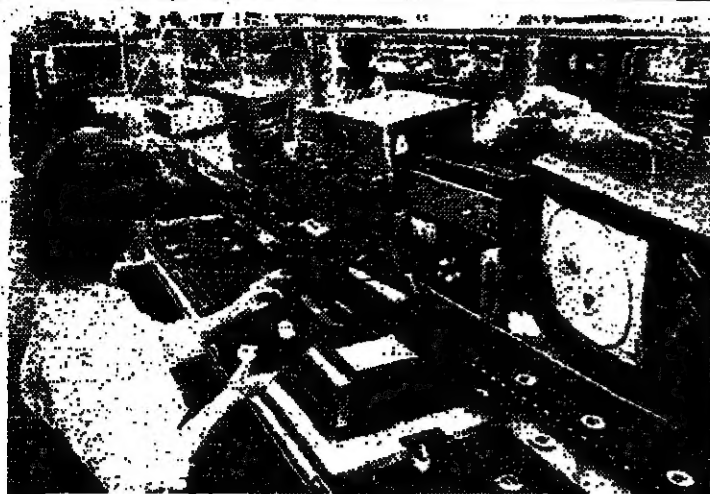
Ende Juli wurde Lis im Rahmen des jüngsten polnischen Amnestiegesetzes auf freien Fuß gesetzt. Der 34-jährige Gewerkschafter erklärte, er habe „kein Dokument unterzeichnet, in dem er sich verpflichtet, seinen Kampf für die Wiederherstellung eines gewerkschaftlichen Pluralismus und der Menschenrechte aufzugeben“.

Anfang August forderte die polnische Generalstaatsanwaltschaft den Obersten Gerichtshof zur Freilassung Michniks auf. Die Gerichts-Vorsitzende Halina Kmiec erklärte, für den Historiker müßten „besondere Bedingungen“ geltend gemacht werden, damit er unter die von der Amnestie betroffenen Personen fällt. Am 11. August öffneten sich dann auch für Michnik die Gefängnistore.

Umwarmung: Arbeiterführer Walesa und Gewerkschafter Michnik

FOTO: AP





Die Fußball-Weltmeisterschaft und steigende Realeinkommen haben der Unterhaltungselektronik neue Impulse gegeben und zu einer Absatzsteigerung geführt. Dies erklärte Ludwig Orth, Vorstandsmittel der Standard Elektrik Lorenz AG, in einem Gespräch mit der WELT. (S. 10) FOTO: DIE WELT

## FÜR DEN ANLEGER

**Mengentender:** Die Deutsche Bundesbank bietet den Kreditinstituten neue Wertpapierpensionen mit einem festen Zins von 4,35 Prozent für 35 Tage als Provisionsmöglichkeit für die am Mittwoch auslaufenden Wertpapierpensionen in Höhe von 4,9 Mrd. DM an.

**Tokioter Börse:** Der Nikkei-Index stieg auf das neue Rekordniveau von 18 597,44 Punkten.

**Rubel:** Die sowjetische Staatsbank hat zum 16. August den Kurs auf 32,90 Rubel für 100 DM neu festgelegt.

## WELTWIRTSCHAFT



China: „Monetäre Öffnungen“

## MÄRKTE & POLITIK

**Gold:** Die Produktion in der VR China hat das höchste Niveau seit der Machtübernahme der Kommunisten erreicht. (S. 10)

**Heizöl:** Die Preise für leichtes Heizöl sind im Juli fast auf das Niveau von 1976 gesunken, teilte das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik mit.

**Opec:** Vor Inkrafttreten der neuen Quoten senkt Saudi-Arabien die Ölproduktion bereits im August um eine Mill. Barrel pro Tag.

**Medien:** Die Werbeaufwendungen der Wirtschaft sind im ersten Halbjahr 1986 um 6,3 Prozent auf 5,6 Mrd. DM gestiegen. Die Nielsen Werbeforschung schließt daraus, daß das Jahr den Werbeträgern ein gutes Ergebnis bringen wird. (S. 11)

## Unternehmen & Branchen

**Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)**

Produkt	15. 8. 86	14. 8. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin	184,50	185,50	185,00	288,00	97,00
0,15 g Bleigehalt	123,50	121,00	104,00	228,00	84,00
Heizöl	62,00	62,00	62,00	139,00	29,00
3,5 % S					

**RWE:** Abschreibungen auf Rauchsensitivitätsanlagen belasten das Ergebnis des Geschäftsjahres 1985/86 (30. 6.). Die Verwaltung stellt aber wieder acht Mark Dividende in Aussicht. (S. 11)

**WER SAGT'S DENN?**  
Ein kluger Mann macht nicht alle Fehler selbst. Er gibt auch anderen eine Chance.  
Winston Churchill

## Europas Milchbauern verlassen den Pfad der Quoten-Disziplin

Butterberge steigen wieder deutlich – Jede EG-Kuh kostet den Steuerzahler 1200 Mark

**HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn**  
Die Milchproduktion in der Europäischen Gemeinschaft schwillt wieder an. Bereits im vergangenen „Quotenjahr“ 1985/86, das Ende März auslief, übertrafen die Anlieferungen nach vorläufigen Berechnungen des Bonner Landwirtschaftsministeriums die festgesetzte Garantiemenge. Eine Tendenz, die sich jetzt noch verstärkt hat. Um die Produktion zu drücken, ist gerade eine neue EG-Milchrentenaktion angelaufen, für die jetzt die Anträge gestellt werden können.

Die Milchproduktion in der Europäischen Gemeinschaft ist im Milchwirtschaftsjahr 1985/86, verglichen mit der Vorperiode, um 0,7 Prozent auf 100,1 Millionen Tonnen gestiegen. In diesem Umfang (exakt um 2000 Tonnen mehr) wurde auch die Garantiemenge überschritten. Gegenüber 1983/84, dem letzten Jahr vor Einführung der Quotenregelung, lag die EG-Milchlieferung zwar um 4,1 Prozent niedriger. Für das laufende Jahr ist nach Ansicht des Landwirtschaftsministeriums mit einer Milchmenge zu rechnen, die erneut die festgesetzte Garantiemenge überschreitet.

Während im April und Mai nach Angaben der Zentralen Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) die Produktion in der EG (ohne Italien und die beiden neuen Mitglieder) nur um 0,3 Prozent höher lag, wobei der verspätete Weidenauftrieb nach der Reaktor Katastrophe von Tschernobyl eine Rolle spielte, wurde im Juni bereits ein Zuwachs von 2,5 Prozent registriert. In dieser Größenordnung soll auch die Zunahme im Juli und August gelegen haben. Die Quoten-disziplin schwindet immer mehr.

Nicht nur aus diesem Grunde steigen nach Meinung von Experten die Butterberge und Magermilchpulverberge immer weiter an. Es soll auch fettreiche Milch an die Molkeereien geliefert werden. Denn die Milchproduktion ist zwar reglementiert, die staatlichen Stellen zahlen jedoch für die Ablieferung von Butter und Magermilchpulver.

Gegenwärtig lagern in der EG einschließlich bei Privaten rund 1,5 Millionen Tonnen Butter. Verbraucht wurden in der Gemeinschaft im vergangenen Jahr 1,6 Millionen Tonnen.

Es wird damit gerechnet, daß die Bestände weiter steigen werden, weil der Export trotz gewaltiger Subventionen zurückgehen wird. Nach den Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher müssen zu den Kosten des Milchmarkts von rund 14 Milliarden Mark, die im EG-Haushalt ausgewiesen sind, auch noch die nationalen Hilfen hinzugezogen werden. Sie werden noch einmal auf 16 Milliarden Mark veranschlagt. Damit kostet, so der Verbraucher-Verband, jede Kuh in der EG den Steuerzahler 1200 Mark im Jahr.

Wer jetzt seine Milchproduktion aufbläst, kann zwischen einer einmaligen Zahlung von 700 Mark je 1000 Kilogramm Referenzmenge oder sieben Jahresraten von 120 Mark wählen. Bei einem Durchschnittsbestand von 16 Kühen, die nur 4000 Liter Milch geben, sind das 44 800 Mark oder eine Jahresrate von 7800 Mark. Anträge können zwar bis zum 31. Oktober 1987 gestellt werden. Wer das bis zum 30. November 1986 macht, bekommt bereits im nächsten Jahr Geld.

## Stoltenberg: Mehr Einkommen für Beamte

**A. G. Bonn**  
Alle Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes können nach Einschätzung von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg auch in den kommenden Jahren mit weiter steigenden Realeinkommen rechnen. Voraussetzung hierfür sei allerdings, wie Stoltenberg in einem Interview mit dem Deutschen Beamtenbund erklärte, eine konsequente Fortsetzung der Stabilitätspolitik.

Nach harten Jahren verstärkte sich auch im öffentlichen Dienst jetzt die „Trendwende zum Guten“. 1986 sei ein hervorragendes Jahr. Wann habe es das jemals gegeben, daß die Löhne und Gehälter im Schnitt um fast vier Prozent stiegen, und das auch noch bei voller Preisstabilität, meinte der Minister wörtlich. Als positive Nachricht für die öffentlichen Bediensteten wertet Stoltenberg seine Absicht, im Zuge der Haushaltspolitik für Preisstabilität zu sorgen, um die Steuern noch stärker senken zu können. So soll nach seinen Vorstellungen beispielsweise für einen Inspektor, der in diesem Jahr steuerlich um rund 700 Mark entlastet wird, die Entlastung bei der nächsten Steuerreform „deutlich größer“ sein.

Wie Stoltenberg weiter betont, gehe es für Strukturverbesserungen nach sorgfältiger Prüfung „ein Stück Bewegung“. Es werde aber keinen Rückfall in die alte Politik der 70er Jahre geben, als man durch viel zu großzügige Besoldungs- und Tarifregelungen den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes kurzfristige Erfolge beschere habe, die ihnen dann inflation und spätere Finanzkrisen weitgehend wieder weggenommen hätten.

## AUF EIN WORT



„Die Kritik am Automobil muß endlich verstummen, denn gerade die technischen Möglichkeiten des Umweltschutzes und die Verfügbarkeit von bleifreiem Kraftstoff in der Bundesrepublik zeigt, daß es vielmehr ein Fehlverhalten des Autofahrers, der falsche Gebrauch des Automobils ist, die Kritik auslöst. Es muß unser gemeinsames Interesse sein, durch eine Verhaltensänderung Probleme um das Auto aus der Welt zu schaffen.“

Fritz Haberl, Präsident des Zentralverbandes des Kfz-Gewerbes (ZDK), Bonn. FOTO: DIE WELT

## Immer mehr Interesse an Wertpapieren

**A. G. Bonn**  
Die Kunden der Sparkassen zeigen ein deutlich steigendes Interesse an Wertpapieren. Wie der Deutsche Sparkassen- und Giroverband mitteilt, lag der Gesamtumsatz seiner Mitgliedsinstitute in Wertpapierkäufen und -verkäufen im ersten Halbjahr 1986 mit insgesamt rund 53,9 Milliarden Mark um 13 Prozent über dem Wert der vergleichbaren Vorjahreshälfte. Auch dieser hatte schon deutlich über dem der gleichen Zeit von 1984 gelegen.

Zinshöhe und Kursentwicklung führten allerdings zu unterschiedlichen Dispositionen der Kunden. So stiegen besonders stark die Umsätze im Aktiengeschäft, die mit 14,7 Milliarden Mark mehr als doppelt so hoch lagen wie in der gleichen Vorjahreshälfte. Dabei standen Käufe von 7,5 Milliarden Mark Verkäufen in Höhe von 7,2 Milliarden Mark gegenüber, worin sich nach Meinung der Sparkassenorganisation die flexible Anpassung an die Kursentwicklung zeigte.

Die zweitgrößte Zunahme ergab sich bei den Umsätzen von Investmentanteilen, die mit 1,5 Milliarden Mark um 77 Prozent über dem Vorjahresergebnis lagen (Käufen von 1,2 Milliarden Mark standen Verkäufe in einer Größenordnung von nur 0,3 Milliarden Mark gegenüber). Dagegen gingen die Umsätze in festverzinslichen Wertpapieren – dem größten Teil des Wertpapiergeschäftes – um sieben Prozent auf 37,8 Milliarden Mark zurück. Verkäufe und Käufe hielten sich mit 18,9 beziehungsweise 18,8 Milliarden Mark fast die Waage.

## Auf dünnen Sohlen

**aah.** – Seit Jahren laufen die deutschen Schuhproduzenten auf äußerst dünnen Sohlen. Die Folge: In den letzten 25 Jahren hat sich die Zahl der Hersteller mehr als halbiert. Entsprechend kräftig schrumpfte die Mitarbeiterzahl in der immer kleiner werdenden Branche.

Als Ursache für die unerfreuliche Entwicklung wird der Druck von außen ausgemacht. Die Importeure sind nämlich in der gleichen Zeit gewaltig gewachsen: Im Ausland lassen sich Schuhe eben um einiges billiger fertigen. Mit der daraus resultierenden günstigeren Kalkulation ist es den Importeuren gelungen, den Markt für sich zu erobern, zumal die Auslandsangebote in der Mode längst nicht mehr hinterherhinken.

Daß die permanente strukturelle Krise bei den deutschen Schuh-

Herstellern ein Ende findet, ist nicht abzusehen. Die Entwicklung wird weitergehen, zumal Schuhe aus deutscher Fertigung, durchaus ehrlich kalkuliert, inzwischen oft im Laden ein Preisniveau erreicht haben, bei dem viele heimische Verbraucher nicht mehr mithalten wollen oder können.

Daran würde auch ein „Welt-schuhabkommen“ nichts ändern, wie es eine von der Gewerkschaft Leder in Auftrag gegebene Studie vorschlägt. Ganz kann man die Importeure ohnehin nicht aussperren. Und bei der Abstimmung mit dem Geldbeutel würden die Verbraucher der Importware die Treue halten.

Als Heilmittel ist ein protektionistisches Abkommen ohnehin untauglich. Der Blick in die Textilindustrie zeigt das deutlich. Mit einem Schutzzaun in Gestalt eines internationalen Handelsabkommens läßt sich keine Branchenkonjunktur machen. Die läuft nur, wenn Angebot und Preise stimmen.

## „Big Bang“ rollt

Von WILHELM FURLER, London

Vor etwa drei Jahren hatte die Regierung Thatcher Anstoß daran genommen, daß an der Londoner Stock Exchange noch immer überholte und wettbewerbsfeindliche Praktiken vorherrschten. Inzwischen hat sich aus diesem Anstoß eine regelrechte Stampede entwickelt, die unaufhaltsam auf den „Big Bang“, den großen Knall zum Tage der City-Revolution am 27. Oktober, zuzugewinkt.

Dutzende von ausländischen, insbesondere amerikanischen Banken und Wertpapierhäusern (Securities houses), sowie nahezu alle britischen Großbanken und Merchant Banks haben inzwischen für teures Geld Broker- und Jobber-Häuser aufgekauft, um für den künftig freien Wettbewerb am Londoner Wertpapiermarkt so gut wie möglich gerüstet zu sein. Die Öffnung des Börsenhandels für Außenstehende ist damit bereits weitgehend vollzogen.

**Am 27. Oktober findet die große Revolution am Londoner Aktienmarkt statt. Mit einem „großen Knall“ soll an diesem Tag der freie Wettbewerb im Börsenhandel eingeführt werden.**

In- und ausländische Banken und andere Finanzinstitute haben im Gegensatz zu früher seit März die Möglichkeit, sich bis zu 100 Prozent an den an der Londoner Stock Exchange als Mitglieder tätigen Broker- und Jobber-Firmen zu beteiligen. Sie erhalten damit direkten Zugang zum Börsengeschäft.

Bislang schloßen in London die Broker-Häuser Wertpapiergeschäfte nur auf fremde Rechnung, also nur für ihre Kunden ab; Jobber dagegen unterhalten ihre eigenen Wertpapierbestände und wirtschaften auf eigene Rechnung mit den Maklern (Brokern). Diese strikte und nur noch in Großbritannien bestehende Funktionstrennung zwischen Brokern und Jobbern wird mit dem „Big Bang“ abgeschafft.

Sie hat nämlich nicht nur dazu geführt, daß sich ausschließlich diese beiden Gruppen die Früchte des lukrativen Geschäfts teilten, wobei die festgesetzten Mindest-Maklergebühren zwangsläufig über denen an praktisch allen anderen Börsenplätzen lagen, sondern auch dazu, daß viele dieser Häuser aufgrund ihrer weitgehenden Abschirmung vom Wettbewerb erheblich unterkapitalisiert waren.

Inzwischen ist vom Londoner Börsenverband eine Liste von 35 „Markt-Machern“ vorgelegt worden, die am 27. Oktober als Aktienhändler offiziell Zugang zur Londoner Börse haben werden. Ihre Zahl ist doppelt so groß wie die der gegenwärtig als Börsenmitglieder zugelassenen Aktien-Jobber. Wahrscheinlich wird sich die Zahl der Aktienhändler vor dem „großen Knall“ noch erhöhen.

reich und Kanada, richten in London Kommunikationszentralen ein, die eher an das Raumfahrtzentrum in Houston als an die Arbeitsräume von Wertpapierhändlern und -beratern erinnern.

Immerhin stehen bereits rund 40 britische Großunternehmen auf der offiziellen Liste jener Aktien, die weltweit 24 Stunden pro Tag per Bildschirm und neuester Kommunikationstechnologie gehandelt werden. Auch auf diesem Gebiet des globalen Aktienhandels hat die Londoner Börsenführung inzwischen richtig reagiert. Sie hat vor kurzem eine Liste von 62 britischen Unternehmen vorgelegt, deren Aktien als „blue chips“ oder, wie sie in London genannt werden, als „Alpha-Aktien“ über das neue Bildschirmsystem der Börse weltweit gehandelt werden.

Abschwarten bleibt, ob der „Big Bang“ für alle Beteiligten wie erhofft zum Erfolgserlebnis wird. Zweifel mehr denn je, ob es den kleineren Häusern gelingen wird, im Wettbewerb mit den großen und aggressiven Instituten vor allem aus den USA zu überleben. Dies wird für viele nur dann möglich sein, wenn sie sich auf Marktnischen konzentrieren.

Unstritten ist auch weiterhin die Frage, ob denn auch wirklich alle Kunden von der Abschaffung der Mindest-Maklergebühren profitieren. Es ist denkbar, daß kleine Investoren ohne jede Macht, Gebühren auszuhandeln, zum Ausgleich von niedrigen Gebühreneinnahmen bei Großkunden von den Händlern zur Kasse gebeten werden.

Jetzt auf einen starken Partner setzen.

# m mietfinanz® Investitionsfinanzier

mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 101338, Telefon (02 08) 31031, Telefax (02 08) 36 05 45, Telex 8 56 755

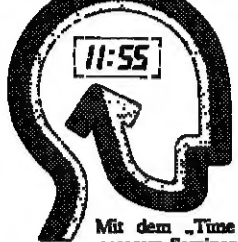


## Frankreich liegt bei Software vorn

J. Sch. Paris  
Der europäische Informatikmarkt für Software wird von 15 Mrd. Dollar 1985 auf 50 Mrd. Dollar 1991 expandieren, meint die European Computing Services Association (ECSA), in welcher die in Europa ansässigen Dienstleistungs- und Engineering-Unternehmen dieses Wirtschaftssektors zusammengeschlossen sind.

Besonders günstige Aussichten bestünden für die französischen Unternehmen. Sie hatten bereits im letzten Jahr 3,4 Mrd. Dollar umgesetzt. Das waren 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Es folgten die Deutschen mit 2,7 Mrd. Dollar und die Briten mit 2,6 Mrd. Dollar. Von den mehreren hundert, meist kleineren Gesellschaften, erzielten die 36 größten einen Umsatz von 2,5 Mrd. Dollar, gegenüber erst 778 Mrd. Dollar 1976. Das entsprach

Anzeige  
**Wie Sie in zwei Tagen Ihr ganzes Leben in den Griff bekommen.**



Mit dem "Time Manager", Auf dem Seminar erfahren Sie, wie Sie mit dieser komplizierten "Denk-Zentrale" umgehen müssen, um zu klaren Zielen, sicheren Entscheidungen, zu mehr konzentrierter Gelassenheit zu kommen. Wie Sie Stress und Zeitnot vermeiden. Wie Sie Ihr Leben mit einem praktischen Begleiter systematisch besser in die Hand nehmen können.

□ 15./16. 9. 1986 in Hamburg  
□ 4./5. 12. 1986 in Hamburg  
□ 22./23. 9. 1986 in Frankfurt  
□ 29./30. 9. 1986 in Düsseldorf

**time manager international**  
Gefühlstraße 28 · 2000 Hamburg 20 · Tel. 040/48 20 22

einem jahresdurchschnittlichen Zuwachs von 30 Prozent, während die Zahl der Beschäftigten nur um durchschnittlich sieben Prozent auf 45 000 zunahm.

An erster Stelle stand die französische Cap Gemini Societ mit einem Europaeumsatz von 195 Mrd. Dollar, gefolgt von der amerikanischen IBM-INS mit 148, der französischen GSI mit 135, der britischen Scicon Int. mit 133, der amerikanischen Geico mit 125, der deutschen Datav mit 122 Mrd. Dollar.

Für dieses Jahr wird der gesamte Branchenumsatz von ECSA ein Wachstum von 15 Prozent in Aussicht gestellt. Es könnte noch höher liegen, wenn die Unternehmen genügend geeignete Arbeitskräfte zur Verfügung stünden, heißt es. Eine besonders starke Expansion wird in den Bereichen Logistik, Engineering und im Vertrieb besonders hochwertiger Produkte erwartet.

In den nächsten Jahren werden laut ECSA starke Impulse von der Deregulierung der Telekommunikation ausgehen. Das Auslandsgeschäft der französischen Gesellschaften dürfte weniger durch Exporte, als durch die Gründung ausländischer Filialen beziehungsweise die Kontrolle bereits im Ausland bestehender Gesellschaften befördert werden.

## Mehr Musik im Markt für Unterhaltungselektronik

Beträchtlicher Erneuerungsbedarf bei Farbfernsehern - SEL steigert Spartenumsatz um über 10 Prozent

WERNER NEITZEL, Stuttgart  
In das Geschäft auf dem Sektor der Unterhaltungselektronik ist wieder etwas mehr Musik gekommen. Nach Einschätzung von Ludwig Orth, Vorstandsmitglied der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, der dort für die Unternehmensgruppe Audio Video Elektronik zuständig ist, habe sich der Markt in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres belebt. Die verbesserte Perspektive begründete er in einem Gespräch mit der WELT mit den nach längerer Zeit erstmals wieder steigenden Reallohn, der Tatsache, daß nicht mehr Geld für das Reisen ausgegeben werde, und der durch gesunkene Energiepreise freigesetzten Kaufkraft. Ein Teil hiervon komme seiner Meinung nach dem Sektor der Konsumelektronik zugute, wie auch die Fußball-Weltmeisterschaft dem Farbfernseher- und Videorecorder-Geschäft einige Impulse gegeben habe. Trotz der relativ hohen Marktaktivität hierzulande auf dem Feld des Farbfernsehens (ausgestattet sind knapp 90 Prozent der Haushalte) sieht er für diesen Geschäftsbereich

keineswegs schwarz. Inzwischen sei nämlich ein beträchtlicher Erneuerungsbedarf aufgelaufen. Von allen 23 Millionen in bundesdeutschen Haushalten stehenden Farbfernsehern dürften nämlich über 20 Prozent acht Jahre oder älter sein. Überdies reize die weiter vervollkommnete Ausstattung der Geräte (Stereo, Videotext usw.) manchen zum Neukauf. Bisher sind lediglich etwa 18 bis 19 Prozent des Colorgeräte-Bestandes ersetzt.

Um wettbewerbsfähig zu bleiben, wurde durch Baugruppen-Verwendung und umfangreiche Rationalisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen die reine Fertigungszeit für ein Farbfernsehgerät von acht Stunden (in 1978) auf nur noch einhundert Stunden abgesenkt.

Bei der SEL, die in Bochum das größte europäische Fernsehgeräte-Werk betreibt, hat vor allem das zügigere Geschäft bei Farbfernsehern im ersten Halbjahr 1986 zu einem Umsatzwachstum in der Unterhaltungselektronik-Sparte von über 10 Prozent geführt (bei etwa 60 Prozent Exportanteil). Das Inlandsgeschäft

wuchs dabei sogar noch etwas stärker bei einem deutlich stabilisierten Preisniveau. In 1985 war der Umsatz der Unterhaltungselektronik bei der SEL um 3,4 Prozent auf 1,2 Mrd. DM gewachsen, wobei man in die Verlustzone abgerutscht war.

Für das laufende Jahr prognostiziert Orth eine Verbesserung der Ertragslage. Man ziehe für das ganze Jahr auf „eine schöne schwarze Zahl“. Bewerkstelligt wird dies auch durch die Steigerung des „High-Tech-Anteils“ bei Farbfernsehern, denn Produktion und Absatz der Geräte mit digitalisiertem Chassis, mit denen man sich gegenüber der Konkurrenz einen zeitlichen Vorsprung sicherte, wird sich in diesem Jahr auf rund 200 000 (von insgesamt 1,2 Mill. Stück) verdoppeln.

Sehr zufrieden ist Orth mit dem Anlauf der eigenen Videorecorder-Produktion, basierend auf dem digitalen Konzept (Marke „Digicontrol“). Diese Geräte (Stückpreis: knapp 1900 DM) habe man erfolgreich aus Preis- und Konkurrenzgründen herausbringen können, obwohl durch „no-name“-Produkte aus Japan und die Marktoffensive aus

Korea viel zusätzlicher Druck gekommen sei. In diesem Jahr will SEL in Bochum rund 100 000 Videorecorder herstellen.

Im Audio-Bereich (5 bis 6 Prozent vom Umsatz), der sich vor allem bei tragbaren Geräten belebt habe und in der Sparte Compact Disc auf hohen Tönen laufe, koordiniert und intensiviert SEL seine auf Teilgebieten schon lange dauernde Zusammenarbeit mit dem japanischen Hersteller Sanyo. Wie bereits berichtet, bringt die SEL ihr Werk in Penang/Malaysia nach inzwischen erfolgreicher Sanierung in die Kooperation ein. Danach übernimmt Sanyo 81 Prozent an der malaysischen Fabrik, die bisher weniger als 3 Prozent des Umsatzes der SEL-Unterhaltungselektronik brachte, 18 Prozent verbleiben bei SEL. Abgezielt wird neben der Nutzung des speziellen Know-how von Sanyo vor allem auf eine bessere Auslastung jenes Werks. Überdies rechnet Orth auch mit positiven Auswirkungen aus dem Bereich Audio Video Elektronik durch die Einkinkung der SEL in das Joint-Venture zwischen ITT und der französischen CGE.

## China erleichtert Kredite

Reform des monetären Systems angekündigt

AFP, Peking  
China beabsichtigt in den nächsten zwei Jahren mit der Einführung neuer Bankkreditformen zur Erleichterung des Kapitalumschlags eine Reform des monetären Systems. Die großen Linien dieser Reform wurden Ende vergangener Woche vom stellvertretenden Notenbankgouverneur Liu Hongru bekanntgegeben.

Neben der Schaffung „zahlreicher Organismen“ für eine Erleichterung des Kreditumschlags sind Maßnahmen zur „Öffnung der monetären Märkte“, eine Verstärkung der Devisenkontrolle und die Gründung mehrerer „monetärer Organisationen“ vorgesehen. Liu betonte, die Maßnahmen würden unter der strikten Kontrolle der Staatsbank durchgeführt.

Peking hatte bereits vor einiger Zeit angekündigt, daß bis Jahresende die 1980 eingeführte „Sonderwährung“ für Ausländer aufgehoben wird. Die Rückkehr zur „einheitlichen“ Währung Yuan wird China ermöglichen, wieder dem Internationalen Währungsfonds (IWF) beizutreten. Peking kann nach der Wiederaufnahme in den IWF Kredite beantragen.

gen, die als Folge der hohen Defizite im Außenhandel dringend benötigt werden. Das Defizit hatte 1985 14,9 Mrd. Dollar und im ersten Halbjahr 1986 6,37 Mrd. Dollar erreicht. Die Schwierigkeiten des Außenhandels hatten China erst Anfang Juli zu einer Abwertung des Yuan von 15,8 Prozent veranlaßt.

Gleichzeitig mit der Ankündigung einer Reform des monetären Systems gab die chinesische Staatsbank bekannt, daß die in China installierten und völlig von ausländischem Kapital kontrollierten Gesellschaften in Zukunft Kredite beantragen können.

Die Maßnahme fällt in den Rahmen einer Reihe von Beschlüssen der Notenbank zur Förderung der ausländischen Investitionen. Diese erreichten zwischen 1979 und Mitte 1986 24,9 Mrd. Dollar. Im ersten Halbjahr gaben die Kontrakte für ausländische Investitionen im Vergleich zur Vorjahresperiode um 30 Prozent zurück. Es ist die erste Abschwächung seit der 1979 eingeleiteten Öffnung zum Ausland und wird auf Funktionschwierigkeiten der „gemischten“ Gesellschaften zurückgeführt.

## WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

### Textilgespräche gescheitert

Washington (VWD) - Die Gespräche der Handelsbeauftragten Japans und der USA, die eine Neufassung des bilateralen Textilabkommens zum Ziel hatten, sind in Washington gescheitert. Der US-Handelsminister Carlisle erklärte, die Verhandlungen hätten sich festgefahren, und es sei keine neue Gesprächsrunde vereinbart worden.

### „Gruppe 77“ eröffnet

Kairo (dpa/VWD) - Die „Gruppe 77“, ein Zusammenschluß von Staaten der Dritten Welt, hat gestern in Kairo ihre diesjährige Konferenz eröffnet. Engere Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel stehen im Mittelpunkt der einwöchigen Tagung.

### Per Saldo profitiert

Frankfurt (Wb.) - Die Rütgerswerke AG sind im ersten Halbjahr 1986 auch mit ihren kohlestämmigen Chemieprodukten in den Sog der sinkenden Ölpreise geraten. Die Folge war ein Rückgang der Umsätze um 9 Prozent auf 1,4 Mrd. DM. Bei unveränderten Preisen wäre ein Zuwachs von 6 Prozent herausgekommen. Da den Preiseinbußen auch Einsparungen bei den eigenen Rohstoffen- und Energiekosten gegenüberstanden, fiel das Halbjahresergebnis höher aus als im Vorjahr.

### Aktive Juli-Bilanz

Paris (J. Sch.) - Nach drei Defizitmonaten ist die französische Handelsbilanz im Juli wieder aktiv geworden. Nachdem die Exporte (gegenüber dem Vormonat) um 3,4 Prozent auf 74,6 Mrd. Franc (fob) gestiegen waren, während die Importe um 0,4 Prozent auf 73,1 Mrd. Franc (fob) zurückgingen (jeweils saisonbereinigt), entstand ein Überschuss von 1,5 Mrd. Franc, was eine Verbesserung um 2,8 Mrd. Franc bedeutete.

### Polen zahlte zurück

Bonn (A.G.) - Die Volksrepublik Polen hat im Rahmen der drei Umschuldungsabkommen von 1980 bis

August dieses Jahres insgesamt Zahlungen von 458,6 Mrd. DM an die Bundesrepublik geleistet. Das teilte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesfinanzminister, Friedrich Voss, in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage mit.

### Asche führt mehr ab

Hamburg (VWD) - Der Pharmahersteller Asche AG, Hamburg, wird für das Geschäftsjahr 1985 die Ausschüttung an die 100prozentige Muttergesellschaft Schering AG, Berlin und Bergkamen, um ein Fünftel auf 6,02 (5,0) Mrd. DM steigern. Der Jahresüberschuß in gleicher Höhe wurde durch eine überplanmäßige Steigerung des konsolidierten Umsatzes um 8,5 Prozent auf 83,2 (76,7) Mrd. DM und durch eine Verlagerung zu ertragsstärkeren Produkten beeinflusst.

### Leitz wird AG

Nürnberg (VWD) - Die Leitz Maschinenfabrik GmbH, Nürnberg, soll in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden, ein Gang an die Börse sei vorerst nicht geplant. Wie das 1905 gegründete Unternehmen mit über 2300 Mitarbeitern in fünf inländischen Werken sowie drei Tochterunternehmen in den USA weiter mitteilt, wird in diesem Jahr ein Umsatz von rund 250 Mrd. DM erreicht.

### Klöckner: Umsatzplus

Düsseldorf (J. G.) - Trotz Dollarkursverfall werde der auch stark auf den USA-Markt ausgerichtete Maschinenbau/Kunststoffverarbeitungs-Klöckner-Werke AG, Duisburg, 1985/86 (30. 9.) sein Wachstum mit circa zehn (15) Prozent Plus auf etwa 2,8 Mrd. DM Weltumsatz fortsetzen, schreibt Vorstandschef Herbert Glenow in der Hauszeitschrift. Wichtiger Schritt sei der Anfang Juli vom Bundeskartellamt genehmigte Zusammenschluß der Getränkemaschinen-Beteiligungen H & K und SEN zu einem sich in Produktinnovation wirkungsvolleren Verbund mit 6000 Leuten und fast 900 Mrd. DM Weltumsatz.

## Goldproduktion wird forciert

China wächst zum wichtigen Welt-Lieferanten heran

VWD, Hongkong  
Die Volksrepublik China treibt ihre Goldproduktion voran und hat im laufenden Jahr die Goldverkäufe kräftig ausgeweitet. Hintergrund dessen sind, so wird vermutet, die Anstrengungen der Regierung, die Devisenreserven wieder aufzustocken. Im Goldhandel tätige Bankiers am Hongkonger Platz, der als wichtigster Goldmarkt Asiens gilt, sprechen davon, daß die Volksrepublik zum Goldproduzenten mit Weltklasseniveau aufzukehren werde.

Der Löwenanteil des China-Golds wird via Hongkong vertrieben, der Rest geht über London, Zürich und New York. Der Blick auf die Goldimportstatistiken Hongkongs macht die Verlagerung der chinesischen Goldexportaktivitäten auf die Kronkolonie deutlich. Nach diesen Daten hat Peking 10,03 Tonnen Gold in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres nach Hongkong exportiert.

Parallel hierzu sank die gesamte Goldzufuhr Hongkongs in diesen fünf Monatsmonaten auf 31,71 Tonnen nach 105,5 Tonnen in der entsprechenden Vorjahreszeit. Ursächlich hierfür war der in dieser Zeit weitgehend stagnierende Goldpreis. Der Anteil der Volksrepublik an den Hongkonger Goldimporten sprang in der Berichtszeit auf knapp 32 (0,2) Prozent.

Der Großteil der laufenden Goldverkäufe stamme aus einer erhöhten Produktion Chinas und nicht aus den vorhandenen Goldreserven, verläute aus Hongkonger Diplomatenkreisen. Die Goldproduktion Chinas hat im Gegensatz zu seinem stagnierenden Goldhort seit Jahren stetig und kräftig zugenommen.

### Zahlen geheimgehalten

In den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres hat sich Chinas Goldproduktion um 8,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht und damit ihr höchstes Niveau seit der Machtübernahme der Kommunisten erreicht. Die offiziellen Nachrichten

aus China nennen allerdings keine absoluten Zahlen. Auch in der Vergangenheit wurde die effektive Goldproduktion stets geheimgehalten. „China Daily“ berichtete, daß die Goldmengen, die von ländlichen Goldsuchern zusammengeklaut werden, kräftig zugenommen hätten. Diese auf eigene Rechnung nach Gold schürfenden Ex-Landwirte brachten alljährlich mehr als die Hälfte der gesamten Goldproduktion Chinas zusammen.

Experten schätzen Chinas jährliche Produktion an Primärgold auf 40 bis 50 Tonnen. Seit 1978 ermöglicht es die Pekingische Führung den Kollektiven sowie Einzelpersonen, auf eigene Rechnung Gold zu schürfen, jedoch mit der Auflage, es anschließend an den Staat zu verkaufen. Seitdem wächst die Goldproduktion Chinas mit einer Jahresrate von mehr als zehn Prozent. In ihrem jüngsten Fünfjahresplan peilt die rotchinesische Führung eine durchschnittliche Wachstumsrate der Primärgoldproduktion von jährlich 15 Prozent an.

Gemessen an der üblichen Entlohnung in der Volksrepublik, verdienen erfolgreiche Prospektoren recht gut. Der Alleinabnehmer China Gold Co. beziehungsweise Agenten des Ministeriums für metallurgische Industrie zahlen bieten Goldsuchern derzeit 895 Yuan (rund 510 DM) je Feinunze. Anfang 1985 bezahlte China Gold Co. noch 488 Yuan.

Durch den höheren Preis hat die Produktion deutlich zugenommen. Allerdings regt die Diskrepanz zwischen dem internationalen Goldpreis und dem, den China Gold Co. zahlt, zum „individuellen Export“ an, was „China Daily“ zur lauten Klage Anlaß gibt: Der Goldschmuggel habe ernste Ausmaße erreicht, moniert das Blatt. So hätten die mehr als 60 000 Goldsucher in der Provinz Qinghai im ersten Halbjahr 1986 nur ganze 300 Feinunzen an den Staat verkauft.

# Technik, mit der man sich versteht.



**Womit für Sie demnächst vieles glasklar wird - optisch und akustisch.**  
Die Glasfaser spielt in Zukunft bei der Verbesserung und Erneuerung der Kommunikationswege eine entscheidende Rolle; eröffnet sie doch Möglichkeiten, an die vor Jahren noch nicht zu denken war. Bildfernsehen und Videokonferenzen sind nur zwei Beispiele dafür. Der Vorteil gegenüber dem bisherigen Kabelnetz: Eine Glasfaser überträgt 10.000mal mehr

Informationen als eine herkömmliche Telefonleitung.

Bei der ANT Nachrichtentechnik reichen die Erfahrungen mit Glasfasersystemen bis in das Jahr 1965 zurück. Sie hat mit ihren Entwicklungsleistungen entscheidende Beiträge zu dieser modernen Technik geleistet. So wurden die weltweit erste Glasfaser-Luftkabelanlage und das erste europäische Glasfaser-Fernseh-

netz von uns eingerichtet. Von der Deutschen Bundespost erhielten wir den Auftrag zum Aufbau und zur Erprobung von BIGFON-Projekten (Breitbandiges Integriertes Glasfaser-Fernmelde-Orts-Netz) in Düsseldorf und Hannover. Mit dem ersten Bauabschnitt des breitbandigen integrierten Glasfaser-Fernmelde-netzes zwischen Hamburg und Hannover sowie seiner Weiterführung bis Münster wurden weitere Schwerpunkte gesetzt.

Und Ende 1984 stellten wir ein System vor, das gleichzeitig bis zu 7.680 Telefongespräche über eine Entfernung von 70 km überträgt, ohne daß Zwischenverstärker wie bei konventionellen Kabeln erforderlich sind.

So sorgen wir für immer bessere und vielfältigere Möglichkeiten zur Verständigung der Menschen untereinander.

**ANT**  
Nachrichtentechnik

ANT Nachrichtentechnik GmbH  
Gerberstraße 33, D-7150 Backnang  
Tel. (0 71 91) 13-0, Telex 7 24 406-0



## Werbeeinnahmen der Medien sind gestiegen

hg. Bonn

Die Werbeaufwendungen der Wirtschaft sind im ersten Halbjahr 1986 um 6,3 Prozent auf rund 5,6 Milliarden Mark gestiegen. Dies stellt die Nielsen Werbeforschung Schmidt + Pohlmann, Hamburg, in einer jetzt vorgelegten Analyse fest. Sie zieht daraus den Schluss, daß das Jahr 1986 den Werbeträgern voraussichtlich ein gutes Ergebnis bringen werde.

Am stärksten zugelegt haben die Dienstleistungsunternehmen: Sie gaben für ihre Werbung 33 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 1985 aus; insgesamt waren es 241 Millionen Mark. Mit 21,6 Prozent etwas schwächer fiel der Zuwachs bei den Verkehrsmitteln und Einrichtungen aus; allerdings ist ihr absolutes Gewicht wesentlich größer, denn ihre gesamten Werbeausgaben summierten sich im ersten Halbjahr auf fast 710 Millionen Mark.

Die Branche Audio + Video stockte ihre Werbung um 20,5 Prozent auf 109 Millionen Mark auf; und ähnlich stark zugelegt, nämlich um 19,1 Prozent, haben die Anbieter von Büro-einrichtungen und EDV.

Es gibt allerdings auch Bereiche, in denen die Werbung zurückgefahren worden ist: So bei Textilien und Bekleidung, deren Ausgaben um 10,7 Prozent auf knapp 137 Millionen Mark schrumpften. Geschminkt ist ebenfalls die Tabakwerbung; hier ging das Volumen um 10,8 Prozent auf 137 Millionen Mark zurück.

Aufgeschlüsselt nach Medien zeigt die Analyse für die Tageszeitungen einen Zuwachs der Werbeeinnahmen um 12,4 Prozent auf 1,6 Milliarden Mark im ersten Halbjahr. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß in diesen Zahlen nur überregionale Werbung enthalten ist. Das größte Wachstum verzeichnete der Hörfunk mit einem Plus von acht Prozent bei den Werbeeinnahmen.

## Wann Apotheker werben dürfen

ZAW, Koblenz

Standesrechtliche Regelungen der Apotheker, die Zeitungswerbung für Waren des Handelsunternehmens völlig ausschließen, sind verfassungswidrig. Das hat das Landesschiedsgericht für Heilberufe beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz vom 18. Juni 1986 (LBG [H] A/84).

Der Fall: Ein Apotheker warb in Zeitungsanzeigen für einzelne apothekenübliche Präparate. Daraufhin

**Nutzen Sie alle Berufs-Chancen.**  
Nutzen Sie die großen Stellen für Fach- und Führungskräfte. Sie finden ihn  
**jeden Samstag in der WELT**

leitete die Landesausschreibungskammer Rheinland-Pfalz ein berufsgerichtliches Verfahren gegen ihn ein. Die Richter werteten dies nicht als Verstoß gegen standesrechtliche Pflichten: Weder sei die Werbung marktschreierisch noch enthalte sie standeswidrige Texte oder Bilder. Und da der Verbraucher zwischen apothekenpflichtigen Waren und dem Handelsunternehmenseigenen, sei ein Verbot nicht erforderlich.



Wo der Kommissar Baden geht

MEIN BAD-IDEAL

## Frauen entscheiden, wo die Männer baden gehen

SABINE SCHUCHART, Bonn

Der „begehrteste“ Junggeselle Deutschlands, der draufgängerische „Tatort“-Kommissar Schimanski alias Götz George, erweckt bei den Damen ungeheure Reaktionen – zumal in leichtbekleidetem Zustand. Profitiert davon hat Ideal Standard, aus deren Badewanne der Mime von April an drei Monate in doppelseitigen Zeitungsanzeigen kletterte. „Dies war die erfolgreichste Werbekampagne, die wir je gestartet haben“, zog der Sanitärhersteller jetzt Bilanz der 1,5 Millionen Mark teuren Aktion.

Ideal Standard versprach sich von der Kampagne, die von der Kölner Werbeagentur Robert Pütz betreut wurde, vor allem steigende Bekanntheit. Der Erfolg kam prompt: Allein rund fünftausend telefonische Reaktionen erhielt das Unternehmen seitdem, außerdem eine Vielzahl von Zuschriften.

Die überwiegend weiblichen Anfrager gelistete es allerdings nicht nach Informationen über die Bad-Programme, sondern nach einem Abdruck von der Zeitungsanzeige. Der Sanitär-Hersteller gab daraufhin mehrere tausend Sonderdrucke in Auftrag. Denn schließlich ging es darum, den Slogan „Mein Bad-Ideal“ zusammen mit dem Schimanski-Image beim Endverbraucher zu verankern.

In der Vergangenheit hätten die Sanitär-Hersteller den Badezimmer-Besitzer viel zu wenig im Visier ge-

habt, meint die Geschäftsführung. Inzwischen sei die Branche aber aus dem Dornröschenschlaf erwacht. Die Sanitär-Industrie hat im ersten Halbjahr mit rund 7,8 Mill. Mark für die Werbung in Publikumszeitschriften im Vergleich zu den ersten sechs Monaten 1985 mehr als das Doppelte ausgegeben.

Bei seiner Werbung setzt Ideal Standard zunehmend auf Breitenwirkung: Während in der Vergangenheit fast ausschließlich einzelne Badezimmer-Produkte in den typischen Wohn- und Baubereitschaften herausgestellt wurden und nur Zielgruppen erreichten, denen diese speziellen Ergebnisse gefielen, will sich das Unternehmen von nun an auch in seiner Gesamtheit präsentieren. Dabei sollen die Anzeigen verstärkt in aufeinander abgestimmten Publikumszeitschriften geschaltet werden.

Besonders froh ist man, daß die „überwältigende Resonanz“, die die „Initiierung Schimanski“ gehabt habe, vor allem von Frauen kam: Wenn auch die Frau in der Regel nicht über die finanziellen Neuanforderungen im Bad das Sagen habe, so „entscheide sie doch, wo die Männer baden gehen“. Damit die Männer wirklich in die richtige Badewanne steigen, will Ideal Standard seine Werbekampagne mit anderen Prominenten fortsetzen. Gedacht wird zum Beispiel an einen bekannten Rennfahrer oder Schwimmer.

## RWE bleibt bei acht Mark Dividende

Bm, Bonn

Nach über zwei Jahren mit hohen Zuwachsraten hat die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG, Essen, im Geschäftsjahr 1985/86 (30.6.) mit 123 Mrd. kWh rund zwei Prozent Strom weniger abgesetzt. In einem Aktionärsbrief führt die Verwaltung diese Entwicklung auf die mildere Witterung, auf konjunkturelle Abschwächung in der Schwer- und Grundstoffindustrie sowie auf stärkeren Einsatz kundeneigener Kraftwerke zurück. Auch die Verbundlieferungen blieben hinter dem Vorjahr zurück.

Auf das Ergebnis des Berichtsjahres schlagen in größerem Umfang Abschreibungen auf Rauchgasentschwefelungsanlagen durch, aber auch die Kosten für Kapitaldienst haben sich erhöht. Da es aber gleichzeitig gelang, Kosten zu senken und Mehrerlöse durch eine Preiserhöhung zu erzielen, meint die Verwaltung, der HV voraussichtlich wieder eine Dividende von 8 Mark anbieten zu können. Erneut müsse aber auf eine Dotierung der Rücklagen verzichtet werden. Der Konzernumsatz ist um 1,6 Prozent auf 28,9 Mrd. DM gestiegen, der der RWE allein um 6,5 Prozent auf 16 Mrd. DM. Die Zahl der Mitarbeiter hat sich geringfügig auf etwas über 70 000 erhöht.

Investiert wurden im Konzern 4,8 Mrd. DM, das sind 16 Prozent mehr als im Vorjahr. Bei der RWE betrug das Plus sogar 22 Prozent auf 2,6 Mrd. DM. Hier schlägt sich die Nachricht von der Kohlenkraftwerke mit Rauchgasentschwefelung nieder. Dafür wurden allein 3 Mrd. DM ausgegeben. Mit Nachdruck wird auch an den Techniken zur Verminderung der Stickoxidemissionen gearbeitet.

Der Umsatzanteil der Bereiche Chemie und Mineralöl ist zurückgegangen. Eine positive Entwicklung nahmen der Anlagen- und Maschinenbau.

## Große Gewinner, aber auch Verlierer

Der amerikanische Kongreß erarbeitet einen Kompromiß für die Steuerreform

VWD, Washington

Der von den Mitgliedern im US-Kongreß am Wochenende erzielte Kompromiß über eine Steuerreform-Gesetzgebung wird der Industrie in einigen Bereichen zwar höhere Steuern auferlegen, doch fällt der Entwurf für viele Branchen etwas günstiger aus, als der vom Repräsentantenhaus vorgelegte Plan oder der ursprüngliche Vorschlag des Finanzministeriums. Die Öl- und Gas-Unternehmen werden beispielsweise einen Großteil ihrer Steuervergünstigungen behalten können, die sie zu einem der am niedrigsten besteuerten Industriezweige in den USA gemacht haben. Zu den großen Verlierern des Kompromiß-Paketes zählt dagegen die Schwerindustrie, die sehr stark von den Steuergutschriften für Sachanlage-Investitionen (sechs bis zehn Prozent) abhängt, die rückwirkend zum 1. Januar 1986 wegfallen sollen.

Zu den Nutznießern zählen an erster Stelle Unternehmen, die geringe Sachanlageinvestitionen tätigen, aber derzeit hohe effektive Steuersätze zahlen müssen. Sie profitieren besonders von der Senkung des Höchststeuersatzes auf 34 (46) Prozent. Allgemein gehören zu den Gewinnern vorwiegend Groß- und Einzelhandels- sowie Dienstleistungsunternehmen und Hersteller von Konsumgütern.

### „200-Prozent“-Methode

Im einzelnen sind folgende wesentliche Änderungen im Kompromißpaket enthalten:

● Abschreibungen: Investitionen in bestimmte kurzlebige Aktiva können über drei Jahre abgeschrieben werden, bei Pkw- und Leicht-Lkw sind es fünf Jahre (bisher drei Jahre) und für die meisten Ausrüstungen für die verarbeitende Industrie sieben (bisher fünf) Jahre. Einige langlebige Ausrüstungen können über zehn Jahre abgeschrieben werden. Für die meisten Ausrüstungs-Abschreibungen kann die degressive „200-Prozent“-Methode

angewandt werden. Investitionen in den Mietwohnungsbau können künftig nur zum jährlich gleichen Satz über 27,5 Jahre abgeschrieben werden. Geschäftsbauten über 31,5 Jahre (bisher 19 Jahre). Kleine Unternehmen sollen in einem einzigen Jahr bis zu 10 000 Dollar für Ausrüstungs-Investitionen abschreiben dürfen.

● Steuersätze: Die Verringerung der Höchststeuersätze für die Unternehmen, die jedoch erst Mitte 1987 greifen wird, hätte für 1987 einen durchschnittlichen Satz von 40 Prozent zur Folge. Bei der gleichzeitigen Eliminierung vieler steuerlicher Vergünstigungen zum 1. Januar 1987 würde dies eine besonders starke Belastung im kommenden Jahr bedeuten. Kleinunternehmen soll auch in Zukunft ein relativ niedriger Durchschnittssatz eingeräumt werden, während die Besteuerung für Unternehmen mit mehr als 100 000 Dollar Gewinn steigt. Die Steuer auf Kapitalerträge wird auf 34 (38) Prozent erhöht. Abschreibungen für Dividendenzahlungen der Unternehmen an ihre Aktionäre sollen nicht mehr möglich sein, die Abschreibungen für erhaltene Dividenden werden auf 80 (85) Prozent verringert. Für bestimmte Betriebsausgaben sollen die Abschreibungen auf 80 Prozent begrenzt werden.

● Auslandssteuern: Die Abschreibungsmöglichkeiten für Zinsen auf Kredite, die in den USA aufgenommen wurden, aber tatsächlich den ausländischen Aktivitäten zugute kommen, sollen ebenso begrenzt werden wie die Nutzung ausländischer Steuergutschriften zum Schutz der passiv im Ausland erzielten Gewinne sowie für von US-Banken im Ausland herausgelegte Kredite. Auf Drängen von Finanzminister Baker wurden jedoch die Vorschriften für Bankkredite an bestimmte Schuldnerländer gelockert.

● Steuer-Gutschriften für Investitionen: Die Streichung dieser Steuergutschriften rückwirkend zum 1. Januar 1986 wird der größte Posten zur Erhöhung der Steuereinnahmen in den kommenden fünf Jahren sein und etwa 150 Mrd. Dollar bringen. Sie ist auch die Hauptmaßnahme zur Anhebung der Steuern für Unternehmen in kapitalintensiven Branchen wie Stahl, Kfz und Chemie.

● Betriebsverluste: Besonders streng sollen die Vorschriften für die Begrenzung von steuerlichen Vorteilen bei Betriebsverlusten gefaßt werden, wenn neue Besitzer mehr als 50 Prozent eines solchen Unternehmens erwerben.

● Bilanzierungsänderungen: Mehr als 50 Mrd. Dollar sollen bei den Unternehmen in den kommenden fünf Jahren durch Bilanzierungsänderungen an neuen Steuern aufgebracht werden. Genaue Details werden teilweise noch vom gemeinsamen Steueraussschuß des Kongresses erarbeitet.

### Keiner soll sich drücken

● Steuerbefreierte Anleihen: Das Ausgabevolumen solcher Anleihen soll für die einzelnen Emittenten (Bundesstaaten) limitiert werden, und die Käufer sollen auf viele bisher allgemein steuerbefreite Anlageinstrumente künftig Steuern entrichten. Immobilien- und Versicherungsgesellschaften dürfen ihre Erträge aus steuerbefreiten Anleihen versteuern. Auch sollen die Gebühren für Anwälte und Underwriter bei Geschäften mit solchen Emissionen begrenzt werden.

● Forschung und Entwicklung: Die Steuergutschriften für eine Erhöhung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben bei Technologie-Unternehmen sollen um weitere drei Jahre verlängert werden, der Satz jedoch auf 20 (25) Prozent reduziert werden.

● Mindeststeuersatz: Der Gesetzentwurf enthält einen Mindeststeuersatz von 20 Prozent, um zu verhindern, daß große und ertragreiche Unternehmen sich um Steuerzahlungen ganz „drücken“ können.

## Konfuser Engel

hg - Alles redet von Umweltschutz - auch die Werbung. Sie muß es tun, weil Verbraucher in diesem Bereich immer sensibler werden, wie etwa der wachsende Konsum phosphatfreier Waschmittel deutlich zeigt. Spricht die Werbung nicht die Sprache ihrer Zeit, wird sie nicht gehört. Sie muß sich allerdings davor hüten, den Mund zu voll zu nehmen. Wenn Verbraucher nicht nachvollziehen können, was die Werbung ihnen mitteilt, dann stiftet sie Verwirrung oder gerät sogar an den Rand der Irreführung.

Sogar der vom Umweltbundesamt vergebene „Blaue Engel“ scheint dagegen nicht gefaßt: So hat sich in diesen Tagen ein Lackproduzent beim Umweltbundesminister beschwert, weil Produkte, die schon immer wenig umweltbelastend waren, dieses Siegel nicht bekämen, während andere, wenn die in ihnen enthaltenen Schadstoffe einen bestimmten Prozentsatz nicht überschreiten, es erhielten.

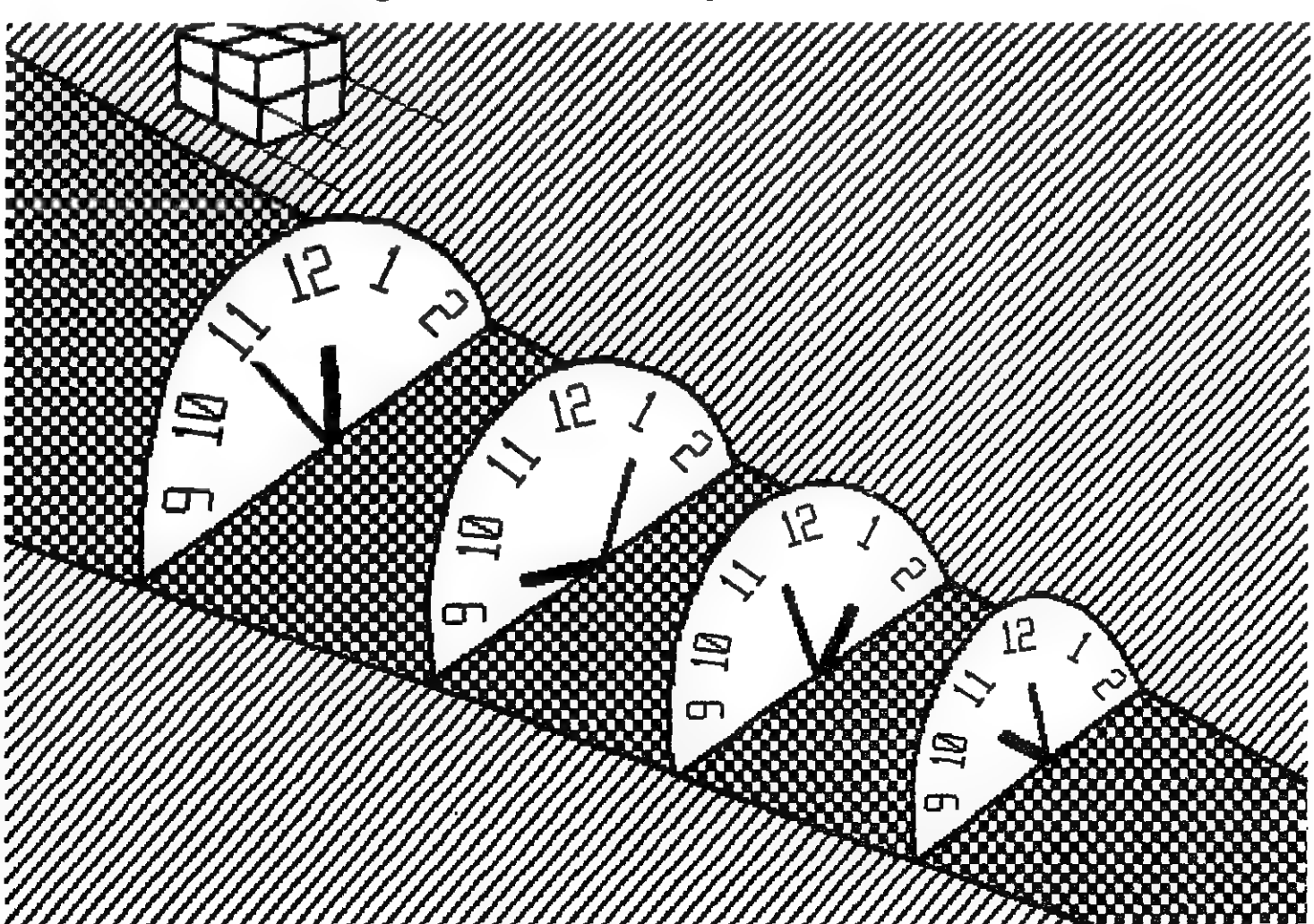
Woher soll der Kunde im Geschäft also wissen, daß der Artikel mit dem Siegel die Umwelt stärker belastet als die Alternative ohne

den Engel? Er weiß es nicht, und deshalb hält zum Beispiel die Zentrale zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs den „Blaue Engel“-Schlicht für eine staatlich geförderte Irreführung von Verbrauchern.

So weit muß man freilich nicht gehen. Aber dieser Umweltengel verleiht Hersteller, die ihn nicht bekommen, dazu, sich selbst alle möglichen Umweltsiegel zu verpassen - schließlich geben sie ja viel Geld für die Suche nach schadstoffarmen Produktvarianten aus. Und dann werben sie damit, was ihnen nicht zu verdanken ist.

Dabei wird die Verwirrung meist noch größer, dies insbesondere dann, wenn Produkte unter dem Etikett „umweltfreundlich“ ausgeteilt werden. Denn derlei gibt es nicht; es gibt nur Produkte, die die Umwelt weniger belasten als andere. Und Versuche des Staates, Hersteller zur Produktion und Verbrauchern zum Kauf umweltschonender Produkte zu veranlassen, steigern die Konfusion nur noch, denn es gibt keine objektiven Maßstäbe für Umweltverträglichkeit. So wirbt halt jeder, wie er kann, mit dem Begriff „Umweltschutz“, wie er ihn versteht. Und am Ende weiß niemand mehr, was solche Werbung eigentlich meint.

**Zeithürden überwinden.** Das können Sie mit den Schnellen Diensten der Post. Zu jedem Ort und sogar samstags. Beispiel **Datapost**: Schnellster nationaler und internationaler Postkurierdienst. Kostenvergleich lohnt. **Luftpostpakete**: Schnellste Luftweg-Beförderung vom nächsten Flughafen in alle Welt und beschleunigte Bearbeitung für Berlin (West). **Schnellpakete** im Bundespostbereich: Sonderzustellung bis 21 Uhr/werktags, sonn- und feiertags bis 12 Uhr. **SAL**: Kostengünstig-schnell in 20 Überseeländer. Mehr über alles vom Kundenberater. Weil Zeit Geld sein kann. Oder umgekehrt. **Und ab geht die Post.**



## Product Placement – unzulässig?

Filmmacher und Produkthersteller sollten mit diesem Instrument vorsichtig umgehen

JOCHEN DREYER, Hamburg

Wem ist es nicht schon einmal im Kino oder Fernsehen aufgefallen: Da hat doch eben der Kommissar einen Whisky getrunken, und zwar – erkennbar an der Flasche – einen Whisky der Marke X. Sein Assistent hat ihm – nur für einen Augenblick, aber doch lange genug, um vom Zuschauer bemerkt zu werden – aus der geöffneten Packung Y eine Zigarette angeboten.

Dies sind nur zwei Beispiele für Product Placement. Fälle dieser Art gibt es inzwischen reichlich.

Wie funktioniert so etwas? Es treten sich zwei Interessen. Die Filmmacher haben ein Interesse an zusätzlichen Geldquellen. Die Hersteller haben ein Interesse, daß ihr Produkt möglichst zahlreich und dramatisch angemessen dem Zuschauer in einem möglichst attraktiven Umfeld vorgestellt wird. Beide Interessen decken sich, weil dramaturgisch an dieser Stelle des Films sowieso ein Produkt der tatsächlich dargestellten Art verwendet werden muß. Warum soll dann nicht der Hersteller bevorzugt werden, der bereit ist, dafür zu bezahlen?

Ist dann aber Product Placement nichts anderes als Schleichwerbung? Diese ist dadurch gekennzeichnet, daß sie für den Zuschauer nicht als Werbung des jeweiligen Herstellers erkennbar ist, sondern er sie für die Äußerung eines nach seiner Meinung neutralen Dritten hält. Weil er eine

solche Äußerung in aller Regel unkritischer als entsprechende Behauptungen des Herstellers bewertet, er insoweit also getäuscht wird, wird Schleichwerbung zu Recht grundsätzlich als rechtswidrig angesehen. Ist damit Product Placement grundsätzlich genauso als unzulässig anzusehen wie etwa die redaktionelle Werbung?

Mag die Antwort auf diese Frage auf den ersten Blick eindeutig sein, wird bei näherer Auseinandersetzung eine differenzierte Betrachtungsweise Platz greifen müssen. Denn Product Placement in dem vorstehenden Sinn unterscheidet sich von der üblichen Schleichwerbung in einem wesentlichen Punkt: Schleichwerbung erscheint nur wegen des Werbeeffekts, sie ist nicht handlungskonform. Demgegenüber muß das Produkt, das im Rahmen des Product Placements gezeigt wird, aus dramaturgischen Gründen sowieso verwendet werden. Es besteht also ein unmittelbarer Bezug zum Handlungsablauf. Kann es dann aber dem Zuschauer nicht egal sein, aus welchen Gründen das Produkt der Marke X und nicht der Marke Y bevorzugt wurde?

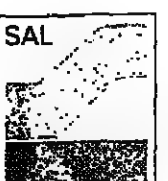
Wenn man außerdem berücksichtigt, daß Markenartikel – und nur um solche geht es in der Regel beim Product Placement – Teil unserer Lebensrealität sind, fällt die Beurteilung, Product Placement in jedem Falle als Schleichwerbung und damit als unzulässig anzusehen, schon er-

heblich schwerer. Andererseits wird hieraus deutlich, daß es im wohlverstandenen Interesse von Filmmacher und Produkthersteller liegt, mit diesem Instrument – wenn überhaupt – zurückhaltend und sehr vorsichtig umzugehen. Der Bereich der eindeutigen Unzulässigkeit ist schnell erreicht.

Natürlich könnte man, um die Abgrenzung zu erleichtern, daran denken, Filmmacher und Produkthersteller, ähnlich wie beim Sponsorship, zu verpflichten, Product Placement in geeigneter Weise als Werbung zu kennzeichnen, etwa nach Maßgabe der Grundsätze, die von der Rechtsprechung für redaktionelle Werbung entwickelt worden sind. Eine solche generelle Verpflichtung würde aber sicherlich zu weit gehen und in vielen Fällen auf erhebliche praktische und rechtliche Schwierigkeiten stoßen.

Noch unangebrachter wäre es, wegen des Product Placements eine Änderung der einschlägigen Gesetze, insbesondere des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb (UWG) zu fordern. Das deutsche UWG gilt nicht zu Unrecht als eines der schärfsten Wettbewerbsgesetze in der ganzen Welt. In Anwendung dieses Gesetzes war die Rechtsprechung bisher immer in der Lage, neue Möglichkeiten der Produktplatzierung in den Griff zu bekommen. Es ist kein Grund ersichtlich, weshalb es beim Product Placement anders sein sollte.

Btx \* 20000 #





[illegible]



Bundesanleihen		
	100%	100%
7. Okt. 87	120,10	120,10
7. Okt. 88	120,10	120,10
7. Okt. 89	120,10	120,10
7. Okt. 90	120,10	120,10
7. Okt. 91	120,10	120,10
7. Okt. 92	120,10	120,10
7. Okt. 93	120,10	120,10
7. Okt. 94	120,10	120,10
7. Okt. 95	120,10	120,10
7. Okt. 96	120,10	120,10
7. Okt. 97	120,10	120,10
7. Okt. 98	120,10	120,10
7. Okt. 99	120,10	120,10
7. Okt. 00	120,10	120,10
7. Okt. 01	120,10	120,10
7. Okt. 02	120,10	120,10
7. Okt. 03	120,10	120,10
7. Okt. 04	120,10	120,10
7. Okt. 05	120,10	120,10
7. Okt. 06	120,10	120,10
7. Okt. 07	120,10	120,10
7. Okt. 08	120,10	120,10
7. Okt. 09	120,10	120,10
7. Okt. 10	120,10	120,10
7. Okt. 11	120,10	120,10
7. Okt. 12	120,10	120,10
7. Okt. 13	120,10	120,10
7. Okt. 14	120,10	120,10
7. Okt. 15	120,10	120,10
7. Okt. 16	120,10	120,10
7. Okt. 17	120,10	120,10
7. Okt. 18	120,10	120,10
7. Okt. 19	120,10	120,10
7. Okt. 20	120,10	120,10
7. Okt. 21	120,10	120,10
7. Okt. 22	120,10	120,10
7. Okt. 23	120,10	120,10
7. Okt. 24	120,10	120,10
7. Okt. 25	120,10	120,10
7. Okt. 26	120,10	120,10
7. Okt. 27	120,10	120,10
7. Okt. 28	120,10	120,10
7. Okt. 29	120,10	120,10
7. Okt. 30	120,10	120,10
7. Okt. 31	120,10	120,10

Industrieanleihen		
	100%	100%
7. Okt. 87	120,10	120,10
7. Okt. 88	120,10	120,10
7. Okt. 89	120,10	120,10
7. Okt. 90	120,10	120,10
7. Okt. 91	120,10	120,10
7. Okt. 92	120,10	120,10
7. Okt. 93	120,10	120,10
7. Okt. 94	120,10	120,10
7. Okt. 95	120,10	120,10
7. Okt. 96	120,10	120,10
7. Okt. 97	120,10	120,10
7. Okt. 98	120,10	120,10
7. Okt. 99	120,10	120,10
7. Okt. 00	120,10	120,10
7. Okt. 01	120,10	120,10
7. Okt. 02	120,10	120,10
7. Okt. 03	120,10	120,10
7. Okt. 04	120,10	120,10
7. Okt. 05	120,10	120,10
7. Okt. 06	120,10	120,10
7. Okt. 07	120,10	120,10
7. Okt. 08	120,10	120,10
7. Okt. 09	120,10	120,10
7. Okt. 10	120,10	120,10
7. Okt. 11	120,10	120,10
7. Okt. 12	120,10	120,10
7. Okt. 13	120,10	120,10
7. Okt. 14	120,10	120,10
7. Okt. 15	120,10	120,10
7. Okt. 16	120,10	120,10
7. Okt. 17	120,10	120,10
7. Okt. 18	120,10	120,10
7. Okt. 19	120,10	120,10
7. Okt. 20	120,10	120,10
7. Okt. 21	120,10	120,10
7. Okt. 22	120,10	120,10
7. Okt. 23	120,10	120,10
7. Okt. 24	120,10	120,10
7. Okt. 25	120,10	120,10
7. Okt. 26	120,10	120,10
7. Okt. 27	120,10	120,10
7. Okt. 28	120,10	120,10
7. Okt. 29	120,10	120,10
7. Okt. 30	120,10	120,10
7. Okt. 31	120,10	120,10

Optionscheine		
	100%	100%
7. Okt. 87	120,10	120,10
7. Okt. 88	120,10	120,10
7. Okt. 89	120,10	120,10
7. Okt. 90	120,10	120,10
7. Okt. 91	120,10	120,10
7. Okt. 92	120,10	120,10
7. Okt. 93	120,10	120,10
7. Okt. 94	120,10	120,10
7. Okt. 95	120,10	120,10
7. Okt. 96	120,10	120,10
7. Okt. 97	120,10	120,10
7. Okt. 98	120,10	120,10
7. Okt. 99	120,10	120,10
7. Okt. 00	120,10	120,10
7. Okt. 01	120,10	120,10
7. Okt. 02	120,10	120,10
7. Okt. 03	120,10	120,10
7. Okt. 04	120,10	120,10
7. Okt. 05	120,10	120,10
7. Okt. 06	120,10	120,10
7. Okt. 07	120,10	120,10
7. Okt. 08	120,10	120,10
7. Okt. 09	120,10	120,10
7. Okt. 10	120,10	120,10
7. Okt. 11	120,10	120,10
7. Okt. 12	120,10	120,10
7. Okt. 13	120,10	120,10
7. Okt. 14	120,10	120,10
7. Okt. 15	120,10	120,10
7. Okt. 16	120,10	120,10
7. Okt. 17	120,10	120,10
7. Okt. 18	120,10	120,10
7. Okt. 19	120,10	120,10
7. Okt. 20	120,10	120,10
7. Okt. 21	120,10	120,10
7. Okt. 22	120,10	120,10
7. Okt. 23	120,10	120,10
7. Okt. 24	120,10	120,10
7. Okt. 25	120,10	120,10
7. Okt. 26	120,10	120,10
7. Okt. 27	120,10	120,10
7. Okt. 28	120,10	120,10
7. Okt. 29	120,10	120,10
7. Okt. 30	120,10	120,10
7. Okt. 31	120,10	120,10

# Noch keine Zinssenkungszeichen

Da die Bundesbank auch bei ihrem jüngsten Wertpapierpolenungsgehalt kein Zeichen in Richtung Zinssenkung gesetzt hat, bleiben sich auf dem Rentenmarkt die Käufer betonen zurück. Die Umsätze waren daher auf einem Marktgebiet relativ gering. Regulierungen wurden auf der bisherigen Renditebasis vorgenommen. Die Hoffnung auf eine Zinssenkung innerhalb der nächsten vier Wochen ist zwar nicht aufgegeben worden, sie drückt sich aber vorwiegend nur in einer Zurückhaltung der Verkäufer aus.

Frankfurt		
	100%	100%
7. Okt. 87	120,10	120,10
7. Okt. 88	120,10	120,10
7. Okt. 89	120,10	120,10
7. Okt. 90	120,10	120,10
7. Okt. 91	120,10	120,10
7. Okt. 92	120,10	120,10
7. Okt. 93	120,10	120,10
7. Okt. 94	120,10	120,10
7. Okt. 95	120,10	120,10
7. Okt. 96	120,10	120,10
7. Okt. 97	120,10	120,10
7. Okt. 98	120,10	120,10
7. Okt. 99	120,10	120,10
7. Okt. 00	120,10	120,10
7. Okt. 01	120,10	120,10
7. Okt. 02	120,10	120,10
7. Okt. 03	120,10	120,10
7. Okt. 04	120,10	120,10
7. Okt. 05	120,10	120,10
7. Okt. 06	120,10	120,10
7. Okt. 07	120,10	120,10
7. Okt. 08	120,10	120,10
7. Okt. 09	120,10	120,10
7. Okt. 10	120,10	120,10
7. Okt. 11	120,10	120,10
7. Okt. 12	120,10	120,10
7. Okt. 13	120,10	120,10
7. Okt. 14	120,10	120,10
7. Okt. 15	120,10	120,10
7. Okt. 16	120,10	120,10
7. Okt. 17	120,10	120,10
7. Okt. 18	120,10	120,10
7. Okt. 19	120,10	120,10
7. Okt. 20	120,10	120,10
7. Okt. 21	120,10	120,10
7. Okt. 22	120,10	120,10
7. Okt. 23	120,10	120,10
7. Okt. 24	120,10	120,10
7. Okt. 25	120,10	120,10
7. Okt. 26	120,10	120,10
7. Okt. 27	120,10	120,10
7. Okt. 28	120,10	120,10
7. Okt. 29	120,10	120,10
7. Okt. 30	120,10	120,10
7. Okt. 31	120,10	120,10

Düsseldorf		
	100%	100%
7. Okt. 87	120,10	120,10
7. Okt. 88	120,10	120,10
7. Okt. 89	120,10	120,10
7. Okt. 90	120,10	120,10
7. Okt. 91	120,10	120,10
7. Okt. 92	120,10	120,10
7. Okt. 93	120,10	120,10
7. Okt. 94	120,10	120,10
7. Okt. 95	120,10	120,10
7. Okt. 96	120,10	120,10
7. Okt. 97	120,10	120,10
7. Okt. 98	120,10	120,10
7. Okt. 99	120,10	120,10
7. Okt. 00	120,10	120,10
7. Okt. 01	120,10	120,10
7. Okt. 02	120,10	120,10
7. Okt. 03	120,10	120,10
7. Okt. 04	120,10	120,10
7. Okt. 05	120,10	120,10
7. Okt. 06	120,10	120,10
7. Okt. 07	120,10	120,10
7. Okt. 08	120,10	120,10
7. Okt. 09	120,10	120,10
7. Okt. 10	120,10	120,10
7. Okt. 11	120,10	120,10
7. Okt. 12	120,10	120,10
7. Okt. 13	120,10	120,10
7. Okt. 14	120,10	120,10
7. Okt. 15	120,10	120,10
7. Okt. 16	120,10	120,10
7. Okt. 17	120,10	120,10
7. Okt. 18	120,10	120,10
7. Okt. 19	120,10	120,10
7. Okt. 20	120,10	120,10
7. Okt. 21	120,10	120,10
7. Okt. 22	120,10	120,10
7. Okt. 23	120,10	120,10
7. Okt. 24	120,10	120,10
7. Okt. 25	120,10	120,10
7. Okt. 26	120,10	120,10
7. Okt. 27	120,10	120,10
7. Okt. 28	120,10	120,10
7. Okt. 29	120,10	120,10
7. Okt. 30	120,10	120,10
7. Okt. 31	120,10	120,10

10. Okt. 87	101,957	101,263
10. Okt. 88	101,731	101,731
10. Okt. 89	101,731	101,731
10. Okt. 90	101,731	101,731
10. Okt. 91	101,731	101,731
10. Okt. 92	101,731	101,731
10. Okt. 93	101,731	101,731
10. Okt. 94	101,731	101,731
10. Okt. 95	101,731	101,731
10. Okt. 96	101,731	101,731
10. Okt. 97	101,731	101,731
10. Okt. 98	101,731	101,731
10. Okt. 99	101,731	101,731
10. Okt. 00	101,731	101,731
10. Okt. 01	101,731	101,731
10. Okt. 02	101,731	101,731
10. Okt. 03	101,731	101,731
10. Okt. 04	101,731	101,731
10. Okt. 05	101,731	101,731
10. Okt. 06	101,731	101,731
10. Okt. 07	101,731	101,731
10. Okt. 08	101,731	101,731
10. Okt. 09	101,731	101,731
10. Okt. 10	101,731	101,731
10. Okt. 11	101,731	101,731
10. Okt. 12	101,731	101,731
10. Okt. 13	101,731	101,731
10. Okt. 14	101,731	101,731
10. Okt. 15	101,731	101,731
10. Okt. 16	101,731	101,731
10. Okt. 17	101,731	101,731
10. Okt. 18	101,731	101,731
10. Okt. 19	101,731	101,731
10. Okt. 20	101,731	101,731
10. Okt. 21	101,731	101,731
10. Okt. 22	101,731	101,731
10. Okt. 23	101,731	101,731
10. Okt. 24	101,731	101,731
10. Okt. 25	101,731	101,731
10. Okt. 26	101,731	101,731
10. Okt. 27	101,731	101,731
10. Okt. 28	101,731	101,731
10. Okt. 29	101,731	101,731
10. Okt. 30	101,731	101,731
10. Okt. 31	101,731	101,731
10. Okt. 32	101,731	101,731
10. Okt. 33	101,731	101,731
10. Okt. 34	101,731	101,731
10. Okt. 35	101,731	101,731
10. Okt. 36	101,731	101,731
10. Okt. 37	101,731	101,731
10. Okt. 38	101,731	101,731
10. Okt. 39	101,731	101,731
10. Okt. 40	101,731	101,731
10. Okt. 41	101,731	101,731
10. Okt. 42	101,731	101,731
10. Okt. 43	101,731	101,731
10. Okt. 44	101,731	101,731
10. Okt. 45	101,731	101,731
10. Okt. 46	101,731	101,731
10. Okt. 47	101,731	101,731
10. Okt. 48	101,731	101,731
10. Okt. 49	101,731	101,731
10. Okt. 50	101,731	101,731
10. Okt. 51	101,731	101,731
10. Okt. 52	101,731	101,731
10. Okt. 53	101,731	101,731
10. Okt. 54	101,731	101,731
10. Okt. 55	101,731	101,731
10. Okt. 56	101,731	101,731
10. Okt. 57	101,731	101,731
10. Okt. 58	101,731	101,731
10. Okt. 59	101,731	101,731
10. Okt. 60	101,731	101,731
10. Okt. 61	101,731	101,731
10. Okt. 62	101,731	101,731
10. Okt. 63	101,731	101,731
10. Okt. 64	101,731	101,731
10. Okt. 65	101,731	101,731
10. Okt. 66	101,731	101,731
10. Okt. 67	101,731	101,731
10. Okt. 68	101,731	101,731
10. Okt. 69	101,731	101,731
10. Okt. 70	101,731	101,731
10. Okt. 71	101,731	101,731
10. Okt. 72	101,731	101,731
10. Okt. 73	101,731	101,731
10. Okt. 74	101,731	101,731
10. Okt. 75	101,731	101,731
10. Okt. 76	101,731	101,731
10. Okt. 77	101,731	101,731
10. Okt. 78	101,731	101,731
10. Okt. 79	101,731	101,731
10. Okt. 80	101,731	101,731
10. Okt. 81	101,731	101,731
10. Okt. 82	101,731	101,731
10. Okt. 83	101,731	101,731
10. Okt. 84	101,731	101,731
10. Okt. 85	101,731	101,731
10. Okt. 86	101,731	101,731
10. Okt. 87	101,731	101,731
10. Okt. 88	101,731	101,731
10. Okt. 89	101,731	101,731
10. Okt. 90	101,731	101,731
10. Okt. 91	101,731	101,731
10. Okt. 92	101,731	101,731
10. Okt. 93	101,731	101,731
10. Okt. 94	101,731	101,731
10. Okt. 95	101,731	101,731
10. Okt. 96	101,731	101,731
10. Okt. 97	101,731	101,731
10. Okt. 98	101,731	101,731
10. Okt. 99	101,731	101,731
10. Okt. 00	101,731	101,731
10. Okt. 01	101,731	101,731
10. Okt. 02	101,731	101,731
10. Okt. 03	101,731	101,731
10. Okt. 04	101,731	101,731
10. Okt. 05	101,731	101,731
10. Okt. 06	101,731	101,731
10. Okt. 07	101,731	101,731
10. Okt. 08	101,731	101,731
10. Okt. 09	101,731	101,731
10. Okt. 10	101,731	101,731
10. Okt. 11	101,731	101,731
10. Okt. 12	101,731	101,731
10. Okt. 13	101,731	101,731
10. Okt. 14	101,731	101,731
10. Okt. 15	101,731	101,731
10. Okt. 16	101,731	101,731
10. Okt. 17	101,731	101,731
10. Okt. 18	101,731	101,731
10. Okt. 19	101,731	101,731
10. Okt. 20	101,731	101,731
10. Okt. 21	101,731	101,731
10. Okt. 22	101,731	101,731
10. Okt. 23	101,731	101,731
10. Okt. 24	101,731	101,731
10. Okt. 25	101,731	101,731
10. Okt. 26	101,731	101,731
10. Okt. 27	101,731	101,731
10. Okt. 28	101,731	101,731
10. Okt. 29	101,731	101,731
10. Okt. 30	101,731	101,731
10. Okt. 31	101,731	101,731
10. Okt. 32	101,731	101,731
10. Okt. 33	101,731	101,731
10. Okt. 34	101,731	101,731
10. Okt. 35	101,731	101,731
10. Okt. 36	101,731	101,731
10. Okt. 37	101,731	101,731
10. Okt. 38	101,731	101,731
10. Okt. 39	101,731	101,731
10. Okt. 40	101,731	101,731
10. Okt. 41	101,731	101,731
10. Okt. 42	101,731	101,731
10. Okt. 43	101,731	101,731
10. Okt. 44	101,731	101,731
10. Okt. 45	101,731	101,731
10. Okt. 46	101,731	101,731
10. Okt. 47	101,731	101,731
10. Okt. 48	101,731	101,731
10. Okt. 49	101,731	101,731
10. Okt. 50	101,731	101,731
10. Okt. 51	101,731	101,731
10. Okt. 52	101,731	101,731
10. Okt. 53	101,731	101,731
10. Okt. 54	101,731	101,731
10. Okt. 55	101,731	101,731
10. Okt. 56	101,731	101,731
10. Okt. 57	101,731	101,731
10. Okt. 58	101,731	101,731
10. Okt. 59	101,731	101,731
10. Okt. 60	101,731	101,731
10. Okt. 61	101,731	101,731
10. Okt. 62	101,731	101,731
10. Okt. 63	101,731	101,731
10. Okt. 64	101,731	101,731
10. Okt. 65	101,731	101,731
10. Okt. 66	101,731	101,731
10. Okt. 67	101,731	101,731
10. Okt. 68	101,731	101,731
10. Okt. 69	101,731	101,731
10. Okt. 70	101,731	101,731
10. Okt. 71	101,731	101,731
10. Okt. 72	101,731	101,731
10. Okt. 73	101,731	101,731
10. Okt. 74	101,731	101,731
10. Okt. 75	101,731	101,731
10. Okt. 76	101,731	101,731
10. Okt. 77	101,731	101,731
10. Okt. 78	101,731	101,731
10. Okt. 79	101,731	101,731
10. Okt. 80	101,731	101,731
10. Okt. 81	101,731	101,731
10. Okt. 82	101,731	101,731
10. Okt. 83	101,731	101,731
10. Okt. 84	101,731	101,731
10. Okt. 85	101,731	101,731
10. Okt. 86	101,731	101,731
10. Okt. 87	101,731	101,731
10. Okt. 88	101,731	101,731
10. Okt. 89	101,731	101,731
10. Okt. 90	101,731	101,731
10. Okt. 91	101,731	101,731
10. Okt. 92	101,731	101,731
10. Okt. 93	101,731	101,731
10. Okt. 94	101,731	101,731
10. Okt. 95	101,731	101,731
10. Okt. 96	101,731	101,731
10. Okt. 97	101,731	101,731
10. Okt. 98	101,731	101,731
10. Okt. 99	101,731	101,731
10. Okt. 00	101,731	101,731
10. Okt. 01	101,731	101,731
10. Okt. 02	101,731	101,731
10. Okt. 03	101,731	101,731
10. Okt. 04	101,731	101,731
10. Okt. 05	101,731	101,731
10. Okt. 06	101,731	101,731
10. Okt. 07	101,731	101,731
10. Okt. 08	101,731	101,731
10. Okt. 09	101,731	101,731
10. Okt. 10	101,731	101,731
10. Okt. 11	101,731	101,731
10. Okt. 12	101,731	101,731
10. Okt. 13	101,731	101,731
10. Okt. 14	101,731	101,731
10. Okt. 15	101,731	101,731
10. Okt. 16	101,731	101,731
10. Okt. 17	101,731	101,731
10. Okt. 18	101,731	101,731
10. Okt. 19	101,731	101,731
10. Okt. 20	101,731	101,731
10. Okt. 21	101,731	101,731
10. Okt. 22	101,731	101,731
10. Okt. 23	101,731	101,731
10. Okt. 24	101,731	101,731
10. Okt. 25	101,731	101,731
10. Okt. 26	101,731	101,731
10. Okt. 27	101,731	101,731
10. Okt. 28	101,731	101,731
10. Okt. 29	101,731	101,731
10. Okt. 30	101,731	101,731
10. Okt. 31	101,731	101,731
10. Okt. 32	101,731	101,731
10. Okt. 33	101,731	101,731
10. Okt. 34	101,731	101,731
10. Okt. 35	101,731	101,731
10. Okt. 36	101,731	101,731
10. Okt. 37	101,731	101,731
10. Okt. 38	101,731	101,731
10. Okt. 39	101,731	101,731
10. Okt. 40	101,731	101,731
10. Okt. 41	101,731	101,731
10. Okt. 42	101,731	101,731
10. Okt. 43	101,731	101,731
10. Okt. 44	101,731	101,731
10. Okt. 45	101,731	101,731
10. Okt. 46	101,731	101,731
10. Okt. 47	101,731	101,731
10. Okt. 48	101,731	101,731
10. Okt. 49	101,731	101,731
10. Okt. 50	101,731	101,731
10. Okt. 51	101,731	101,731
10. Okt. 52	101,731	101,731
10. Okt. 53	101,731	101,731
10. Okt. 54	101,731	101,731
10. Okt. 55	101,731	101,731
10. Okt. 56	101,731	101,731
10. Okt. 57	101,731	101,731
10. Okt. 58	101,731	101,731
10. Okt. 59	101,731	101,731
10. Okt. 60	101,731	101,731
10. Okt. 61	101,731	101,731
10. Okt. 62	101,731	101,731
10. Okt. 63	101,731	101,731
10. Okt. 64	101,731	101,731
10. Okt. 65	101,731	101,731
10. Okt. 66	101,731	101,731
10. Okt. 67	101,731	101,731
10. Okt. 68	101,731	101,731
10. Okt. 69	101,731	101,731
10. Okt. 70	101,731	101,731
10. Okt. 71	101,731	101,731
10. Okt. 72	101,731	101,731
10. Okt. 73	101,731	101,731
10. Okt. 74	101,731	101,731
10. Okt. 75	101,731	101,731
10. Okt. 76	101,731	101,731
10. Okt. 77	101,731	101,731
10. Okt. 78	101,731	101,731
10. Okt. 79	101,731	101,731
10. Okt. 80	101,731	101,731
10. Okt. 81	101,731	101,731
10. Okt. 82	101,731	101,731
10. Okt. 83	101,731	101,731
10. Okt. 84	101,731	101,731
10. Okt. 85	101,731	101,731
10. Okt. 86	101,731	101,731
10. Okt. 87	101,731	101,731
10. Okt. 88	101,731	101,731



Sechs Jahre im Griff des „DDR“-Geheimdienstes

## Handelsware Mensch

Der Diplom-Physiker Horst Hiller aus Dresden, der am 17. Mai 1977 mit seiner Frau am Grenzkontrollpunkt Marienborn aus dem Fluchterversteck geholt und festgenommen wurde, war ein angesehener Wissenschaftler in der „DDR“ gewesen. Als Spezialist für Computertechnik bezog er ein hohes Gehalt. 1971 war er für eine Erfindung im Kollektiv sogar mit dem Nationalpreis 1. Klasse ausgezeichnet worden.

Im Sommer 1983 wurde er als politischer Häftling aus dem Zuchthaus Brandenburg freigegeben, da war seine bürgerliche Existenz längst vernichtet, seine Ehe gescheitert und sein für die berufliche Zukunft erforderliches Fachwissen veraltet. Als der

fort freilassen oder aber ein weit schwereres Delikt, nämlich Spionage, anhängen. „Ganz offensichtlich war ihnen der Fall unangenehm. Sonst hätten sie mir nicht dieses Angebot gemacht. ... Ich war Nationalpreisträger, das war dumm. Ein Mann mit hoher staatlicher Auszeichnung wollte wegen andauernder Schikanen die DDR verlassen. Und der Mann war bekannt.“

Daß der 1931 geborene Horst Hiller dieses teuflische Spiel, das mit ihm getrieben wurde, nicht oder zu spät durchschaute, kann man ihm kaum vorwerfen. Als er das Angebot zur Mitarbeit als Stasi-Spitzel abgelehnt und seine Frau die Scheidung vorerst verweigert hatte, teilte man ihm am 20. Dezember 1977, mit voller Berechnung vier Tage vor Weihnachten, mit, daß nun auch wegen „Spionage“ gegen ihn ermittelt werde. Die von ihm auf Verlangen der „Staatsicherheit“ niedergeschriebenen Protokolle über Mißstände in seinem Betrieb wurden nun gegen ihn verwendet.

Dabei war es unerheblich, daß keinerlei Spionageabsicht nachgewiesen werden konnte. Allein sein umfangreiches Fachwissen galt als „Beweis“ dafür, was er alles „hätte verraten können“. Betriebsdokumente, die in mehreren Kopien vorhanden waren und im Prozeß am 6. September 1978 seine Unschuld hätten erweisen können, blieben unauffindbar.

Statt dessen wurden einstige Kollegen als „Gutachter“ gegen Horst Hiller aufgeboten. Daß er von der Kooperation zwischen einer „DDR“-Fabrik bei Cottbus und einem Sowjetbetrieb in Kiew wußte, was als „Staatsgeheimnis“ galt, wurde zum Spionagevorwurf erhoben - obwohl Hiller eine Ausgabe des „Neuen Deutschland“ beibringen konnte, in der eine umfangreiche Reportage über diese Kooperation mit dem „sowjetischen Brudervolk“ erschienen war.

Jeden Vorwurf, außer den der „Republikflucht“, konnte er entkräften, dennoch wurde er zu achteinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Als seine Frau sich hatte scheiden lassen und er vom Zuchthaus Brandenburg aus seinen Nationalpreis zurückgab, wurde er in den Westen abgeschoben.

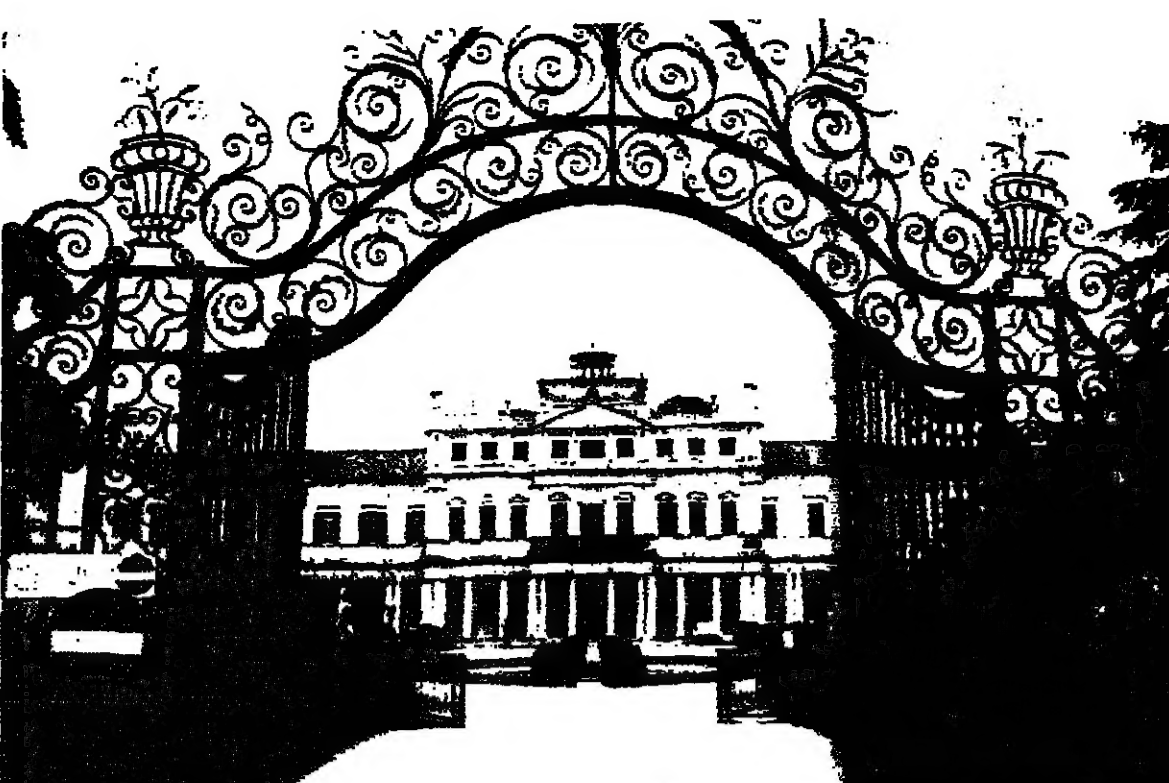
JÖRG BERNHARDT BILKE  
Horst Hiller: „Sturz in die Freiheit. Von Deutschland nach Deutschland.“ - Universitäts-Verlag, München. 336 S., 29,80 Mark.

## Buch des Tages

Bus mit der „Handelsware Mensch“ ins Lager Gießen einfuhr - und mit diesem Satz endet sein Buch - empfand er: „Ich war nun ganz allein und bettelarm.“

Diesen schmucklosen Bericht darüber, wie hier in sechs Jahren durch die Praktiken des „DDR“-Geheimdienstes ein Leben zerstört wird, liest man selbst dann mit wachsendem Entsetzen, wenn man die Zustände in den „DDR“-Zuchthäusern kennt. Dieses genau kalkulierte „Verfahren“, einen hochbegabten, aber parteilosen Wissenschaftler physisch und psychisch zu ruinieren, setzte bereits während der auf 16 Monate ausgedehnten Untersuchungshaft in Magdeburg und Dresden ein.

Einen Abteilungsleiter im Chemieanlagenbau zu verhaften, dessen Arbeit von den Ostberliner Ministerien gefördert wurde, dessen populärwissenschaftliche Vorträge die Dresdener Bevölkerung schätzte und der in westdeutschen Verlagen zwei Standardwerke veröffentlicht hatte - das war selbst den abgebrühten „Vernehmern“ des „Ministeriums für Staatssicherheit“ äußerst peinlich. Einen solchen Mann konnte man nicht nur wegen versuchter „Republikflucht“ belegen, man mußte ihn entweder zur Mitarbeit verpflichten und dann so-



Landschaft, so kostbar wie Gebäude: Die Villa Imperiale in Galliera öffnet ihre Pforten für einen Blick auf Schöpfungen des Landschaftsarchitekten und Szenografen Francesco Bagnaras

„Der Garten und die Bühne“: Francesco Bagnaras Werk in der Provinz Padua

## Grüne Monumente der Melancholie

Seine Bühnenbilder waren von romantischen Parks inspiriert. Die Parkanlagen, die er für venezianische Villen schuf, sahen aus wie Bühnenbilder. Francesco Bagnara (1786-1866), dem letzten Inhaber des Lehrstuhls für Landschaftsarchitektur an der Universität Venedig und Szenografen des Opernhauses „La Fenice“, liest die Ausstellung „Der Garten und die Bühne“ in der Villa Imperiale von Galliera (Provinz Padua) gewidmet. Der Park der Villa gehört zu seinen berühmtesten Schöpfungen.

Naturparks im englischen Stil sind rar im Italien der „italienischen Gärten“, die zum Vorbild für Versailles wurden. Seitdem mit der Renaissance die antike Villenkultur als Ort der Muse im Schoß der Natur wieder auflebte, umgab man die Landhäuser mit geometrischen Gärten, die die Ordnung der Architektur in grünen Ornamenten fortsetzten.

Auch die etwa 4000 Villen im Veneto, für die Kaufleute Venedigs vom 16. bis 18. Jahrhundert erbaut, besaßen streng stilisierte Gärten, bis sich nicht zuletzt durch den Einfluß des österreichischen Kaiserhauses, im 18. Jahrhundert die Freude an der (raffiniert angelegten) romantischen Natur

durchsetzte. Der Park der Villa Imperiale und eine Reihe für die Zeit der Ausstellung geöffneten Parks und Gärten der umliegenden Villen machen deutlich, daß die „Grünen Monumente“ ebenso kostbar und erhaltenswert sind wie die Gebäude. Die kleine Gemeinde Galliera gibt dabei mit großem finanziellen Einsatz ein Beispiel: Sie hat jetzt begonnen, den Park, der nur noch ein Schatten seiner einstigen melancholisch-theatralischen Schönheit ist, wiederherzustellen.

Die Ausstellung nun, von der Architektin Paola Bussadori in einem schönen Katalog beschrieben, zeigt neben den Bühnenbildern Bagnaras in Stich und Reproduktionen Bilder von Festen und Aufführungen in französischen und italienischen Gärten. Dazu als kostbare Kuriosen ein paar der „gläsernen Gärten“, die als Tafelaufsatz begehrt waren, seitdem ihr Prototyp im 17. Jahrhundert in Murano für ein Bankett des Dogen geschaffen wurde.

Vor den Bildern in den Glasvitrinen, im Park und in den Gärten der „Villa Veneta“ zwischen Maisfeldern und rosa Tabakblüten befällt den Theaterfreund ein unbotsamer Zwei-

fel: Sollte der große Palladio mit seinem ersten geschlossenen Theater im Geist der Antike, dem Teatro Olimpico im nahen Vicenza, ein Paradoxon geschaffen haben? Denn die griechische Tragödie, die hier ihre Wiedergeburt feierte, verlangt die Weite der Natur und des Himmels und wird auch vom schönsten illusionistischen Bühnenbild eingewängt. Ist das Theater nicht darum wieder in die Gärten gezogen, auch wenn deren geometrische Ordnung nicht mehr den antiken Sinn der Unendlichkeit der Natur besaß? Dafür unterstreichen sie den künstlichen Zauber des Theaters, waren sie doch selbst Kunstvoll von Menschen inszenierte Aufführungen der Natur.

Erst 1911 hat man in Italien mit einer Aufführung im römischen Theater von Fiesole den Reiz des Spiels unter freiem Himmel wiederentdeckt. Erst 1933, als Max Reinhardt in den Boboligärten von Florenz den „Sommertraum“ inszenierte, erfuhr die verzauberte Zuschauer, daß ein Garten (vorangestellt, der Wertgott ist gnädig) die schönste aller Bühnen sein kann. (Bis 7. Okt.; Katalog 20 000 Lire)

MONIKA VON ZITZEWITZ

Zur Ankunft von Sascha Anderson im Westen

## Ein listiges Glückskind

Nun ist er also auch eingefloßen: Sascha Anderson, Lenfigur der halblegalen alternativen Kulturszene der „DDR“, siedelte am Wochenende von Ost- nach West-Berlin über. Der 33jährige, in Dresden geborene Schriftsteller und Multi-Media-Künstler, wohl zweimal aus politischen Gründen kurz inhaftiert, stellte erst im Juni dieses Jahres den Ausreisetransfer. Der wurde prompt genehmigt.

Noch kurz vor seiner Übersiedlung hatte Anderson in der Ostberliner Samariterkirche, unweit der Staatssicherheitszentrale, eine viel beachtete Ausstellung unter dem Titel „Wort und Werk“ initiiert. „Wort und Werk“ heißt übrigens auch die am Friedrichshain etablierte Buchhandlung der Evangelischen Missionsgesellschaft. Versteht sich Anderson als Missionar, wenn ja, wen will er im grell-satten Westen mit seinen Botschaften erreichen?

In der „DDR“ hatte er immerhin erreicht, im Prinzip ungeschoren mehrere Bücher ins Westen Deutschlands herausbringen zu dürfen. Der Westberliner Rotbuch-Verlag machte ihn mit „Jeder Satellit hat einen Kollateraltoten“ (1981), „Totenliste“ (1983) und „Waldmaschine“ (1984) als Links-Alternativen in die „DDR“ bekannt. Letztmalig sorgte er für einiges Aufsehen, als er mit der vorläufig noch in der „DDR“ verbliebenen Elke Erb bei Kiepenheuer & Witsch die stellenweise literarisch und politisch befremdliche Anthologie „Berührung“ ist nur eine Randerscheinung - Neue Literatur aus der DDR“ herausgab.

Um Anderson gerecht zu werden, muß man berücksichtigen, daß er der Typ des nur zu gut seine Talente wissenden „DDR“-Avantgardisten mit Integrations-Organisationsfähigkeiten ist. Er textete für Punk- und Jazzbands, nun schloß seiner „DDR“-Antikarriere für seine Rock-

gruppe „Fabrik“, von der 1983 die Platte „eNDe“ inoffiziell erschien. „Die Funktionäre sind im Widerstand“, so soll der Refrain eines Anderson-Liedes gelaunt haben. Nun ja, Hermann von Berg und so mancher andere lassen hoffen.

Wie auch immer, Anderson krankte zuletzt daran, daß er seinen seit der 1984er Ausreisewelle nach und nach in den Westen übergesiedelten Freunden, von denen so gut wie keiner den argen Weg der Erkenntnis durch „DDR“-Zuchthäuser absolvieren mußte, durch Wiedereinreiseverbote entfremdet wurde. Jetzt hat er für erste mit ihnen vor, ein ähnliches Projekt wie das in der Ostberliner Samariterkirche, nur ein wenig kommerzieller und internationaler, zu realisieren, in der Art seiner sogenannten „Zeithefte“, wo Texte und Graphiken eine reizvolle ästhetische Sinn- und Lebensgefühl-Symbiose eingehen.

Es erscheint sicher, daß Anderson im Westen seinen Markt finden wird. Er ist eben nicht nur Künstler, sondern verfügt auch über die von Bertolt Brecht geforderte und reichlich überstrapazierte List, sie unter die Leute zu bringen. Sorgen muß man sich also um Anderson und seine Freunde nicht machen. Der berühmte Blick zurück im Zorn wird ganz sicher ausbleiben und somit jede aufklärerische Tiefenanalyse dessen, was die „DDR“ im innersten zusammenhält.

Mit Anderson ist bestenfalls neuerlich ein „DDR“-Individualist herübergekommen, der sich in der realen und geistigen Enge des „DDR“-Ländchens umsah und allzu häufig auf Mauern blickte, hinter denen er nach offizieller Lesart, auch noch wünschenswert glücklich sein sollte. Nun hat er diese Mauer relativ problemlos durchschritten.

PETER-JOACHIM HOLZ

## KULTURNOTIZEN

Das Teatr Nowy aus Posen kommt am 30. 9. und 1. 10. zu einem Gastspiel in die Frankfurter Schirn.

Förderer römischer Keramik treffen sich vom 6. bis 11. 9. in Worms zu ihrem XV. Internationalen Kongreß. „Biskupia“, ein polnisches Pompeji, heißt eine Ausstellung, die bis Ende August im Hamburger Helms-Museum und danach im Niederhe-

nischen Museum der Stadt Duisburg zu sehen ist.

Die 2. Foto-Biennale in Enschede zeigt vom 30. August bis 28. September aktuelle Arbeiten deutscher und holländischer Fotografen. Dolores Jiménez ist 77jährig in Mexiko-Stadt gestorben. Die spanische Filmschauspielerin hatte in zahlreichen Komödien mitgewirkt.

Federico Garcia Lorca

## Mysterium des Todes, Leichtigkeit des Irrealen

Heute vor 50 Jahren starb Federico Garcia Lorca zu Beginn des Bürgerkrieges in Spanien unter den Kugeln eines nationalen Erschießungskommandos einen unnötigen Tod. Er war gerade 38 Jahre alt geworden. An diesem Tag und unter dem Aspekt seiner brutalen Ermordung ein Portrait des größten spanischen Lyrikers nach San Juan de la Cruz zu zeichnen, birgt die Gefahr, seinem Leben und seinem Werk einen politischen Sinn zu geben, der ihm nicht gerecht wird.

„Das Theater muß immer auch ein soziales Theater sein“, zitierte Lorca den Zeitgeist. Aber er ist deshalb kein bewußter Anhänger der Volksfront gewesen. Seine Freunde waren ebenso sehr jene Falangisten, denen ein Historiker wie Ian Gibson in seiner Dokumentation „Die Ermordung des Federico Garcia Lorca“ heute die Schuld an seinem Tode geben möchte. War aber den Schlüssen des keineswegs neutralen irischen Hispanisten folgen, wenn dieser in einer anderen Dokumentation (über die Massenerschießung konservativer und liberaler Bürger durch Volksfront-Kommandos) den Verantwort-



Federico Garcia Lorca (1898-1936)

aus der gleichen lateinisch-mediterranen Tradition stammt, ging diesen Weg weiter. „Unter dem Wasser ruhen die Worte, Reste verlorenen Stimmens“, schrieb der Andalusier über die Architektur arabischer Brunnen der Alhambra.

Melodie und Rhythmus seiner Verse scheinen direkt aus den Küchen und Ställen der Kalifen von Al-Andalus zu stammen, in denen vor 1000 Jahren die Lyrik des Romancero geboren wurde, als eine kristalline Verschmelzung orientalischer Phantasie und westlich-ekklasiastischer Strenge“, wie es Max Aub formuliert.

Lorcas Freundschaft mit dem älteren Komponisten Manuel de Falla, seine eigenen Ambitionen, die ihn beinahe Musik studieren ließen, förderten diese Beherrschung der Sprache. Der junge auf dem Lande aufgewachsene Poet brach sein Berufsstudium, Philosophie und Literatur, als hoffungslos ab. Nicht weil er nicht lernen mochte - schließlich hat er ein Staatsexamen in Jura abgelegt -, sondern weil ihm anderswo in der Umgebung der Dichter und Denker seiner Zeit (Valle Inclán, José Ortega y Gasset und Miguel de Unamuno) mehr geboten wurde. Der Schlichter liebt die Geselligkeit der Stammtischrunden und den Todestanz in der Stierkampfarena.

Garcia Lorca haßte das Logische, liebte dagegen das Mysterium - vor allem des Todes - und die Poesie, von der er sagte, daß sie „das Geheimnis der Dinge“ sei. Aus dieser Sicht sollte man sich dem Einkerker „Chimäre“ in der Opernfassung von Hans-Jürgen von Bose nähern, den aufzuführen seine eigenen Gefahren birgt, wenn die Leichtigkeit des Irrealen verliert.

ROLF GÖRTZ

## KRITIK

### Roi charmant in der „DDR“

Trotzdem - er ist lebendig geblieben, dieser Friedrich. Und lebendig bleibt nur, wen das Volk nicht aus seinem Gedächtnis streicht! Mit dieser Bekundung der Popularität des Alten Fritz auch in seinen brandenburgischen Stammländern verneigt sich das „DDR“-Fernsehen gleich zweimal vor dem großen König. Der Reiter unter den Linden (am Donnerstag) und ein Interview mit einem König (am Sonntag). Insgesamt also 95 TV-Minuten für den Mann des „Freud'schen Blau“, der noch vor einem halben Jahrhundert in seinem rötlichen Teil-Nachfolgestaat mit offiziellen Schweigen in die Luft unbewältigter Historie verbannt war.

Der „Reiter unter den Linden“ - Christian Daniel Rauchs berühmtes Denkmal ist seit 1980 wieder wenige hundert Meter vom Brandenburger Tor postiert - stimmt in einer Collage aus Texten und Musik von Friedrichs Notenblättern und behutsamen politischen Wertungen auf den Todestag ein. Im Streben nach Ruhm in einer so unruhlichen „DDR“ avanciert der König hoch zu Pferd nun zu „unserem“ Denkmal. Und die Kameratruppe reisten hinaus in die Provinz, stiegen zum Grab des unglücklichen Friedrich-Freundes Kette hinab, führen nach Friedrichsthal - auf den Spuren pfälzischer Einwanderer.

Ein Porträt zwischen Goldschnitt, Volksmärchen, Pomp und Pracht des „maison de plaisir“ Sanssouci (heute Wallfahrtsort für zwei Millionen Touristen im Jahr) und lebenswürdigem Rankenwerk der Legenden. Ein „Politiker der Stärke, wie wir heute sagen würden“, so stand es im Ostberliner Drehbuch. Kein schwarz-weißes Raster, sondern ein fein pointilliertes Gemälde, passagenweise goldgerahmt - aber politisch vereinnahmend: „Er wurde nunmehr auf den Platz in unserer Geschichte gestellt, der ihm gebührt.“

Das „Interview mit dem König“ mißfriet hingegen ein wenig. Viel Papier, bisweilen allzu trockene Dialoge und eine bei Hauspost Bert Brecht entlehene Grundidee: Friedrichs Vorleser Dantel (Dietmar Burkhardt) befragte seinen Dienstherrn. Martin Trettau gab ihm die Figur - samt Dreispitz, schwarzem Adlersonnen und gebückter Otto-Gebühr-Manier.

Da sprang man munter zwischen den Zeiten und Abläufen hin und her, bemühte sich, sogar mit Courtesen-Mahler-Einsprengeln populär zu sein. Kostprobe: Der Alte sitzt im Lehnstuhl, streichelt seinen Windhund, „Altknecht scheint zu fröhlich“, bedeckte Er das gute Tier.“ Das

„DDR“-Fernsehen ließ selbst die venezianische Ballerina Barberina in die Ballettschuhe schlüpfen, um den „Roi charmant“ zu ergötzen. Friedrich schnappte aus der Tabakdose, blinzelte in die märkische Sonne auf der Originalterrasse von Sanssouci, das Hohenzollern-Ange blitze. „Wo Bleibendes ist, lohnt aber die Erinnerung“, lautet die Quintessenz. Haben Majestät das erwartet?

HANS-RÜDIGER KARUTZ

### Klitterung im Westen

Der Sonntagabend stand (auch im West-Fernsehen) im Zeichen des dritten Preußenkönigs. ARD und ZDF brachten über Friedrich den Großen drei Sendungen, von denen die letzte, die Torheiten des Ruhms (ZDF), die den Mainzer Komiker Hans Dieter Hüsch als Friedrich zeigte, unzumutbar war. Hier war die Geschichtsklitterung mit Händen greifbar, die eine direkte Linie von den Schlesiens Kriegen zum Untergang bei Stalingrad zog und Friedrich mit einem Soldaten zeigte, der, vor 40 Jahren in Rußland gefallen ist.

Ungerecht war aber auch der ZDF-Beitrag. Friedrich für den König, als „preußisches Nachtstück“ tituliert, in dem Friedrich selbst nicht auftrat, wiewohl über ihn in dieser Sommer-nacht des Jahres 1787 heftig räsoniert wurde. Friedrich als der blutdürstige Schlachtenlenker im zweiten Jahr des Siebenjährigen Krieges, als er gerade bei Kolín besiegt wurde. Dramatische personae dieses „Nachtstücks“ waren der Kammerdiener und Hofbeamte Michael Fredersdorf, der Philosoph Moses Mendelssohn und Frau Nothnagel, eine von Friedrich heimlich angeheuerte Goldschmiedin. Und dann war da noch ein österreichischer Doppelagent. Nur Dieses merkwürdige Nachtgespräch konnte niemals stattgefunden haben, denn die Schlacht bei Kolín war am 18. Juni 1757, Fredersdorf aber war am 9. April aus dem Dienst des Königs geschieden.

Halten wir uns an die Fakten, die Jürgen Engert in Rendezvous mit dem Alten Fritz (ARD) geschickt präsentierte. Er hatte sich die beiden Historiker Werner Knopp und Christian Graf von Krockow vor die Kamera ins Schloß Charlottenburg geholt, wo er sie wechselweise befragte. Nach Potsdam ins Schloß Sanssouci zu fahren, war ihm von den „DDR“-Behörden verweigert worden. Die historischen Exkurse waren durch Spielszenen illustriert. Das war überzeugend inszeniert, nicht nur der Monarch, auch der „Mensch“ Friedrich, wie er sich unter Volk mischte, kam ins Bild.

ALBAN ROTT

## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Info Gemeinwohl: Fitze	11.55 Umweltschau
10.00 Tagesschau	12.10 Melodie einer Stadt - Salzburg
10.05 Tagesschau	12.55 Presseschau
10.25 Zum blauen Rock	13.00 Tagesschau
10.30 Klassische Musik	
10.35 Unsere kleine Farm	13.05 heute
10.40 Das Licht des Himmels (I)	13.30 Krimi - Abenteuer in Neuseeland Wo ist Auckland Star?
10.45 Tagesschau	13.35 Ferienkalender
10.50 Tagesschau	13.40 Rockkonzert
10.55 Tagesschau	13.45 Tagesschau
11.00 Tagesschau	13.50 Tagesschau
11.05 Tagesschau	13.55 Tagesschau
11.10 Tagesschau	14.00 Tagesschau
11.15 Tagesschau	14.05 Tagesschau
11.20 Tagesschau	14.10 Tagesschau
11.25 Tagesschau	14.15 Tagesschau
11.30 Tagesschau	14.20 Tagesschau
11.35 Tagesschau	14.25 Tagesschau
11.40 Tagesschau	14.30 Tagesschau
11.45 Tagesschau	14.35 Tagesschau
11.50 Tagesschau	14.40 Tagesschau
11.55 Tagesschau	14.45 Tagesschau
12.00 Tagesschau	14.50 Tagesschau
12.05 Tagesschau	14.55 Tagesschau
12.10 Tagesschau	15.00 Tagesschau
12.15 Tagesschau	15.05 Tagesschau
12.20 Tagesschau	15.10 Tagesschau
12.25 Tagesschau	15.15 Tagesschau
12.30 Tagesschau	15.20 Tagesschau
12.35 Tagesschau	15.25 Tagesschau
12.40 Tagesschau	15.30 Tagesschau
12.45 Tagesschau	15.35 Tagesschau
12.50 Tagesschau	15.40 Tagesschau
12.55 Tagesschau	15.45 Tagesschau
13.00 Tagesschau	15.50 Tagesschau
13.05 Tagesschau	15.55 Tagesschau
13.10 Tagesschau	16.00 Tagesschau
13.15 Tagesschau	16.05 Tagesschau
13.20 Tagesschau	16.10 Tagesschau
13.25 Tagesschau	16.15 Tagesschau
13.30 Tagesschau	16.20 Tagesschau
13.35 Tagesschau	16.25 Tagesschau
13.40 Tagesschau	16.30 Tagesschau
13.45 Tagesschau	16.35 Tagesschau
13.50 Tagesschau	16.40 Tagesschau
13.55 Tagesschau	16.45 Tagesschau
14.00 Tagesschau	16.50 Tagesschau
14.05 Tagesschau	16.55 Tagesschau
14.10 Tagesschau	17.00 Tagesschau
14.15 Tagesschau	17.05 Tagesschau
14.20 Tagesschau	17.10 Tagesschau
14.25 Tagesschau	17.15 Tagesschau
14.30 Tagesschau	17.20 Tagesschau
14.35 Tagesschau	17.25 Tagesschau
14.40 Tagesschau	17.30 Tagesschau
14.45 Tagesschau	17.35 Tagesschau
14.50 Tagesschau	17.40 Tagesschau
14.55 Tagesschau	17.45 Tagesschau
15.00 Tagesschau	17.50 Tagesschau
15.05 Tagesschau	17.55 Tagesschau
15.10 Tagesschau	18.00 Tagesschau
15.15 Tagesschau	18.05 Tagesschau
15.20 Tagesschau	18.10 Tagesschau
15.25 Tagesschau	18.15 Tagesschau
15.30 Tagesschau	18.20 Tagesschau
15.35 Tagesschau	18.25 Tagesschau
15.40 Tagesschau	18.30 Tagesschau
15.45 Tagesschau	18.35 Tagesschau
15.50 Tagesschau	18.40 Tagesschau
15.55 Tagesschau	18.45 Tagesschau
16.00 Tagesschau	18.50 Tagesschau
16.05 Tagesschau	18.55 Tagesschau
16.10 Tagesschau	19.00 Tagesschau
16.15 Tagesschau	19.05 Tagesschau
16.20 Tagesschau	19.10 Tagesschau
16.25 Tagesschau	19.15 Tagesschau
16.30 Tagesschau	19.20 Tagesschau
16.35 Tagesschau	19.25 Tagesschau
16.40 Tagesschau	19.30 Tagesschau
16.45 Tagesschau	19.35 Tagesschau
16.50 Tagesschau	19.40 Tagesschau
16.55 Tagesschau	19.45 Tagesschau
17.00 Tagesschau	19.50 Tagesschau
17.05 Tagesschau	19.55 Tagesschau
17.10 Tagesschau	20.00 Tagesschau
17.15 Tagesschau	20.05 Tagesschau
17.20 Tagesschau	20.10 Tagesschau
17.25 Tagesschau	20.15 Tagesschau
17.30 Tagesschau	20.20 Tagesschau
17.35 Tagesschau	20.25 Tagesschau
17.40 Tagesschau	20.30 Tagesschau
17.45 Tagesschau	20.35 Tagesschau
17.50 Tagesschau	20.40 Tagesschau
17.55 Tagesschau	20.45 Tagesschau
18.00 Tagesschau	20.50 Tagesschau
18.05 Tagesschau	20.55 Tagesschau
18.10 Tagesschau	21.00 Tagesschau
18.15 Tagesschau	21.05 Tagesschau
18.20 Tagesschau	21.10 Tagesschau
18.25 Tagesschau	21.15 Tagesschau
18.30 Tagesschau	21.20 Tagesschau
18.35 Tagesschau	21.25 Tagesschau
18.40 Tagesschau	21.30 Tagesschau
18.45 Tagesschau	21.35 Tagesschau
18.50 Tagesschau	21.40 Tagesschau
18.55 Tagesschau	21.45 Tagesschau
19.00 Tagesschau	21.50 Tagesschau
19.05 Tagesschau	21.55 Tagesschau
19.10 Tagesschau	22.00 Tagesschau
19.15 Tagesschau	22.05 Tagesschau
19.20 Tagesschau	22.10 Tagesschau
19.25 Tagesschau	22.15 Tagesschau
19.30 Tagesschau	22.20 Tagesschau
19.35 Tagesschau	22.25 Tagesschau
19.40 Tagesschau	22.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau	22.35 Tagesschau
19.50 Tagesschau	22.40 Tagesschau
19.55 Tagesschau	22.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau	22.50 Tagesschau
20.05 Tagesschau	22.55 Tagesschau
20.10 Tagesschau	23.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau	23.05 Tagesschau
20.20 Tagesschau	23.10 Tagesschau
20.25 Tagesschau	23.15 Tagesschau
20.30 Tagesschau	23.20 Tagesschau
20.35 Tagesschau	23.25 Tagesschau
20.40 Tagesschau	23.30 Tagesschau
20.45 Tagesschau	23.35 Tagesschau
20.50 Tagesschau	23.40 Tagesschau
20.55 Tagesschau	23.45 Tagesschau
21.00 Tagesschau	23.50 Tagesschau
21.05 Tagesschau	23.55 Tagesschau
21.10 Tagesschau	24.00 Tagesschau
21.15 Tagesschau	24.05 Tagesschau
21.20 Tagesschau	24.10 Tagesschau
21.25 Tagesschau	24.15 Tagesschau
21.30 Tagesschau	24.20 Tagesschau
21.35 Tagesschau	24.25 Tagesschau
21.40 Tagesschau	24.30 Tagesschau
21.45 Tagesschau	24.35 Tagesschau
21.50 Tagesschau	24.40 Tagesschau
21.55 Tagesschau	24.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau	24.50 Tagesschau
22.05 Tagesschau	24.55 Tagesschau
22.10 Tagesschau	25.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau	25.05 Tagesschau
22.20 Tagesschau	25.10 Tagesschau
22.25 Tagesschau	25.15 Tagesschau
22.30 Tagesschau	25.20 Tagesschau
22.35 Tagesschau	25.25 Tagesschau
22.40 Tagesschau	25.30 Tagesschau
22.45 Tagesschau	25.35 Tagesschau
22.50 Tagesschau	25.40 Tagesschau
22.55 Tagesschau	25.45 Tagesschau
23.00 Tagesschau	25.50 Tagesschau
23.05 Tagesschau	25.55 Tagesschau
23.10 Tagesschau	26.00 Tagesschau
23.15 Tagesschau	26.05 Tagesschau
23.20 Tagesschau	26.10 Tagesschau
23.25 Tagesschau	26.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau	26.20 Tagesschau
23.35 Tagesschau	26.25 Tagesschau
23.40 Tagesschau	26.30 Tagesschau
23.45 Tagesschau	26.35 Tagesschau
23.50 Tagesschau	26.40 Tagesschau
23.55 Tagesschau	26.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau	26.50 Tagesschau
24.05 Tagesschau	26.55 Tagesschau
24.10 Tagesschau	27.00 Tagesschau
24.15 Tagesschau	27.05 Tagesschau
24.20 Tagesschau	27.10 Tagesschau
24.25 Tagesschau	27.15 Tagesschau
24.30 Tagesschau	27.20 Tagesschau
24.35 Tagesschau	27.25 Tagesschau
24.40 Tagesschau	27.30 Tagesschau
24.45 Tagesschau	27.35 Tagesschau
24.50 Tagesschau	27.40 Tagesschau
24.55 Tagesschau	27.45 Tagesschau
25.00 Tagesschau	27.50 Tagesschau
25.05 Tagesschau	27.55 Tagesschau
25.10 Tagesschau	28.00 Tagesschau
25.15 Tagesschau	28.05 Tagesschau
25.20 Tagesschau	28.10 Tagesschau
25.25 Tagesschau	28.15 Tagesschau
25.30 Tagesschau	28.20 Tagesschau
25.35 Tagesschau	28.25 Tagesschau
25.40 Tagesschau	28.30 Tagesschau
25.45 Tagesschau	28.35 Tagesschau
25.50 Tagesschau	28.40 Tagesschau
25.55 Tagesschau	28.45 Tagesschau
26.00 Tagesschau	28.50 Tagesschau
26.05 Tagesschau	28.55 Tagesschau
26.10 Tagesschau	29.00 Tagesschau
26.15 Tagesschau	29.05 Tagesschau
26.20 Tagesschau	29.10 Tagesschau
26.25 Tagesschau	29.15 Tagesschau
26.30 Tagesschau	29.20 Tagesschau
26.35 Tagesschau	29.25 Tagesschau
26.40 Tagesschau	29.30 Tagesschau
26.45 Tagesschau	29.35 Tagesschau
26.50 Tagesschau	29.40 Tagesschau
26.55 Tagesschau	29.45 Tagesschau
27.00 Tagesschau	29.50 Tagesschau
27.05 Tagesschau	29.55 Tagesschau
27.10 Tagesschau	30.00 Tagesschau
27.15 Tagesschau	30.05 Tagesschau
27.20 Tagesschau	30.10 Tagesschau
27.25 Tagesschau	30.15 Tagesschau
27.30 Tagesschau	30.20 Tagesschau
27.35 Tagesschau	30.25 Tagesschau
27.40 Tagesschau	30.30 Tagesschau
27.45 Tagesschau	30.35 Tagesschau
27.50 Tagesschau	30.40 Tagesschau
27.55 Tagesschau	30.45 Tagesschau
28.00 Tagesschau	30.50 Tagesschau
28.05 Tagesschau	30.55 Tagesschau
28.10 Tagesschau	31.00 Tagesschau
28.15 Tagesschau	31.05 Tagesschau
28.20 Tagesschau	31.10 Tagesschau
28.25 Tagesschau	31.15 Tagesschau
28.30 Tagesschau	31.20 Tagesschau
28.35 Tagesschau	31.25 Tagesschau
28.40 Tagesschau	31.30 Tagesschau
28.45 Tagesschau	31.35 Tagesschau
28.50 Tagesschau	31.40 Tagesschau
28.55 Tagesschau	31.45 Tagesschau
29.00 Tagesschau	31.50 Tagesschau
29.05 Tagesschau	31.55 Tagesschau
29.10 Tagesschau	32.00 Tagesschau
29.15 Tagesschau	32.05 Tagesschau
29.20 Tagesschau	32.10 Tagesschau
29.25 Tagesschau	32.15 Tagesschau
29.30 Tagesschau	32.20 Tagesschau
29.35 Tagesschau	32.25 Tagesschau
29.40 Tagesschau	32.30 Tagesschau
29.45 Tagesschau	32.35 Tagesschau
29.50 Tagesschau	32.40 Tagesschau
29.55 Tagesschau	32.45 Tagesschau
30.00 Tagesschau	32.50 Tagesschau
30.05 Tagesschau	32.55 Tagesschau
30.10 Tagesschau	33.00 Tagesschau
30.15 Tagesschau	33.05 Tagesschau
30.20 Tagesschau	33.10 Tagesschau
30.25 Tagesschau	33.15 Tagesschau
30.30 Tagesschau	33.20 Tagesschau
30.35 Tagesschau	33.25 Tagesschau
30.40 Tagesschau	33.30 Tagesschau
30.45 Tagesschau	33.35 Tagesschau
30.50 Tagesschau	33.40 Tagesschau
30.55 Tagesschau	33.45 Tagesschau
31.00 Tagesschau	33.50 Tagesschau
31.05 Tagesschau	33.55 Tagesschau
31.10 Tagesschau	34.00 Tagesschau
31.15 Tagesschau	34.05 Tagesschau
31.20 Tagesschau	34.10 Tagesschau
31.25 Tagesschau	34.15 Tagesschau
31.30 Tagesschau	34.20 Tagesschau
31.35 Tagesschau	34.25 Tagesschau
31.40 Tagesschau	34.30 Tagesschau
31.45 Tagesschau	34.35 Tagesschau
31.50 Tagesschau	34.40 Tagesschau
31.55 Tagesschau	34.45 Tagesschau
32.00 Tagesschau	34.50 Tagesschau
32.05 Tagesschau	34.55 Tagesschau
32.10 Tagesschau	35.00 Tagesschau
32.15 Tagesschau	35.05 Tagesschau
32.20 Tagesschau	35.10 Tagesschau
32.25 Tagesschau	35.15 Tagesschau
32.30 Tagesschau	35.20 Tagesschau
32.35 Tagesschau	35.25 Tagesschau
32.40 Tagesschau	35.30 Tagesschau
32.45 Tagesschau	35.35 Tagesschau
32.50 Tagesschau	35.40 Tagesschau
32.55 Tagesschau	35.45 Tagesschau
33.00 Tagesschau	35.50 Tagesschau
33.05 Tagesschau	35.55 Tagesschau
33.10 Tagesschau	36.00 Tagesschau
33.15 Tagesschau	36.05 Tagesschau
33.20 Tagesschau	36.10 Tagesschau
33.25 Tagesschau	36.15 Tagesschau
33.30 Tagesschau	36.20 Tagesschau
33.35 Tagesschau	36.25 Tagesschau
33.40 Tagesschau	36.30 Tagesschau
33.45 Tagesschau	36.35 Tagesschau
33.50 Tagesschau	36.40 Tagesschau
33.55 Tagesschau	36.45 Tagesschau
34.00 Tagesschau	36.50 Tagesschau
34.05 Tagesschau	36.55 Tagesschau
34.10 Tagesschau	37.00 Tagesschau
34.15 Tagesschau	37.05 Tagesschau
34.20 Tagesschau	37.10 Tagesschau
34.25 Tagesschau	37.15 Tagesschau
34.30 Tagesschau	37.20 Tagesschau
34.35 Tagesschau	37.25 Tagesschau
34.40 Tagesschau	37.30 Tagesschau
34.45 Tagesschau	37.35 Tagesschau
34.50 Tagesschau	37.40 Tagesschau
34.55 Tagesschau	37.45 Tagesschau
35.00 Tagesschau	37.50 Tagesschau
35.05 Tagesschau	37.55 Tagesschau
35.10 Tagesschau	38.00 Tagesschau
35.15 Tagesschau	38.05 Tagesschau
35.20 Tagesschau	38.10 Tagesschau
35.25 Tagesschau	38.15 Tagesschau
35.30 Tagesschau	38.20 Tagesschau
35.35 Tagesschau	38.25 Tagesschau
35.40 Tagesschau	38.30 Tagesschau
35.45 Tagesschau	38.35 Tagesschau
35.50 Tagesschau	38.40 Tagesschau
35.55 Tagesschau	38.45 Tagesschau
36.00 Tagesschau	38.50 Tagesschau
36.05 Tagesschau	38.55 Tagesschau
36.10 Tagesschau	39.00 Tagesschau
36.15 Tagesschau	39.05 Tagesschau
36.20 Tagesschau	39.10 Tagesschau
36.25 Tagesschau	39.15 Tagesschau
36.30 Tagesschau	39.20 Tagesschau
36.35 Tagesschau	39.25 Tagesschau
36.40 Tagesschau	39.30 Tagesschau
36.45 Tagesschau	39.35 Tagesschau
36.50 Tagesschau	39.40 Tagesschau
36.55 Tagesschau	39.45 Tagesschau
37.00 Tagesschau	39.50 Tagesschau
37.05 Tagesschau	39.55 Tagesschau
37.10 Tagesschau	40.00 Tagesschau
37.15 Tagesschau	40.05 Tagesschau
37.20 Tagesschau	40.10 Tagesschau
37.25 Tagesschau	40.15 Tagesschau
37.30 Tagesschau	40.20 Tagesschau
37.35 Tagesschau	40.25 Tagesschau
37.40 Tagesschau	40.30 Tagesschau
37.45 Tagesschau	40.35 Tagesschau
37.50 Tagesschau	40.40 Tagesschau
37.55 Tagesschau	40.45 Tagesschau
38.00 Tagesschau	40.50 Tagesschau
38.05 Tagesschau	40.55 Tagesschau
38.10 Tagesschau	41.00 Tagesschau
38.15 Tagesschau	41.05 Tagesschau
38.20 Tagesschau	41.10 Tagesschau
38.25 Tagesschau	41.15 Tagesschau
38.30 Tagesschau	41.20 Tagesschau
38.35 Tagesschau	41.25 Tagesschau
38.40 Tagesschau	41.30 Tagesschau
38.45 Tagesschau	41.35 Tagesschau
38.50 Tagesschau	41.40 Tagesschau
38.55 Tagesschau	41.45 Tagesschau
39.00 Tagesschau	41.50 Tagesschau
39.05 Tagesschau	41.55 Tagesschau
39.10 Tagesschau	42.00 Tagesschau
39.15 Tagesschau	42.05 Tagesschau
39.20 Tagesschau	42.10 Tagesschau
39.25 Tagesschau	42.15 Tagesschau
39.30 Tagesschau	42.20 Tagesschau
39.35 Tagesschau	42.25 Tagesschau
39.40 Tagesschau	42.30 Tagesschau
39.45 Tagesschau	42.35 Tagesschau
39.50 Tagesschau	42.40 Tagesschau
39.55 Tagesschau	42.45 Tagesschau
40.00 Tagesschau	42.50 Tagesschau
40.05 Tagesschau	42.55 Tagesschau
40.10 Tagesschau	43.00 Tagesschau
40.15 Tagesschau	43.05 Tagesschau
40.20 Tagesschau	43.10 Tagesschau
40.25 Tagesschau	43.15 Tagesschau
40.30 Tagesschau	43.20 Tagesschau
40.35 Tagesschau	43.25 Tagesschau
40.40 Tagesschau	43.30 Tagesschau
40.45 Tagesschau	43.35 Tagesschau
40.50 Tagesschau	43.40 Tagesschau
40.55 Tagesschau	43.45 Tagesschau
41.00 Tagesschau	43.50 Tagesschau
41.05 Tagesschau	43.55 Tagesschau
41.10 Tagesschau	44.00 Tagesschau
41.15 Tagesschau	44.05 Tagesschau
41.20 Tagesschau	44.10 Tagesschau
41.25 Tagesschau	44.15 Tagesschau
41.30 Tagesschau	44.20 Tagesschau
41.35 Tagesschau	44.25 Tagesschau
41.40 Tagesschau	44.30 Tagesschau
41.45 Tagesschau	44.35 Tagesschau
41.50 Tagesschau	44.40 Tagesschau
41.55 Tagesschau	44.45 Tagesschau
42.00 Tagesschau	44.50 Tagesschau
42.05 Tagesschau	44.55 Tagesschau
42.10 Tagesschau	45.00 Tagesschau
42.15 Tagesschau	45.05 Tagesschau
42.20 Tagesschau	45.10 Tagesschau
42.25 Tagesschau	45.15 Tagesschau
42.30 Tagesschau	45.20 Tagesschau
42.35 Tagesschau	45.25 Tagesschau
42.40 Tagesschau	45.30 Tagesschau
42.45 Tagesschau	45.35 Tagesschau
42.50 Tagesschau	45.40 Tagesschau
42.55 Tagesschau	45.45 Tagesschau
43.00 Tagesschau	45.50 Tagesschau
43.05 Tagesschau	45.55 Tagesschau
43.10 Tagesschau	46.00 Tagesschau
43.15 Tagesschau	46.05 Tagesschau
43.20 Tagesschau	46.10 Tagesschau
43.25 Tagesschau	46.15 Tagesschau
43.30 Tagesschau	46.20 Tagesschau
43.35 Tagesschau	46.25 Tagesschau
43.40 Tagesschau	46.30 Tagesschau
43.45 Tagesschau	46.35 Tagesschau
43.50 Tagesschau	46.40 Tagesschau
43.55 Tagesschau	46.45 Tagesschau
44.00 Tagesschau	46.50 Tagesschau
44.05 Tagesschau	46.55 Tagesschau
44.10 Tagesschau	47.00 Tagesschau
44.15 Tagesschau	47.05 Tagesschau
44.20 Tagesschau	47.10 Tagesschau
44.25 Tagesschau	47.15 Tagesschau
44.30	



## Gebell in Goldschnitt

Ha. - Im britischen Unterhaus herrscht oft ein so rüder, ja manchmal sogar feglicher Ton, daß die Abgeordneten, sich vom Fernsehapparat auf die Bühne zu lassen, sehr verständlich ist. Da mußte das Projekt einer kleinen Parlamentariergruppe aller Fraktionen, die goldene Worte aus dem Unterhaus in einer repräsentativen Auswahl als Jahrbuch unter die Wähler zu bringen, wie ein Stich ins Wespennest wirken.

Der Plan: Am Ende jeder Sitzungsperiode soll ein tausend Seiten starker Auszug aus dem „Hansard“ herauskommen, den offiziellen Protokollen aller Parlamentsdebatten. Ein erster Teil soll einen kurzen Abriss aller Debattentage bringen, mit wörtlicher Wiedergabe von Zwischenrufen, „um die Atmosphäre und die wesentlichen Argumente der wichtigsten Anfragen, Erklärungen und Debatten wiederzugeben“. Ein zweiter Teil soll, ungekürzt, die Protokolle von sieben oder acht Sitzungstagen enthalten, die von ihrer Thematik her „ein ganz besonders starkes öffentliches Interesse beanspruchen können“.

Eine feine Sache für den Staatsbürger, sich über die Staatsgeschäfte informieren zu können - sollte man meinen. Insider Ken Morgan, der als „Hansard“-Herausgeber seit 19 Jahren am Parlamentarierhaus arbeitet, rief indes dringend ab. Wer ein solches Jahrbuch zusammenstellen will, meinte er, „spielt mit dem Tod“.

Tatsächlich rotten sich bereits Hinterbänker zur geballten Macht einer Ablehnungsfront zusammen. Es wäre „beller Wahnsinn“, warnte einer. Ein anderer prophezeite, diese Idee sei „Zündstoff“.

Wirklich Zündstoff? Oder vielleicht doch nur heiße Luft, Gebell in Goldschnitt? Freilich, auch wenn ein solches Jahrbuch dokumentiert, spielt es eben nicht mit dem Tod. Denn in der Politik kehrt sich das Sprichwort um: Wer bellt, der heißt gegebenenfalls auch.

Die großen Straßen der Welt (IX): Der Paseo de la Reforma in Mexiko Stadt mit Chapultepec-Park und dem Nationalmuseum

## Aztekenkaiser, Pandabären – und Octavio Paz

Mexiko Stadt, Paseo de la Reforma, sechs Uhr morgens. Es ist kühl, von den nahen Bergen zieht ein dünner Nebel über den Asphalt. Der Autovekehr rührt in nur dünnem Strom, die Ampeln sind noch ausgeschaltet. Uniformierte Nachtwächter absolvieren ihre letzten Runden. Zeitungsjungen und erste Schubputzer bringen sich in günstige Ausgangsposition. Straßenreinigungsmaschinen versprühen Frische. Mexikos Metropole, der größte Asphaltchongel der Welt, atmet noch einmal kräftig durch, bevor sie sich in den tosenden Alltag stürzt, und das ist vielleicht die schönste Stunde auf „der Reforma“.

Der frühe Besucher fühlt sich wie beim Abiegemanöver eines mächtigen Ozeandampfers. Mexiko Stadt strapaziert ständig das Nervenkostüm seiner mittlerweile 18 Millionen Einwohner. Der chaotische Verkehr, die verpestete Luft und die penetrante Geräuschkulisse liefern Tag für Tag Gesprächsstoff. Die Menschen schimpfen und klagen. Als das Thema vor wenigen Wochen auch die Party-Gäste eines Diplomaten beschäftigte, tröstete ein Diskussionspartner mit einem Hinweis: „Man darf nicht alles so schwarzsehen. Es gibt ja auch die Reforma.“ Allgemeine Zustimmung.

Paseo de la Reforma. Das ist noch immer die faszinierendste Straße Lateinamerikas. Die Avenida 9 de Julio in Buenos Aires mag wohl breiter sein und Blos Avenida Rio Branco enger. Ein so vielseitiges Gesicht wie die Reforma zeigt jedoch kein anderer Boulevard des Subkontinentes.

Die Reforma erinnert an die stolze Geschichte dieser Nation. Die imposanten Monumente der Aztekenkaiser, die wichtige Kreuzungen markieren, gehören zu den Wahrzeichen dieser monströsen Metropole. Das Unabhängigkeitsdenkmal mit dem goldenen Engel, „El Ángel“, genannt, dominiert das repräsentative Innenstadtbild der Reforma (vier Fahrspuren). Hier lokalisierten die Einwohner die Seele der Stadt. Während der Fußball-Weltmeisterschaft wurde am Engel ausgelassen bis in die frühen

Morgenstunden gefeiert – solange Mexikos Mannschaft siegreich war. Als Vandalen die in Bronze gegossenen Nationalhelden demolierten, ließ Bürgermeister Ramon Aguilar die Anlage mit einer Bretterwand schützen.

An der Reforma wird nicht nur gefeiert und demonstriert – gegenüber dem gewaltigen Maria-Isabel-Hotel liegt die umfütterte US-Botschaft, ein Magnet für linke Aktivitäten dieser Art – sondern auch gearbeitet. In den Glaspalästen befinden sich Banken und Büros. Elegante gekleidete Herren frequentieren in der Mittagspause die Restaurants, vor denen Schubputzer und betelnde Indiofrauen sitzen.

An den Kreuzungen lauern Bauchladenhändler, die, wenn die Ampeln auf Rot schalten, ein reiches Warensortiment offerieren. Die Straßenkünstler reißen von Fantomen bis Feuerschluckern. Rund um die Uhr pendeln die „Peseros“, die Sammeltaxis, wogende amerikanische Straßenkreuzer oder VW-Busse, in denen sich stets die Stimmung des Volkes artikuliert.

Gegenüber dem Engel arbeitet unsichtbar ein weltberühmter Mann, einer der intellektuellen Koryphäen Lateinamerikas: Octavio Paz. Der Dichter und Denker wohnt in einem unscheinbaren Hochhaus, Paseo de la Reforma 368. Das zweistöckige Apartment, das eine gewaltige Bibliothek und eine asiatische Kunst



Hier schlägt das Herz Mexikos: Der Paseo de la Reforma, an der Kreuzung der „Insurgentes“, vom Hilton Hotel aus gesehen

Camino Real und das Presidente. Das Maria Isabel erlebte am letzten Juni Wochenende einen besonders hektischen Betrieb: Bundeskanzler Helmut Kohl und die deutsche Fußballnationalmannschaft schliefen in der Nacht vor dem Finale unter einem Dach.

Nicht weit von dem Unabhängigkeitsdenkmal entfernt beginnt der Chapultepec-Park, die Lunge dieser umweltschädigten Stadt, mit einer einmaligen Besucherattraktion: Das

Anthropologische Museum, vor dem ein massiver Olmeken-Kopf sitzt, dokumentiert die stolze Vergangenheit Mexikos. Kein anderes Land Lateinamerikas kann einen vergleichbaren Kulturtempel aufweisen.

Die grüne Umgebung lädt ein zum Flanieren (die Reforma selbst genießt nicht den Ruf, eine Fußgängerstraße zu sein. Zu viel Trubel, leider auch zu viele Taschendiebe). Nach einem kurzen Spaziergang durch den Zoo, der Panda-Bären bietet, erreicht man das Rufino-Tamayo-Museum. Es trägt den Namen des letzten noch lebenden Repräsentanten einer großen mexikanischen Malergeneration. Im Chapultepec-Palast, auf einem Hügel gelegen, hat sich der legendäre Muralist Diego Rivera besonders eindrucksvoll verewigt.

Hinter dem Park wird die Reforma am vornehmsten. Sie führt hinauf in die Lomas-Hügel, wo die besseren Leute in ummauerten Grundstücken leben. Uniformierte Dienstmädchen, die „muchachitas“, führen Babys und Hunde aus. Der Lomas-Teil der Reforma ist das bevorzugte Wohngebiet hochrangiger Diplomaten. Hier residiert auch der Bonner Botschafter.

Aber die Erdbebenkatastrophe im September vergangenen Jahres hat keinen Unterschied gemacht zwischen den Gesellschaftsschichten. Auch nicht zwischen bekannten und unbekannten Straßen Mexiko Stadts. Der Prachtboulevard der Nation wurde ebenfalls betroffen. Vor allem nahe der Innenstadt zeigt der Paseo de la Reforma noch die Spuren des Desasters: Häuserlücken, Trümmerberge, Gebäudeskelette, die bedrohlich schief stehen. Niemand weiß, wieviele Menschen damals an der Reforma ums Leben kamen. Es können Tausende gewesen sein.

Die Stadtväter wollen auf den Trümmern ein schöneres Bauwerk errichten. Bürgermeister Aguirre verspricht, dem Boulevard wieder seinen „alten Glanz“ zu verschaffen. Auch in Zukunft sollen sich die generierten Einwohner der Millionen-Metropole mit dem Hinweis trösten können: Es gibt auch die Reforma. WERNER THOMAS

Musensohn, Zyniker, Kriegsherr: „Friedrich II.“ im Schloß Charlottenburg

## Ein Lebensbild nach eigenem Gusto

Friedrich der Große hat es seinen Untertanen nicht leicht gemacht. Und deren Nachkommen erst recht nicht. Der Zwang zum Feiern, der sich durch die 200. Wiederkehr seines Todestages ergibt, macht das Bewußtsein des Trauma der Kriegsgewalt ist noch nicht überwunden. Noch immer spukt in den Köpfen jene Geneseologie, die von dem Preußenkönig über Bismarck und Wilhelm II. eine Linie zu Hitler zog. Deshalb trauen sich die Festredner kein bedingungsloses Lob des Friedrichianischen, aber auch keine unbedingte Verdamnung. Man begnügt sich mit einem unentschiedenen Sowohl-Als-auch. In Ost und West. Das machen die Ausstellungen in Potsdam wie jetzt in der Orangerie des Charlottenburger Schlosses bewußt.

Es ist symptomatisch, daß die „Tageschau“ anläßlich der Eröffnung in Charlottenburg von „Friedrich II.“, auch der Große genannt, sprach. Größe, historische allumfassend, scheint aus jeder Anerkennung einer staatsmännischen Leistung muß unbedingt ein Dämon kritischer Anmerkungen folgen. Deshalb vermißt man die Kraft zum Essay, zur souveränen Zusammenfassung. Statt dessen geben die Buchhändler den Ton an, detaillierten, jedoch kaum fähig, Wichtiges von Belanglosem zu trennen. Sie häufen Dokumente und Kurioses, stellen Bildzeugnisse neben Abbildern von Legenden. So auch in Berlin, wo das Leben des großen Friedrich mit mehr als 800 Ausstellungsstücken nachgezeichnet wird.

Der Besucher sieht sich einer Fülle von Musikstücken gegenüber, aus denen er sich ganz nach eigenem Gusto ein Bild zusammensetzen kann. Sucht er den toleranten König? Bitte schön, da liegt in einer Vitrine das eigenhändige Marginal von 1740, wonach „die Religionen müssen alle Toleriert werden“, und mit dem berühmten Satz: „den hier muß ein jeder nach Seine Façon Selich werden.“ Ist der Musensohn gefragt? Da kann man seine Flöte unter Menzels „Flötenkonzert in Sanssouci“ sehen. Der Sparsame? Sofort sind zwei Uniformen in ihrer auffälligen Kargheit zur Hand. Der Menschenverächter? „Die Eheden wurden was Rechtes untersucht“, verkündet des Königs Handschrift über die neumärkischen Krieger- und Domänenkammern. Der politische Zyniker? Da verspricht er sich in einer Kabinettsskizze „aufwahr“ für die Preußen, so es stimmt, „die Russische canaille wehre Thot“. (Es stimmte allerdings nicht, die Zarin Elisabeth lebte noch fünf Jahre).

Man begegnet dem Judenfeind und dem Soldatenfreund, dem Roi Philo-sophe, dem Verwalter, Kolonisator, Schlachtenlenker, dem Sieger und Verlierer. Der Fleiß der Archivare (die Ausstellung wurde vom Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz organisiert) hat nichts ausgelassen. In der Materialfülle ist jedoch oft nicht einmal mehr die Leitli-

nie der Biographie auszumachen. Warum hängt da ein Stich der Franckeschen Stiftungen in Halle? Was hat es mit dem Hauptpostamt in der Londoner Lombard Street auf sich? Wie ist der „Fünfte Weg“ des Ministers Graf Kaunitz zu verstehen? Wer nur durch die Ausstellung geht, erfährt es nicht. Er muß zumindest den Katalog zur Hand nehmen, um die Zusammenhänge auszumachen.

Sicherlich ist es faszinierend, den Brief zu sehen, den der Neunjährige an seine Mutter (in Deutsch) schrieb, den Schlachtenplänen, die er selbst entwarf, gegenüberzustehen, oder die Skizzen des Königs für Sanssouci zu betrachten. Es hat einen eigenwilligen Reiz, die Wandlungen seines Gesichts anhand der Fülle der Porträts von den frühen Kinderbildnissen bis zur Zeichnung des Königs auf dem Totenstein von Johann Eckstein zu verfolgen, auch wenn in allen diesen Gemälden die Distanziertheit des offiziellen Herrscherporträts nicht durchbrochen wird, das Persönliche also kaum zur Geltung kommt. Selbst die Miniatur, die den jungen König im Dominokostüm mit Maske zeigt, spielt wahrscheinlich auf ein diplomatisches Ereignis am Vorabend des Schlesischen Krieges an. Deshalb fällt in dem Zyklus der Porträts, die Antoine Pesne von dem Rheinsberger Freundeskreis des Kronprinzen malte, das Bildnis des Freiherrn von Keyserlingk auf, der da in legerer Jagdkleidung mit geöffneter Jacke steht, ein Glas in der Rechten und die angebohrte Flasche in der Linken. So viel Individualität bleibt die große Ausnahme.

„Der alte Fritz“, um den sich allerdings populäre Geschichten und Legenden ranken, begegnet uns nicht

im zeitgenössischen Bild. Er taucht erst nach seinem Tode in den Kupferstichen auf, die die damals sehr beliebten Almanache schmückten. Auch Chodowieckis Blätter bilden da keine Ausnahme. Aber auf sie wie auf die Holzschnitte nach Menzels Zeichnungen für Kuglers „Geschichte Friedrichs des Großen“ kann eine solche Ausstellung natürlich nicht verzichten. Zwar werden sie (allerdings nicht konsequent) durch blaue Beschriftungen gegenüber den sonst weißen als Zeugnisse für das Nachleben kenntlich gemacht, doch die Eindringlichkeit dieser populären Nachfindungen überlagert nur zu oft die zeitgenössischen Dokumente.

Die Ausstellung bleibt ein Lese-pfad in Sachen Friedrichs des Großen. Das liegt nicht zuletzt an der ungünstigen Architektur der Orangerie, diesen langgestreckten Hallen mit hohen Fenstern auf beiden Seiten. Die Ausstellungsgestaltung verstand nicht, dieses Defizit auszugleichen. Man begnügt sich mit Mittelwörtern und Stellwänden an den Seiten, die dann oft mit fünf und sechs Bildern eng vollgepackt wurden. Der Genius wird dann für Herbert von Karajan „Carmen“ eine nicht ganz adäquate Einsparung (Helga Möller-Mollnari) bei muß, weil sich Agnes Baltsa mit dem Maestro vertrackt hat und abgereist ist, bringt das Salzburger nicht ins Wanken.

Viel wird von der Bergstadt Bayreuth geredet, wo Inszenierungen

Glorioses Bollwerk der Kultur: Eine Bilanz nach den Salzburger Festspielen

## Selbst wenn der Maestro Krach hat

Die Summe fällt in Salzburg deutlich höher aus als die addierten Summanden – ein Kompliment an die Festspiele. Denn die dichte Folge von Opern und Schauspielen, Orchester- und Solistenkonzerten, Serenaden und Matineen, Liederabenden und Rezitationen handverlesener Künstler ergibt jeden Sommer wieder eine gloriose Verewisserung darüber, was wir in Mitteleuropa an kulturellem Erbe zu hegen und zu pflegen haben.

Salzburg: Das ist auch die überzeugendste Selbstbehauptung der so oft angeführten bürgerlichen Kultur. Die Salzburger Festspiele als die glanzvollste und eben auch teuerste Darstellung dieses Kulturverständnisses haben in den letzten Jahren die Funktion eines Bollwerks übernommen. Solange Salzburg steht, ist noch nicht alles verloren.

Die Oper wird zu sehr in den Vordergrund gerückt bei der Betrachtung der Salzburger Festspiele. Von 141 Veranstaltungen auf dem Festspielkalender sind gerade 32 Opernaufführungen, die wiederum fünf verschiedenen Werken gelten. Selbst wenn dann für Herbert von Karajan „Carmen“ eine nicht ganz adäquate Einsparung (Helga Möller-Mollnari) bei muß, weil sich Agnes Baltsa mit dem Maestro vertrackt hat und abgereist ist, bringt das Salzburger nicht ins Wanken.

Viel wird von der Bergstadt Bayreuth geredet, wo Inszenierungen

Jahr für Jahr weiterentwickelt werden und ihre Bestform durchaus nicht immer schon im Premierenjahr zeigen. Selbst bedenkt man, daß Salzburg auf stillere Weise nichts anderes tut, Richard Straussens „Capriccio“, im vergangenen Jahr von Johannes Schaff in Salzburg inszeniert, hat jedesfalls übers Jahr ganz enorm gewonnen an Geschlossenheit, an Ensemblegeist, an Flair für das, was Strauss und Clemens Krauss mit diesem „Konversationsstück für Musik“ gemeint haben. Mit den Wiener Philharmonikern unter Horst Stein, der stimmlich ganz wundervoll aufblühenden Anna Tomowa-Sintow als Gräfin und einem treffend besetzten Ensemble spielt Schaff das Werk mit einer pointierten Delikatesse sondergleichen durch. „Capriccio“ ist zweifellos derzeit das Juwel im Salzburger Opernangebot.

Noch weiter zurück weist die Auf-führung von Mozarts „Hochzeit des Figaro“. Die Jean-Pierre Ponnelle schon 1972 für Herbert von Karajan inszeniert hat und die jetzt nach fünf-jährigem Magazinschlaf als Neuinszenierung aufgeweckt wurde. Es ist eigentlich eine neue Inszenierung in den alten Bildern geworden; selbst Ponnelle geht inzwischen ganz andere Wege. Er betont nun den revolutionären Unterton der Vorlage des Beaumarchais viel stärker, als man das von der Oper her kennt. Das führt zu einigen plakativen Überdeutlichkeiten, vor denen Ponnelle auch

in den Liebesdingen nicht zurück-schreckt, aber bei einem Stück, dessen Text dem Publikum mehr und mehr abhanden kommt, ist das vielleicht gar nicht so falsch.

Völlig neu ist die musikalische Ein-studierung; am Pult walitet nun James Levine, der hier seinen starken, energischen, kraftvollen Mozart-Stil darlegt. Die Besetzung ist vor allem bei den Damen vorzüglich: Lucia Popp singt eine Gräfin mit betörendem Timbre und schöner Phrasierung, Kathleen Battle ist die so spiel-witzige wie empfindsam singende Sup-sanna, aber die eigentliche Überraschung dürfte den Salzburger durch Diana Montague als Cherubino gewesen sein; von deren Triumpfen im Belcanto-Fach wußten bisher eben nur die Spezialisten. Aber auch James Morris als Graf und Ferruccio Furlanetto als Figaro sind ausgezeichnet, so daß man dieser jungfräulichen Produktion gern einige weitere Salz-burger Jahre gönnt.

Eine zusätzliche Probe seines Mozart-Stils gab James Levine in einem Orchesterkonzert der Wiener Philhar-moniker, denen er die Jupiter-Sinfonie aufs Programm gesetzt hatte. Da prägte sich Levines Idee eines frühro-mantischen Mozart, der eine große Streicherbesetzung mit starken Mittelstimmen vertritt, noch deutlicher aus. Faszinierend, daß man in Salz-burg noch immer über Mozart disku-tieren kann. REINHARD BEUTH

Neues Plattenalbum der dänischen Gruppe „Papa Bue and his Jazzband“

## Große Freude an den ollen Kamellen

Schweinejazz? nennen ihn despek-tisch die einen; „Kneipen-Mu-sik“ weniger abfällig die anderen. Die Rede ist von Oldtime-Jazz, Dixieland oder New Orleans – wohlgerichtet nicht vom Originalsound der „New Orleans Rhythm Kings“ oder der „Original Dixieland Jazz Band“, die vor mehr als einem halben Jahrhun-dert die Zuhörer in einen Begeist-erungssturm versetzten. Die Schmä-hbezeichnungen zogen vielmehr die Epigonen jenes Musikstils auf sich, die in den 50er Jahren ein fideles Gegengewicht zum modernen Jazz setzten und die „coole“ Welle mit zik-ligen Klängen aufheizten. Chris Bar-ber, Mr. Acker Bilk und Kenny Ball hatten ihre treue Fangemeinde, ganz zu schweigen von den vielen Ama-teurbands, die wie Pilze aus dem Bo-den schossen und bei Betriebsfesten und Schulfesten Stimmung machten.

Dieser „Revival-Jazz“, der im Nachkriegs-Europa üppige Blüten-trief, hatte in Amerika schon in den zwanziger Jahren begonnen. Dort wußten die Musiker, was sie den Kol-legen aus New Orleans schuldig wa-ren, und die Dixieland-Bands waren im Grunde nichts weniger als Su-chende nach den Wurzeln des Jazz.

Natürlich: ein bißchen spät waren die Eklektiker der fünfziger Jahre schon dran, aber man sah das eben alles nicht so vermissen wissenschaftlich. Es sollte ja auch Spaß machen. Des-halb sucht man die Barbers und Ak-ker Bilks in den seriösen Jazzbüchern vergebens – naserrimpfend wird die bei großen Teilen des Publikums so beliebte Musik übergangen.

Das hat die Interpreten jedoch nicht im geringsten gestört – uner-müdlich spielen sie den „Tiger Rag“, „Sweet Georgia Brown“ oder den ab-soluten Klassiker des Genres, „When The Saints Go Marching In“, dem Louis Armstrong mit seiner Reibe-stimme zu allergrößter Populari-tät verholfen hat. Dieses Spiritual fehlt auch nicht auf dem neuesten Album von „Papa Bue And His Vi-king Jazzband“, dem mittlerweile 51. der dänischen Gruppe, die vor 30 Jah-ren im Kopenhagener Rotlicht-Di-strict Nyhavn ihre langjährige Karrie-re begann. Von dort aus zogen die musikbesessenen Wikinger durch die Welt und erhielten 1969 ihre endgülti-gte Anerkennung als „echte“ New Or-leans Jazzband bei einem beifallum-tosten Gastspiel in der Stadt am Mis-sissippi.

Nein, diese Musik ist weder intel-lektuell noch esoterisch, vielleicht nicht einmal raffiniert. Abgesehen von unterschiedlichen Tempi klingt alles ein bißchen ähnlich, und selbst Brahms' verjazztes Wiegeliel scheint einem Bourbon-Street-Piani-sten aus den Saiten gesprungen zu sein. Trotzdem hat die Musik viel von ihrer unwiderstehlichen Frische be-wahren können, zumal die sechs Dä-nen, angeführt vom Posaunisten Ar-ne Jensen, mit unüberhörbarer Spiel-freude die ollen Kamellen intonieren. Diesen Jazz sollte man nicht im stil-len Kämmerlein zu Hause hören. Den genießt man am besten in einer rauchgeschwängerten Kneipe, ein Bierglas in der Hand, das Standbein links, so daß der rechte Fuß rhyth-misch mitwippen kann.

Dixieland-Fans sollten sich bereits den 18. Oktober rot im Notizbuch an-schreiben. Da feiert Papa Bue mit sei-nen Genossen in der Hamburger Mu-sikhalle sein Dreißigjähriges. Große Ereignisse werfen ihre Schatten vor-aus. Deshalb heißt das Album auch nicht ohne Grund „Hello, Hamburg“ (Pinorrek Records HB-P-7011).

RAINER NOLDEN



Als Feldherr vor dem Siebenjährigen Krieg: Friedrich der Große auf einem Gemälde von Johann Gottlieb Giese

## JOURNAL

Indianische Kunst im 20. Jahrhundert

KNA, Bremen  
Im Bremer Übersee-Museum ist bis 14. September die Ausstellung „Indianische Kunst im 20. Jahrhun-dert“ zu sehen. Die Schau versteht sich nach den Worten des Völker-kundlers Götz Mackensen als be-wußte Ergänzung zur Ausstellung „Lebende Tote – Totenkult in Me-xiko“. Die indianische Kunst des 20. Jahrhunderts umfaßt 250 Ex-po-nate nezeitlichen Kunstschaffens aus Privatsammlungen und Museen der USA. In den Kunstwerken, vor-wiegend Malerei, Graphik und Ke-ramik, setzen sich die Indianervöl-ker unter anderem mit der begin-nenden „weißen Vorherrschaft“ auseinander.

Neues Gold auf dem Dom von Bautzen

dpa, Berlin  
Der Petri-Dom, das Wahrzeichen der Stadt Bautzen, wird restauriert. Insbesondere sollen die Dächer der Kirche und der 86 Meter hohe Turm erneuert werden. Außerdem wird die Turmkrone neu vergoldet. Der Petri-Dom, das höchste Bauwerk in der ostschlesischen Kreisstadt, hat eine reiche Geschichte. In den Jah-ren von 1293 bis 1303 erbaut, wurde er nach der Reformation zur „Simultankirche“ erklärt, die er bis heute als einzige in der „DDR“ ge-blieben ist. Für Bürger beider christlichen Konfessionen werden dort Gottesdienste gehalten.

Augustinus-Lexikon: Zwei Bände fertiggestellt

KNA, Gießen  
Die ersten beiden Bände eines Augustinus-Lexikons liegen vor. Das 1200 Stichwörter umfassende Lexikon, das voraussichtlich erst in 15 Jahren abgeschlossen sein wird, soll ein „vorläufiges Schlüssel“ zu einer Kette von Versuchen sein, das Denken des Bischofs und Kirchenlehrers zusammenzufassen und zu vermitteln.

Berlin bekommt Nachlaß von Witold Wirpsza

dpa, Berlin  
Die Witwe Witold Wirpszas hat den literarischen Nachlaß des pol-nischen Autors dem Land Berlin ge-schenkt. Kultursenator Volker Has-senauer kündigte an, er werde den Nachlaß Wirpszas als Dauerleihga-be in die Akademie der Künste ge-ben, damit dort ein Archiv aufge-baut und die Forschung zugänglich gemacht werden könne. Wirpsza wurde 1918 in Odessa in der UdSSR geboren und wuchs in Polen auf. Seit 1971 lebte er in Berlin.

Kunstschätze aus Tibet in Paris

AFP, Paris  
Eine Ausstellung über Kunst-schätze aus Tibet zeigt das natu-rschönliche Museum in Paris von April bis Oktober 1987. Sie enthält insbesondere Exponate aus der Vorgeschichte (3000 v. Chr.) und dem ersten tibetischen König-reich (7. Jahrhundert). Eine Kapelle wird für die Ausstellung im Mu-seum rekonstruiert, außerdem sind Objekte aus der Geschichte der ti-betanischen Medizin und Astrono-mie zu sehen. Erstmals werden bei dieser Gelegenheit Gegenstände aus verschiedenen geschichtlichen Epochen außerhalb von Tibet ge-zeigt.

Jan Herchenröder †

Das spritzige Feuilleton lag ihm ebenso wie das besinnliche. Er war Journalist wie Schriftsteller, Thea-ter- wie Filmautor. Im Hessischen wurde Jan Herchenröder 1911 ge-boren. Nach Krieg und Gefangen-schaft lebte er in Frankfurt und ver-faßte mit leichter Feder zahlreiche Film- und Theaterkritiken. 1954 zog es ihn an die See, er schlug seine Zelte im Ostseebad Timmendorfer Strand auf. Jetzt ist Herchenröder im Alter von 75 Jahren gestorben. DW

## DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Eigentlich müßte man die deut-sche Schreibschrift (fälschlich oft Sütterlinschrift genannt) und dazu das Berlinische beherrschen, um die alten und neuen Berliner Kin-derreime richtig zu genießen. Die Alfred Richard Meyer (Munkepun-ke) gesammelt und Heinrich Zille 1925 für einen Privatdruck illu-striert hat. Denn da geht es sehr munter und gelegentlich auch recht anzüglich zu. Es ist die Kinderwelt der Hinterhöfe, die sich in diesen Versen spiegelt: schnoddrig, wirk-lichkeitsbewußt und mit „Jemü“, „Wer nicht weiß, was „Senge“, die „Kränke“ oder ein „Hosensejer“ ist, oder wie man sich „janz Mamöll-fimmlich“ zu fühlen hat, ist da al-lerdings „Neese“. Nur für die Schriftkundigen wurde gesorgt, indem die Schreibschrift des Ori-ginales zusätzlich in Druckschrift wie-dergegeben wird. Also: „Rin in der Pleesirvajneien!“ P.J.O. Heinrich Zille: „Komm, Karlineken, komm!“, Heyne, 7,80 Mark



Österreicher, der 25 Jahre alte Michael Messner aus Tirol, blieb noch im Basislager und soll den Rücktransport des Gepäcks organisieren. Von Skardu aus informierte Diemberger die österreichische Botschaft in Islamabad telefonisch über den Tod seiner Bergkameraden. Die pakistanischen Behörden haben in diesem Jahr bisher 13 Genehmigungen für den Aufstieg auf den K2 erteilt. Der Berg gilt wegen der häufigen Wetterumschwänge in großer Höhe als besonders gefährlich. Bereits Anfang dieses Jahres hatten dort zwei Amerikaner und ein französisches Paar den Tod gefunden.